

## 2. DIE UKRAINE-KRISE 2014 UND DIE VERTRAUENSKRISE IN DIE DEUTSCHEN MEDIEN

### 2.1 *Krise erster und zweiter Ordnung*

#### 2.1.1 Vertrauenskrise: ein problematischer Begriff

„Among the calamities of war maybe jointly numbered the diminution of the love of truth, by the falsehoods which interest dictates and credulity encourages.“ (*The Idler* no. 30 (11.11.1758) zitiert nach (Calließ 1997, S. 3)

„Ich bin Journalist geworden – gegen den Wunsch meines Vaters. Er hatte kein Vertrauen zum Journalismus und zu den Journalisten. Damit gehörte mein Vater zu der Mehrheit der Menschen in Deutschland.

Das war vor vierzig Jahren so.

Und das ist auch heute noch so.“ (Grotzky 2018, S. 15)

Seit den frühen Ursprüngen der Presse herrscht offenbar bei vielen Beobachtenden ein Gefühl, dass Journalist:innen nicht zu trauen ist – besonders in Zeiten des Krieges oder der verschärften Konflikte. Der Essayist Samuel Johnson beklagt in seinem eingangs zitierten Essay „Corruption of news-writers“ schon 1758 die seiner Meinung nach fehlende Wahrheitsliebe der Schreibenden, indem „falsehoods“ – worunter von Einseitigkeiten über Verfälschungen bis hin zu absichtlichen Falschdarstellungen vieles verstanden werden kann – durch bestimmte Interessen in die Welt gesetzt und von Leichtgläubigen verstärkt würden. Dass der Leumund seiner Profession dem Journalisten Johannes Grotzky zufolge immer schon mindestens auf dem Prüfstand ist oder dass diesem Beruf mit Distanz und Abschätzung begegnet wird, müssen viele Journalist:innen immer wieder erfahren – gerade in Zeiten, in denen Begriffe wie „Lügenpresse“ wieder hochkommen. Das Problem einer Vertrauenskrise in die Berichterstattung, zumal im Falle einer Berichterstattung zu einer Krise, scheint also ein wiederkehrendes Thema zu sein.

Die „love of truth“ bezogen auf Berichterstattung und übertragen in die heutige Zeit lässt sich über die Achtung folgender, bereits in der Einführung genannter journalistischer Maximen einlösen: die „various com-

ponents of media trust (accuracy, fairness, unbiasedness, trust-worthiness, telling the whole story)“ (Tsfati, Cappella 2003, S. 507). Gelten diese auch in Friedenszeiten und auf alle anderen Gegenstände der Berichterstattung als Maßstäbe, an denen die Medien und Journalist:innen gemessen werden, so kommt ihrer Einhaltung wegen der herausgehobenen Rolle und Bedeutung von Journalismus in Krisenzeiten eine besondere Wichtigkeit zu:

„Journalistinnen und Journalisten, ‚die Medien‘ sind es, die uns diese Kriege, Krisen, Konflikte verständlich machen sollen, die Hintergründe erläutern, die Komplexität reduzieren sollen, ohne zu großen Simplifikatoren zu werden. Die auch Einzelfällen gerecht werden, Empathie ermöglichen sollen, ohne die Würde der Einzelnen zu verletzen.“ (Behmer 2016, S. 75)

Im Falle der Ukraine- und Krim-Krise 2014 passiert nun aber gleichzeitig etwas anderes: Kritik wird laut und den Journalist:innen vorgeworfen, zu eindimensional, schlagseitig und enggeführt zu berichten. In großem Umfang, so die Kritik, werde die gebotene Sorgfaltspflicht verletzt, einige unterstellen, dies geschehe in manipulativer Absicht.

Ob es sich hierbei um eine „Vertrauenskrise“ im Sinne einer expliziten Krise des Vertrauens in die Medien handelt, wird unter widersprüchlichen Vorzeichen diskutiert. Im Dezember 2015 gaben einer Umfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach zufolge 39 Prozent der Deutschen an, „Medien verdrehten Sachverhalte und verheimlichten wesentliche Informationen“ (Institut für Demoskopie Allensbach 2015, S. 2). Gleichzeitig attestiert die Umfrage ein weit verbreitetes Grundvertrauen (Institut für Demoskopie Allensbach 2015, S. 4). In diesem Kontext ist des Weiteren die „Mainzer Langzeitstudie Medienvertrauen“ zu nennen, eine diachrone Erhebung vom Institut für Publizistik der Johannes Gutenberg-Universität Mainz. Sie untersucht das Vertrauen in die öffentliche Kommunikation über bevölkerungsrepräsentative Trendbefragungen, erstmals in 2008 und seit 2015 im jährlichen Turnus erhoben, und ermöglicht so auch eine Betrachtung der Entwicklung über Zeiträume hinweg. Ihre Befragungsergebnisse liegen ebenfalls nicht für 2014, sondern nur für 2015 vor (500 Befragte), wobei auffällt, dass hier 53 Prozent den Medien nur teils/teils und immerhin 19 Prozent eher nicht bis überhaupt nicht vertrauen – nur 28 Prozent vertrauen ihnen eher oder voll und ganz.<sup>20</sup>

---

20 Mainzer Langzeitstudie Medienvertrauen o.J., URL: <https://medienvertrauen.uni-mainz.de/forschungsergebnisse/> [Abruf: 18.08.2022].

Dass diese Studien sich teilweise widersprechen oder nur in eingehender Diskussion richtig gewertet werden können, liegt am unterschiedlichen Forschungsdesign und der jeweiligen Fragestellung und zeigt sich bereits an diesen beiden Ergebnissen. Je nach Auswahl der Studie und des Blicks auf Ergebnisse einzelner Teilaspekte lassen sich daher verschiedene Schlüsse zur Frage einer tatsächlich vorhandenen Vertrauenskrise ziehen. Reinemann et al. sichten mehrere Studien und gelangen zu folgendem Resultat: „Ein dramatischer Vertrauensverlust über die gesamte Gesellschaft hinweg lässt sich mit seriösen Studien schlicht nicht belegen“ (Reinemann et al. 2017, S. 91). Ein eindeutig messbarer Vertrauensverlust zwischen Journalist:innen und ihren Rezipient:innen kann also nicht in großem Umfang festgestellt werden.

Dennoch: Neben dem rein Messbaren hat die Causa eine *gesellschaftlich normative Dimension*. Das Adjektiv normativ wird hier verwendet mit Rückgriff auf den Begriff der Norm, einer Regel oder Richtschnur, nach der sich Menschen etwa im gesellschaftspolitischen Umgang miteinander orientieren. Für den journalistischen Betrieb ist die normative Ebene besonders relevant:

„Normative Regeln sind bindende Erwartungen darüber, wie Akteure sich angemessen verhalten sollen, d. h., mit ihnen ist die vorschreibende, bewertende und verpflichtende Dimension von Institutionen angesprochen. [...] Medien wirken auf Akteure kulturell-kognitiv ein, weil diese Akteure eine bestimmte Vorstellung davon haben, wie Medien funktionieren und welche Wirkung sie entfalten können, und weil die Akteure diese Perspektive für ‚normal‘ halten.“ (Donges 2013, S. 128)

Wenn also Stimmen aus unterschiedlichen Lagern der Gesellschaft öffentlich Kritik äußern – Bürger:innen in Form von Beschwerden, Politiker:innen in öffentlichen Auftritten, Wissenschaftler:innen unter Forschungsaspekten und Journalist:innen über das Fehlverhalten innerhalb der eigenen Zunft –, dann ist eine gesellschaftspolitische Relevanz etabliert. Diese Relevanz des Diskurses legitimiert es auch, den Begriff des Vertrauensverlustes oder den der Vertrauenskrise über die Ebene des reinen Messens hinaus in einem normativen Diskurs-Kontext zu verwenden, da teils maßgebliche, teils periphere gesellschaftspolitische Akteur:innen ihre normativen Erwartungen an die Medien nicht mehr erfüllt sehen.

Der Begriff Diskurs wird in dieser Arbeit im Allgemeinen für eine öffentlich ausgetragene Konversation unter multiplen Akteur:innen verwendet, die sich zu einem bestimmten Thema austauschen und in Kontakt treten: Diskurs wird somit hier verstanden als das, „worüber man in einer

Gesellschaft oder einem Kommunikationsmilieu zu einer bestimmten Zeit spricht“ (Pöttker 2013, S. 63), nicht unter Rückgriff auf eine bestimmte wissenschaftliche Denktradition. Diese öffentlich ausgetragene Konversation wird stark über die Medien vermittelt ausgetragen bzw. findet in den Medien statt.

„Die Berichterstattung prägt mit ihren Deutungsrahmen (Frames) den öffentlichen Diskurs über eine Krise oder einen Krieg. Frames betonen ausgewählte Problemdefinitionen, kausale Interpretationen, moralische Bewertungen und Lösungsoptionen; damit legen sie auch ihren Rezipientinnen diese Deutungen nahe.“ (Bilke 2008, S. 18)

So ist die *Vertrauenskrise in die deutschen Medien* eine normativ aufgeladene und auch die Kritik wird normativ geäußert: In ihrer konstruktiven Ausprägung üben aktive Rezipient:innen öffentlich Kritik an den Medien und treten in einen Dialog mit den Macher:innen. In ihrer destruktiven Ausprägung entsteht ein verstärkter Diskurs um die Begriffe „Mainstream-Medien“, „Systempresse/-medien“ und „Lügenpresse“.

„Spätestens seit der Ukraine-Krise und der Entstehung von Pegida im Jahr 2014 diskutiert Deutschland über das Thema ‚Medienvertrauen‘. Von ‚Lügenpresse‘, ‚Systemmedien‘ oder gar ‚Volksverrättern‘ ist bei Demonstrationen und in Online-Kommentaren die Rede. Das Thema wird in Talkshows und von der Politik aufgegriffen, in unzähligen Artikeln und bei zahlreichen Tagungen suchen Journalisten und andere Beobachter nach den Ursachen des scheinbar dramatischen Vertrauensverlusts in die Medien.“ (Reinemann et al. 2017, S. 77–78)

Während die im Zitat verwendeten Begriffe ausschließlich abwertend sind, zeigen sich beim Gebrauch weiterer Begriffe diverse Ausprägungen, so bspw. beim Begriff *Mainstream*, der sowohl als Kritik als auch als Diffamierung Verwendung findet. Der Politikwissenschaftler Ulrich Teusch, eine der Stimmen der Kritiker:innen aus der Wissenschaft, erklärt, was er unter den Begriff *Mainstream* fasst:

„Sie nennen sich selbstbewusst Leit- und Qualitätsmedien. Aber ganz allmählich bürgert sich auch bei uns der im englischen Sprachraum längst verbreitete Begriff ‚Mainstream‘ ein, auch in Gestalt der Abkürzung MSM (für *Mainstreammedien*). Dieser Begriff ist zutreffender, neutraler, normativ weniger aufgeladen. *Mainstream* heißt: Es gibt einen medialen Hauptstrom. Der fällt sofort ins Auge, wenn man einen Bahnhofskiosk betritt, den hört und sieht man, wenn man das Radio oder den Fernseher einschaltet – *FAZ*, *Süddeutsche Zeitung*, *Zeit*,

*Spiegel*, die vielen Regionalzeitungen, die Fernseh- und Hörfunkprogramme der ARD, das ZDF, und so weiter. Der Begriff *Mainstream* will sagen, dass sich die genannten Medien ‚in der Mitte der Gesellschaft‘ bewegen, dass sie den mittleren Streifen okkupieren, mit leichten Ausschlägen ins linke oder rechte Feld. Was die Auswahl der von ihnen vermittelten Informationen angeht, weisen sie mehr Gemeinsamkeiten als Unterschiede auf. Bei manchen besonders wichtigen Themen (Außen- und Sicherheitspolitik, Wirtschaft und Finanzen) sprechen sie nicht selten mit einer Stimme, und wenn doch Differenzen auftreten, handelt es sich eher um Streitigkeiten innerhalb ein und derselben Denkschule. Generell gilt: Der *Mainstream* hält sich für tonangebend, für meinungsbildend. Und über ihn, den *Mainstream*, rege ich mich auf.“ (Teusch 2016, S. 18–19)

Sein Anliegen ist es keinesfalls, alle Journalist:innen unter den Generalverdacht der Perspektivenbeschränktheit zu stellen, vielmehr geht es ihm um „einen *Mainstream innerhalb* des *Mainstreams* – und der ist das Problem.“ (Teusch 2016, S. 39). Mit diesem Vorwurf ist er im Wissenschaftsbetrieb nicht allein. Konstruktive Kritiker:innen aus der Forschung (Krüger 2016; Krone-Schmalz 2016; Schiffer 2014) beklagen, dass eben jene von Tsifti und Cappella weiter oben genannten vertrauensbildenden Komponenten, die man auch als journalistische Handlungsmaximen definieren kann, wie Unvoreingenommenheit und Ausgewogenheit in Perspektive und Blickführung, in der Berichterstattung zur Ukraine- und Krim-Krise nicht oder zu wenig eingehalten wurden.

### 2.1.2 Räumliche Nähe und digitale Amplifikation als verstärkende Faktoren

Woher aber bekam diese Vertrauenskrise besonders im Jahr 2014 ihre Wucht bzw. warum wurde sie als so stark wahrgenommen? Zunächst hat die Ukraine-Krise, die in die Krim-Krise führte, als erste kriegerische Auseinandersetzung in Europa im neuen Jahrtausend die Menschen hierzulande direkter betroffen als Konflikte in anderen Teilen der Welt. Die Ängste und Sorgen waren daher emotional besonders aufgeladen, Erinnerungen an Zeiten des Kalten Kriegs und die Angst vor einer erneuten konfliktreichen Phase dieser Art wurden geweckt:

„The annexation of Crimea in March 2014 and the ensuing conflict in Eastern Ukraine brought back ominous memories of contested

geopolitical spheres of influence and military aggression, which had been thought a thing of the past in Europe. The seizure of sovereign land was a breach of international law and was followed by a series of economic sanctions against Russia by the European Union and the United States, as well as Russia's expulsion from the Group of 7 (G7). Unsurprisingly, the Ukraine conflict has raised public fears about entering a new Cold War and further insecurity and instability in Europe.“ (Pantti 2016, S. XI)

Diese direktere Betroffenheit der deutschen Leserschaft durch die anhaltenden Konflikte in der Ukraine, durch die Auseinandersetzung mit Russland in der Krim-Krise sowie damit verbundene Ereignisse speist sich aus der räumlichen Nähe und der eigenen Biografie und schürt so Unsicherheit und Sorge in der Bevölkerung. In dieser Sorge werden militärische Auseinandersetzungen in der Ukraine und die Berichterstattung darüber in Deutschland miteinander in Verbindung gebracht. So stellen sich unter diesen Gesichtspunkten die beiden Krisen als eine Verflechtung zweier Ordnungen dar: zwischen jener *Krise erster Ordnung* in der Ukraine und jener *Krise zweiter Ordnung* im Verhältnis der deutschen Medien zu ihrem Publikum.

Ein weiterer wichtiger Grund, woher diese Medienkrise ihre Wucht nahm, liegt in der fortschreitenden Etablierung eines digitalen (Diskussions-)Raums, in dem eigenen Meinungen und Gefühlen in neuer Form Ausdruck verliehen und darauf bzw. aufeinander reagiert werden konnte. Anders als noch in den Krisen zuvor entwickelte sich hier eine Eigendynamik, die den Konflikt aufgreift und in einer bis dato nicht gegebenen Reichweite und Lautstärke, auch über digitalen Diskussionsraum hinaus amplifiziert. Dies hat seither die Medienlandschaft insgesamt verändert.

Die unterschiedlichen Neuerungen und Änderungen für die öffentliche Diskussion, die die Digitalisierung mit sich brachte<sup>21</sup>, können an dieser Stelle nur kurz angerissen werden. Zum einem können Leser:innen nun über traditionelle Medien hinaus Informationen aus dem Internet einholen. Dazu treten neben die digitalen Angebote etablierter Medien und Online-Enzyklopädien soziale Netzwerke sowie Laien- oder alternative Nachrichtenplattformen. Zum anderen entstanden unterschiedliche Formen direkter und mittelbarer Teilhabe. So kann etwa über die Kommen-

---

21 Uwe Krüger spricht hier von einem „neuen Strukturwandel der Öffentlichkeit“: „Will man den gegenwärtig ablaufenden Medienwandel auf den Begriff bringen, kann man mit einigem Recht von einem neuen Strukturwandel der Öffentlichkeit sprechen.“ (Krüger 2018, S. 12).

tarfunktion unmittelbar ab Erscheinen eines Artikels öffentlich kommentiert werden, mit Klarnamen ebenso wie unter Pseudonym oder ganz anonym. Durch die Sharing-Funktion (Teilen) können Diskussionen über solche Artikel auch auf anderen Medien, bspw. in der Timeline von Facebook oder Twitter, öffentlich oder in geschlossenen Gruppen, fortgesetzt werden, wodurch sich sie dann entstehende Diskussion einer Editierung durch die Redaktion dieses Artikels entzieht.

Diese Gesamtentwicklung der Digitalisierung hat das Selbstverständnis der netzaffinen Leser:innen und Nutzer:innen in ihrer Mehrfach-Funktion als informierte Rezipient:innen, Kritiker:innen und Produzent:innen von Inhalten verändert und durch die neuen Bedingungen wie Unmittelbarkeit, die damit oft verbundene Anonymität und die Vielstimmigkeit den öffentlichen Diskurs zur Krise aufgeheizt.

„In der digitalen Medienwelt hat das Publikum darüber hinaus die reaktive Phase längst verlassen. Auf Facebook, YouTube, Twitter oder inzwischen Instagram und Snapchat schafft es sich seine eigene Medienwelt – ganz ohne Journalisten oder Redaktionen – häufig sehr unterhaltsam, meist boulevardesk, leider oft voller Hass und Fake News.<sup>22</sup> [...] In der nächsten Stufe, die wir längst erreicht haben, bestimmen

- 
- 22 Unter Fake-News werden landläufig absichtlich gestreute Falschmeldungen bezeichnet. „Während der deutsche Begriff Lügenpresse dabei eindeutig als Vorwurf gegen die klassischen Massenmedien zu verstehen ist, ist das englische Äquivalent »Fake News« mehrdeutig. Egelhofer und Lecheler (2019) unterscheiden in ihrer Typologisierung zwischen der Verwendung des Begriffs als Vorwurf gegen die Massenmedien (fake news as label) auf der einen Seite (und damit äquivalent zum Begriff Lügenpresse) und einem speziellen Desinformationstyp auf der anderen Seite (fake news as genre). Bei letzterem handelt es sich um Falschinformationen, die aus politischen oder ökonomischen Motiven absichtlich verbreitet werden und dabei echte journalistische Beiträge imitieren (Zimmermann und Kohring 2018). Die Urheberinnen der Falschmeldungen machen sich hier also bewusst den Vertrauensvorschub zunutze, der dem klassischen Journalismus entgegengebracht wird.“ (Denner und Peter 2020, S. 271) Im gegenwärtigen Diskurs wird der Begriff bereits eingehend rezipiert und weitergedacht. Aktuelle Anwendungsfälle und Einsatzgebiete von „Fake News“ werden bei Hohlfeld et al. besprochen sowie Folgen und Wirkung von „Fake News“ und Desinformation diskutiert. (Vgl. Hohlfeld et al. 2020). Im Sammelband, herausgegeben von Appel, wird das das Postfaktische ins Zentrum der Aufmerksamkeit gerückt und damit auch Fake News, Clickbait, Filter Bubbles, Verschwörungstheorien und ähnliche Phänomene (Appel 2020, S. V). Im Weiteren untersuchen Sachs-Hombach und Zywiets Fake News, Hashtags und Social Bots, die als neue Methoden populistischer Propaganda eingesetzt werden (vgl. Sachs-Hombach und Zywiets 2018).

Algorithmen, Bots<sup>23</sup> und künstliche Intelligenz über Meldungen und Meinungen. Ernstzunehmende Diskussionen über Qualität, Relevanz oder Transparenz verlieren dabei an Wert, weil sie die ‚besorgten‘ Bürger nicht mehr erreichen. Filterblasen und Echoräume in den sozialen Netzwerken tragen das ihre dazu bei, dass nur noch die Informationen und Meinungen durchdringen, die dem jeweiligen Rezipienten ohnehin gefallen.“ (Kenntemich und Niekler 2018, S. 174)

Obwohl Kritik an den Medien nichts Neues ist, bekommt sie in der Ukraine-Krise zwei neue Dimensionen: als Krise zweiter Ordnung folgt sie einem Gefühl der Verunsicherung durch eine Krise erster Ordnung, nämlich ein geopolitisches Ereignis an der Ostseite Europas, und als Amplifikationseffekt der digitalen Öffentlichkeit ist sie wahrnehmbarer, lautstärker und selbstbewusster als andere Medienkritik zuvor.

Die vorliegende Arbeit forscht nicht über die Digitalisierung und kann, bedingt durch ihre Konzentration auf Printmedien, dieses Themenfeld nur am Rande bearbeiten. Vielmehr interessiert sie sich für diese beiden Krisen, die in einer komplexen, multidirektionalen Interdependenz stehen, und zusammen den Gegenstand dieser Arbeit bilden – denn ohne die Krise in der Ukraine zu verstehen, kann auch nicht verstanden werden, was die Berichterstattung dazu geleistet und was sie versäumt hat.

Im Folgenden wird daher zunächst versucht, ein Überblick über die Ukraine-Krise (als Krise erster Ordnung) zu geben, sodann am Beispiel eines paradigmatischen Falles gezeigt, wie schwer die Informationsbeschaffung selbst mit dem zeitlichen Abstand von heute aus noch fällt, da die Aussagen zu einem Ereignis in diversen Quellen vielfältig und unterschiedlich ausfallen können, und schließlich werden unter den Prämissen Per-

---

23 Bot ist die Abkürzung des englischen Begriffs „Robot“ (Roboter). Im sozial- und kommunikationswissenschaftlichen Kontext geht es hauptsächlich um Social Bots, „in Kurznachrichtendiensten wie Twitter imitieren [Social Bots] menschliche Akteure als digitale Nutzer Sozialer Medien und ihr Kommunikationsverhalten, um die öffentliche Gewichtung und Deutungsrichtung von Themen zu beeinflussen. Sie nutzen (oder missbrauchen) dabei neueste Techniken der Agenda- und Nachrichtenrelevanzgewichtung durch Algorithmen, aber auch eine grundmenschliche heuristische Disposition: das Prinzip der sozialen Bewährtheit. Da wir uns von Natur aus bei der Bewertung und Gewichtung von Informationen an Mitmenschen orientieren und dies auch im Internet der Fall ist, kommt es zu manipulierten Mehrheitsmeinungen und gar eigenen ‚Medienwahrheiten‘, denen mit kritischer Medienkompetenz und Technologieverständnis zu begegnen ist.“ (Graber und Lindemann 2018, S. 52).



spektive und Blickführung die für meinen Forschungsansatz relevanten Themen innerhalb der Vertrauenskrise (Krise zweiter Ordnung) umrissen.

## 2.2 Begriffsbestimmung Ukraine-Krise

Die *Krise erster Ordnung* beginnt im Inneren der Ukraine<sup>24</sup>, verbreitert sich geografisch durch internationale Beteiligung und Involvierung und entwickelt sich so von einer lokalen zu einer regionalen, schließlich einer globalen Krise. Als Stellvertreterkrise treten in ihr die einzelnen Interessen regionaler und globaler Mächte<sup>25</sup> zutage. Innerukrainisch kulminiert diese Krise im Zeitraum Ende Februar bis Ende März 2014 in einem Machtwechsel sowie einem lokal begrenzten, anhaltenden bewaffneten Konflikt in der Ostukraine. Regional kulminiert sie durch die Annexion in einer territorialen Neuordnung der Krim und in anhaltenden Spannungen der Ukraine mit Russland. International bzw. global kulminiert sie in einer diplomatischen Krise, indem internationale Vermittlungsmissionen dreier EU-Länder sowie Russland (Steinmeier, Sikorski, Fabius, Lukin reisten zeitgleich in die Ukraine) nicht fruchten und sich schließlich die beteiligten Mächte über die politischen Fragen dieser Krise entzweien, ausdrückt in einem Sanktionskatalog der EU und USA gegen Russland sowie andersherum.

Der Zeitraum bzw. die Geschehnisse dieser Krise werden allgemein unter die Bezeichnungen „Ukraine-Krise“ und „Ukraine-Konflikt“ subsumiert, einzelne Teilzusammenhänge davon als „Maidan“, „Euromaidan“ oder „Revolution“, „Krim-Krise“ sowie „Krieg“/„Bürgerkrieg“ bezeichnet. Unter dem Verweis, dass Kriegshandlungen im Osten bis in die Gegenwart hineinreichen, wird auch von „Ukraine-Krieg“ und „Krieg in der Ukraine seit 2014“ oder „Krieg in Donbass“ gesprochen. Rund um die entbrannte Diskussion zum Thema Völkerrechtsbruch fällt häufig der Begriff „Krim-Annexion“. Ferner wird von „Putsch“ in Bezug auf die Vorkommnisse in Kiew sowie von „Angliederung“, „Eingliederung“ oder „Anschluss“ in Bezug auf die Krim gesprochen.

---

24 Für eine chronologische Auflistung der Ereignisse unterteilt geographisch in „Maidan“, „Krim“, „Süden und Osten der Ukraine“ sowie „Donbass“ siehe Einleitung.

25 Mächte sind hier gemeint im Sinne einer ordnungs- und sicherheitspolitischen Definition („Regional-, Mittel-, Groß-, Supermacht“).

Diese Arbeit wird von *Ukraine-Krise* sprechen, weil der Begriff der Krise (von lat. Crisis, und griech. Krínein 'scheiden, trennen' (vgl. Etymologisches Wörterbuch der deutschen Sprache 2011, S. 542–543) anders als die Begriffe Konflikt oder Krieg den Fokus nicht auf Parteien richtet, die einander feindlich gegenüberstehen, sondern auf einen bestimmten Zeitpunkt oder abgesteckten Zeitraum einer gefährlichen Situation oder eines Scheidewegs. Eine Krise, definiert nach dem Politikwissenschaftler Manfred G. Schmidt, ist:

„eine Entscheidungssituation, ein Höhe- oder Wendepunkt einer gefährlichen Entwicklung. [...] Im engeren Sinne bezeichnet Krise eine exogen oder endogen bedingte, schwerwiegende Störung der System- oder Sozialintegration eines gesellschaftlichen, wirtschaftlichen oder politischen Systems.“ (Schmidt 2004, S. 395)

Nach einer Krise kann ihre Auflösung, Heilung, Genesung ebenso wie ihre Eskalation hin zur Katastrophe folgen. Wenn im Falle von Staaten oder Territorien ein Konflikt nicht gelöst werden kann, frieren die Konfliktlinien manchmal auch ein mit der Folge einer permanenten Krisensituation, einem sogenannten „eingefrorenen Konflikt“, der durch eine relative Waffenruhe, meist wiederkehrende Scharmützel entlang der Frontlinien und/oder eine längere Zeit terroristischer bzw. Guerilla-Taktiken gekennzeichnet ist, und auch nach Jahrzehnten in einen kriegerischen Ausbruch münden kann. Die Grenzen der früheren UdSSR weisen diverse solcher eingefrorenen Konflikte auf, die je ihre eigenen Spezifika haben (vgl. Dornblüth 2014; Sieg 2012). Der Teil der Ukraine-Krise, den diese Arbeit untersucht, kann dabei jedoch als zeitlich relativ abgeschlossen bezeichnet werden, da sich die Krise im Falle der Aufstände in Kiew zu einer neuen und relativ stabilen Regierungsbildung und im Falle der Krim-Frage hin zu einem Verlust des Territoriums für die Ukraine und einer Erweiterung der russischen Grenzen entwickelt hat. Im Falle der Ostukraine und der internationalen diplomatischen Krise handelte es sich bis Februar 2022 um einen solchen eingefrorenen Konflikt, in dem die kriegerischen Auseinandersetzungen nicht mehr so waren wie zum ersten Höhepunkt 2014, aber bis vor Kriegsausbruch kein Ende nahmen. Jedoch sind die Entwicklung nach dem untersuchten Zeitraum ab April 2014 sowie besonders die neuen Entwicklungen seit Kriegsausbruch 2022 nicht mehr Teil dieser Arbeit, die sich auf jene „heiße Phase“ der Ukraine-Krise 2014 zwischen 22. Februar – 21. März konzentriert.

### 2.3. *Die Ukraine im Spannungsfeld diverser Herausforderungen*

#### 2.3.1 Wirtschaftliche und demokratische Entwicklung

Die Ukraine ist ein junger osteuropäischer Staat, der geographisch, historisch-politisch und wirtschaftlich in besonderen Spannungsverhältnissen steht. Der rote Faden, der sich durch dessen Geschichte und gegenwärtige Probleme zieht, folgt aus seiner Stellung als geographische „Schnittstelle“, die sich in regionalen Wirtschaftsunterschieden und in Binnenkonflikten ebenso zeigt wie im außenpolitischen Ringen um Selbstverortung zwischen globalen Akteuren, die Tauziehen um den Staat.

Mit einer Fläche von 603.700 Quadratkilometern ist die Ukraine mindestens der zweitgrößte europäische Staat (gemessen am Staatsgebiet, weil Russland mit 17.075.400 Quadratkilometer deutlich größer ist) oder gar das größte Land Europas (wenn es um die Grenzen auf europäischem Territorium geht, weil Russland aufgrund seines in Asien gelegenen Territoriums nicht einberechnet wird). Ukraines Grenznachbarn sind im Südwesten Moldawien und Rumänien, im Westen Ungarn, Slowakei und Polen, im Norden Belarus und im Nordosten und Osten Russland – teils Länder, die selbst einmal Teil der Sowjetunion waren und teils Länder wie Polen, einst auch Teil des Warschauer Pakts, die ein historisch gewachsenes mindestens skeptisches bis antagonistisches Verhältnis einst zur Sowjetunion wie zum heutigen Russland pflegen. Mit Polen, der Slowakei, Ungarn und Rumänien grenzt die Ukraine im Westen an EU-Staaten, wobei Moldawien, das zwischen Rumänien und der Ukraine liegt, kein EU-Mitglied ist. Im Norden und Osten grenzt die Ukraine an Nicht-EU-Staaten.

Die Landfläche der Ukraine kennt ausgedehnte Ebenen ebenso wie Gebirgsregionen (Karpaten/Krim) und hat im Süden Zugang zum Azovschen Meer und im Südosten zum Schwarzen Meer. Die beiden Meere verbindet eine geostrategisch wichtige Seehandelsstraße, die Straße von Kertsch. Da Ukraine und Russland Handelshäfen im Azovschen Meer besitzen, die nur über diesen Seeweg erreicht werden können, wird immer wieder über die Seeansprüche und Seerecht verhandelt und (militärisch) gestritten. Geo- und machtpolitische Auseinandersetzungen durchziehen die neuzeitliche Geschichte des Staats, wobei es um Einflussphären und (Herrschafts-)Ansprüche anderer auf ukrainisches Territorium geht. Götz und Halbach stellen wichtige geschichtliche Eckpunkte der Neuzeit zusammen:

### „Neuere Geschichte

- 1569 Polen löst die Herrschaft Litauens in der Ukraine ab.  
1654 Der Kosaken-Hetman Chmelniczki anerkennt Rußland als Schutzmacht gegenüber Polen für die ukrainischen Gebiete östlich des Dnepr (Ostukraine).  
1795 Durch dritte Teilung Polens fällt die westliche Ukraine (ohne Galizien) an Rußland.  
1919 Die westliche Ukraine fällt im Versailler Vertrag an Polen; Unabhängigkeitserklärung.  
1921 Sowjetrepublik.  
1922 Gründungsmitglied der UdSSR.  
1932–1933 Kollektivierung und Getreiderequirierung haben Hungersnot mit 5–6 Mill. Toten zur Folge.  
1939 Anschluß der bisher polnischen Westukraine (Hauptstadt Lwiv) an die ukrainische Sowjetrepublik als Ergebnis des Hitler-Stalin-Paktes.  
1941–1944 Krieg und deutsche Besetzung; enorme Bevölkerungsverluste: zwischen 1939 und 1951 Bevölkerungsrückgang um 8 %.  
1945 Nordbukowina und Bessarabien von Rumänien sowie Karpato-Ukraine von der Tschechoslowakei angegliedert; Gründungsmitglied der Vereinten Nationen.  
1954 Durch Beschluß des Obersten Sowjet der UdSSR kommt die Krim zur Ukraine.“

(Götz, Halbach 1992, S. 523)

Das Darlegen der einzelnen neuzeitlich geschichtlichen Punkte würden den Rahmen dieser Arbeit sprengen. Was sich aber aus den dargestellten Zeitpunkten und -räumen zeigt, ist, dass der Staat bzw. seine Bewohner:innen zu jedem Zeitpunkt zahlreichen Einflüssen ausgesetzt war und die verschiedenen Einflussbereiche ihre Spuren, auch in den Grenzverschiebungen, hinterlassen haben. Die einzelnen Gebiete und darin je die einzelnen Volks- oder Sprachgruppen haben unterschiedliche Erfahrungen gemacht und waren zu unterschiedlichen Zeiten Teil verschiedener Länder. So differiert auch die Sprachverteilung, im Westen und im Zentrum wird überwiegend ukrainisch gesprochen, im Süden und Osten, und vor allem auf der Krim mehrheitlich russisch, wobei der überwiegende Teil der Ukrainer:innen beide Sprachen beherrscht. Das alles hat in der Binnenstruktur wie in außenpolitischen Beziehungen eine polyphone Ukraine geschaffen,

die mit klaren Zuordnungen und einfachen Kategorien „pro-europäisch“ oder „pro-russisch“ nicht zu begreifen ist. Eine Annäherung kann daher nur in der Wechselspielbetrachtung einzelner Punkte gelingen.

Die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts war für die Bewohner der heutigen Ukraine von Entbehrungen und Katastrophen geprägt: Noch in der Zarenzeit wurden ukrainische Sprache und Nationalität unterdrückt. Es folgten der Erste Weltkrieg und Bürgerkriege um den Erhalt des ersten ukrainischen Nationalstaates seit 1918 sowie die Eroberung durch die Rote Armee mit der Eingliederung in die Sowjetunion. Eine Hungersnot (in der heutigen Ukraine als Holodomor bezeichnet) durch die stalinistische Zwangskollektivierung erforderte Millionen Tote. Dann folgte der Große Vaterländische Krieg gegen die deutsche Besatzung mit dem Massenmord an den Juden in der Ukraine und der Massendeportation von Zwangsarbeiter:innen aus der Ukraine. Staatliche Repressalien hörten erst mit dem Tod Stalins 1953 auf. Es folgten die 1960iger Jahre mit unter dem ukrainischen Parteichef Petro Schelests (Šelest). Er verband den wirtschaftlichen Aufschwung mit der Förderung ukrainischer Autonomie in Kultur und Bildung. 1972 wurde er von Wolodymyr Schtscherbyzkyj (Ščerbickij) abgelöst, der sich mit seinem zentralistischen Kurs stärker nach Moskau orientierte, später aber die Reformpolitik von Michail Gorbatschow (Gorbačëv) nicht mehr mittrug. Mit der Kernkraftkatastrophe im ukrainischen Tschernobyl (Černobyl) 1986 zerbrach bei sehr vielen Bürger:innen das Vertrauen in staatliche Einrichtungen. Diese Entwicklung wurde durch Gorbatschows Politik von Perestrojka (Umbau) und Glasnost (Offenheit) beschleunigt, führte in der Ukraine zur Nationalbewegung Ruch und zur Gründung neuer Parteien mit dem Ziel einer unabhängigen Ukraine.

Mit Auflösung der Sowjetunion Ende 1991 bildet sich aus der Ukrainischen Sowjetrepublik auf identischem Territorium die Ukraine, nun indes unabhängig. Dabei haben „der Zerfall der Sowjetunion und die Unabhängigkeit der Ukraine [...] eine tiefe Rezession zur Folge, die [...] bis Mitte der 1990er Jahre andauerte“ (Mykhnenko 2013, S. 2). In dieser andauernden Rezession verliert die Ukraine über die 90er Jahre hinweg 59 Prozent der Wirtschaftsleistung und das Pro-Kopf-BIP nach Kaufkraftparität erreicht erst 2006 wieder das Niveau von 1990. Die Rezession kann erst durch stabilisierende Maßnahmen der Regierung von Leonid Kutschma<sup>26</sup> Anfang der Neunziger Jahre abgeschwächt und schließlich aufgehoben werden. In Folge dieser neuen Weichenstellung verstärken

---

26 Leonid Kutschma war von Oktober 1992 bis September 1993 Ministerpräsident, von Juli 1994 bis Januar 2005 Präsident der Ukraine.

sich regionale Unterschiede in der wirtschaftlichen Orientierung und Spezialisierung weiter, die bereits in der sowjetischen Gesellschaft angelegt waren, führen aber im neuen Wirtschaftssystem durch ein regional und branchenspezifisch unterschiedlich hohes Wachstum von Produktivität und Wertschöpfung zu wachsenden sozialen Unterschieden, auf die weiter unten im gesellschaftspolitischen Kontext eingegangen wird.

Die 00er Jahre sind geprägt von einem durchschnittlichen Wachstum von 5,6 Prozent. Während einige Regionen stark von Grenzverkehr, Industrie und Bergbau sowie Dienstleistungen profitierten, verlieren große agrarwirtschaftlich geprägte Teile des Landes und darunter besonders das zentralukrainische Zentrum (ohne Kiew) massiv an wirtschaftlicher Bedeutung. (vgl. zusammenfassend Mykhnenko 2013, S. 2–5)

Nach dieser Wachstumsphase 1999 bis 2004, die ausgelöst wurde durch Kutschmas industriebasierte Wirtschaftspolitik, folgte durch die Orangen Revolutionäre<sup>27</sup> eine Schwerpunktverschiebung hin zu Dienstleistungen und dem Finanzsektor, wovon wieder nur bestimmte Regionen, wenn auch andere profitierten. In der Folge der wachsenden Bedeutung dieser Wirtschaftszweige für die Ukraine wird das Land abhängig von ausländischen Krediten, was es besonders anfällig macht für die weltweite Finanzkrise 2008:

„Die Ukraine gehört zu jenen Ländern, die von der weltweiten Finanzkrise seit 2008 am schwersten in Mitleidenschaft gezogen wurden. Der Staat ist im Prinzip zahlungsunfähig und wird mit westlichen Kredi-

---

27 Der Begriff Orange Revolution leitet sich wie folgt ab: „Der Beginn des Jahres 2004 war von der Diskussion über eine von Präsident Kutschma [initiierte Verfassungsreform geprägt, welche die kurzfristige Änderung der Spielregeln vor den Präsidentschaftswahlen zur Folge haben sollte. Sie zielte auf die Schwächung des Spitzenkandidaten der Opposition, Viktor Juschtschenko, im Falle seines Wahlsiegs.“ (Bajohr und Enders, URL: [https://www.kas.de/documents/252038/3346186/Jahresbericht+2004.pdf/7dedc6a1-feed-9b4c-6c20-ea1d14f63b44?v](https://www.kas.de/documents/252038/3346186/Jahresbericht+2004.pdf/7dedc6a1-feed-9b4c-6c20-ea1d14f63b44?version=1.3&t=1602491873663)ersion=1.3&t=1602491873663, [Original: 2014, Abruf: 05.01.2021]) Kutschma wie auch Russland favorisierten dessen Gegenspieler Janukowitsch. Dieser ging zwar als Sieger der Stichwahl am 21. November hervor, doch waren die Resultate gefälscht. Dieser Umstand mobilisierte Demonstrationen für faire Wahlen. „Hunderttausende strömten auf den Kiewer Unabhängigkeitsplatz, den Majdan und erreichten [...] eine Wiederholung der Wahl, die Juschtschenko [schließlich am 26. Dezember, KK] gewann.“ (Bundeszentrale für politische Bildung 2015, URL: <https://www.bpb.de/izpb/209819/die-unabhaengige-ukraine> [Original: 03.08.2015, Abruf: 05.01.2021]) Da Juschtschenkos Wahlfarbe Orange war und die Demonstrationen von seinen Anhängern ausgingen, wurden die Proteste „Orange Revolution“ (Wilson 2005) getauft.

ten über Wasser gehalten. Die bezwungen geglaubte hohe Inflation mit ihren schwerwiegenden sozialen Folgen ist zurückgekehrt. Angesichts der Energieabhängigkeit der Ukraine von Russland wirft dieser Zustand weitergehende Fragen zur gesellschaftlichen Stabilität, territorialen Integrität und außenpolitischen Orientierung des Landes auf. Weder die bekannten Wahlbetrüger von 2004 noch die mutmaßlichen Mörder des Journalisten Georgij Gongadze von 2000 sind bestraft worden [1969–2000, Gründer und erster Chefredakteur der Internetzeitung *Ukrajinska Prawda*, der spurlos verschwand, man fand später seine Überreste, KK]. Wie in der Kučma-Periode ist Korruption allgegenwärtig. Diese Liste ließe sich fortsetzen.“ (Umland 2009, S. 109)

Was Umland 2009 beschreibt, verändert sich in Richtung Untersuchungszeitraum rund um die Ukraine-Krise 2014 nicht. Die Ukraine ist wirtschaftlich wie demokratisch ein *dysfunktionaler Staat*. In einer solchen Problemlage können sprachliche, ethnische, kulturelle und soziale Fragmentierungen, die in einem Staat existieren und sich in der Krise zuspitzen, zu offenen Konflikten eskalieren. Die Dysfunktionalität zeigt sich auf unterschiedlichen Ebenen, von denen im Folgenden einige beleuchtet werden.

Das Bruttoinlandsprodukt der Ukraine hatte sich seit dem Schock der Finanzkrise 2008, als die ukrainische Wirtschaftsleistung um 35,4 Prozent einbrach, zwar in den Folgejahren kontinuierlich Richtung Vorkrisenniveau bewegt, konnte jedoch die Verluste in den fünf Folgejahren bis 2013 nicht völlig ausgleichen. So stagnierte die Wirtschaftsleistung vor der Ukraine-Krise zuletzt von 2012 (USD 175,71 Mrd.) auf 2013 (USD 179,57 Mrd.) auf einem geringen Wachstum von 2,1 Prozent und verfehlte somit auch fünf Jahre nach der Krise das Vorkrisenniveau (USD 181,31 Mrd.), für die Ukrainer:innen damit die sich wiederholende Erfahrung, dass es lange Zeit dauern kann, aus tiefen Krisen heraus zu kommen. Von 2013 auf 2014 brach die Wirtschaftsleistung dann um 27,3 Prozent auf nur noch USD 130,57 Mrd. ein, im Jahr darauf auf nur noch USD 90,49 Mrd. Damit halbierte sich die Wirtschaftskraft im Vergleich zu 2013 beinahe (Verlust von 49.61 Prozent im Zweijahresvergleich).<sup>28</sup> Die Ukraine erlebte damit ihre zweite tiefgreifende wirtschaftliche Krise seit der Staatsgründung.

---

28 Vgl. Statista, URL: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/232390/umfrage/bruttoinlandsprodukt-bip-in-der-ukraine/#professional>, [Abruf: 17.12.2020].

Ein besonderes konfliktbeladenes Spezifikum der Ukraine bildet das außerordentlich hohe Vermögen der Oligarchen<sup>29</sup>. Schätzungen gehen davon aus „dass sich das Vermögen der zehn reichsten Ukrainer auf mehr als elf Milliarden Dollar im Jahr 2016 belief, das entspricht fast 13 Prozent des BIP des Jahres 2015“<sup>30</sup>, schreibt die Organisation Ukraine Crisis Media Center mit Sitz in der Ukraine und beruft sich dabei auf Schätzungen der Investmentgesellschaft Dragon Capital. Weiter heißt es: „Zum Vergleich: Das Vermögen der zehn reichsten Einwohner von Polen oder der USA erreicht nur drei Prozent des BIP“ (ebd.). Das dem Griechischen entlehnte Kunstwort Oligarchie / Oligarchen setzt sich aus *olígos* (wenige) und *árchein* (herrschen) zusammen (vgl. Nohlen et al. 1998, S. 439) und wird heute verwendet für Menschen, die aufgrund ihres enormen wirtschaftlichen Vermögens (meist im Eigeninteresse und entgegen gesamtgesellschaftlicher Interessen) Macht auf den Staat ausüben (können).<sup>31</sup> Im Falle der Ukraine konnten sich die Oligarchen seit Ende der Neunziger Jahre etablieren und sind zu einer festen Größe geworden, die in sich aber sehr heterogen und intransparent ist.

„Das Phänomen der Oligarchen in der Ukraine lässt sich nur auf der Basis einer differenzierten Analyse der einzelnen Biographien und Werdegänge verstehen. Von ‚den Oligarchen‘ als Gruppe kann allenfalls in Bezug auf Phase der ursprünglichen Kapitalakkumulation, also die Zeit vor der Orangen Revolution, die Rede sein. [...] Die äußerst uneinheitlichen Reaktionen der Oligarchen auf die Majdan-Bewegung und die Entwicklungen nach dem Kiewer Machtwechseln spiegeln nicht zuletzt die je individuelle Strategie zum Schutz ihres Vermögens,

---

29 Das Gros bilden männliche Oligarchen, daher wird hier nicht gegendert.

30 Ukraine Crisis Media Center, URL: <https://uacrisis.org/de/54793-top-5-ukrainian-oligarchs>, [Original: 06.04.2017, Abruf: 11.10.2021].

31 Im Fall von Russland und der Ukraine wird der Begriff Oligarch häufig verwendet und meint, dass einzelne Menschen durch strategisch wichtige Positionen in Politik und Wirtschaft binnen kurzer Zeit großes Vermögen angehäuft und monopolisiert haben, viel davon über Privatisierung von Unternehmen und Rohstoffvorräten mit dem Umbruch hin zum Kapitalismus. Während dieser Begriff eine negative Konnotation hat, spricht man im Kontext von Konzerneigentümern, die in Deutschland mit den Nazis kooperierten, bspw. bis heute von Großindustriellen. Aktuell wird in Bezug auf Amerika und China von Tech-Giganten gesprochen, deren Einfluss auf Steuergesetze (über Lobbyarbeit) besonders in westlichen Ländern sehr hoch eingeschätzt wird. Ex-US-Präsident Trump, der nachweislich Privatvermögen und -verdienst sowie Staatsgeschäfte nicht klar trennte, wurde als Immobilien-Magnat, der langjährige italienische Ministerpräsident Berlusconi als Medien-Mogul bezeichnet.



die die Oligarchen vor vielen Jahren gewählt haben.“ (Solonenko 2014, S. 215)

Da jede Person die eigenen Netzwerke für sich behält, ist ein transparentes Bild unmöglich darzulegen. Bekannt ist, dass ihr Reichtum wesentlich auf Wertschöpfung aus Rohstoffen (Bergbau, Metall, Energie, Gas, Öl, Stahl, Schokolade) aufbaut, die sie über Privatisierung und Monopolisierung akkumuliert haben. Sie besitzen einen enormen Einfluss auf die Abgeordneten, einige sitzen sogar im Parlament oder bekleiden Ministerposten und andere politische Ämter. Die ukrainischen Medien sind klar mehrheitlich, wenn nicht komplett in der Hand von Oligarchen. Allerdings vertritt etwa Solonenko die Ansicht, dass deren divergierende Interessen insgesamt pluralitätsfördernd für die Ukraine waren und bisher auch zu einer Pluralität der Medien beigetragen haben. Gleichwohl stellt sie im gleichen Atemzug fest:

„Was die Oligarchen jedoch nach wie vor verbindet, ist die Weigerung, ihren privilegierten Zugriff auf öffentliche Ressourcen und politische Entscheidungen aufzugeben: Rechtsstaatliche Prinzipien, transparente Parteienfinanzierung und Antikorruptionsgesetze sind bislang keine Ziele, für die sie sich einsetzen.“ (Ebd.)

Dabei bräuchte das Land dringend Antikorruptionsgesetze. Der Korruptionsindex/Korruptionsindikator CPI, erhoben durch die gemeinnützige und parteipolitisch unabhängige Bewegung Transparency International, listet Länder weltweit nach dem Grad der im öffentlichen Sektor (Bereich Politik und Verwaltung) wahrgenommenen Korruption auf. Hier belegte die Ukraine zwischen 2011 und 2014 konstant einen Platz zwischen 142 und 152 (von 174 bis 182 Ländern).<sup>32</sup> Mit der Korruption verhält es sich also anders als mit der Wirtschaft: Es gibt zwar eine leichte Bewegung, wobei aus diesem Index nicht hervorgeht, ob diese durch eine Veränderung der Korruptionswahrnehmung in der Ukraine selbst oder in den anderen Ländern verursacht wurde. In jedem Fall verharrt das Land aber konstant im untersten Fünftel weltweit und liegt damit mit einer nur marginal positiven Entwicklung durchgehend weit abgeschlagen von einer stabilen Situation.

---

32 Die Ukraine belegt 2011 Platz 152 (von 182), 2012 Platz 144 (von 174), 2013 ebenfalls (von 175), 2014 liegt sie auf Platz 142 (von 174). CPI ist eine standardisierte Bewertung, sodass die Daten verschiedener Jahre vergleichbar sind. (Vgl. Transparency International Deutschland, URL: <https://www.transparency.de/cpi/>, [Abruf: 18.12.2020].)

Segert diagnostiziert aufgrund der grassierenden Korruption und Verantwortungslosigkeit – an den „Wendepunkten der Macht wechselten jeweils Parlamentsabgeordnete in großer Zahl von der Opposition zur neuen Regierung“ (Segert 2014, S. 5) – eine „Entfremdung von politischer Klasse und Bevölkerung“ (ebd.), deren Resultat die Gefahr des Zusammenbruchs des Staates ist, ein „Staatszerfall“ (ebd.). Dazu zeigt der Blick auf verschiedene globale und periodisch erscheinende Indizes und Rankings, wie sich diese Diagnose von Vorteilsnahme, Korruption und Dysfunktionalität des ukrainischen Staats in den Bereichen Rechtsstaatlichkeit und Pressefreiheit spiegelt.<sup>33</sup>

Zur Bewertung der Lage der Rechtsstaatlichkeit in der Ukraine kann der Rechtsstaatlichkeits-Index World Justice Project Rule of Law Index herangezogen werden, herausgegeben von der Non-Profit-Organisation World Justice Project (WJP), deren zentrales Anliegen das Dokumentieren der weltweiten Rechtsstaatlichkeit ist. Dem WJP Rule of Law Index 2012–2013 zufolge, der auf Daten während des zweiten Quartals 2012 zugreift, liegt die Ukraine im globalen Ranking in den untersuchten acht Bereichen auf folgenden Plätzen, je bezüglich der erhobenen 97 Länder: „Limited Government Powers“ auf Platz 87, „Absence of Corruption“ auf Platz 94, „Order and Security“ auf Platz 44, „Fundamental Rights“ auf Platz 56, „Open Government“ auf Platz 62, „Regulatory Enforcement“ auf Platz 91, „Civil Justice“ auf Platz 56 und „Criminal Justice“ auf Platz 79.<sup>34</sup> Aus diesen Angaben zeigt sich das Bild eines Staates, der insgesamt als Rechtsstaat im internationalen Vergleich schlecht bis sehr schlecht abschneidet und dessen zentrale Probleme dabei neben der oben diskutierten allgegenwärtigen Korruption in fehlenden Mechanismen zur Gewaltenteilung und Machtbeschränkung sowie in der unzureichenden Bestrafung von Kriminalität liegen. Mit Ausnahme des erhobenen Punktes „Order and

---

33 Indizes sind zur wissenschaftlichen Nutzung nur eingeschränkt geeignet. Wie im vorliegenden Fall können sie einen sinnvollen groben Einblick gewähren in die Lage des Landes. Für eine weitergehende wissenschaftliche Arbeit mit diesen Daten müssen sie aber untersucht werden auf inhaltliche wie methodische Voraussetzungen und etwaige Defizite. Inhaltlich muss die Ausrichtung der Untersuchungsfrage problematisiert werden, so zum Beispiel von welchem Blick heraus auf den Gegenstand geschaut wurde, welche Aspekte dagegen ausgeblendet wurden, welche Definitionen der Frage zugrunde gelegt wurden etc. Methodisch gilt es kritisch zu begutachten, was konkret gemessen wurde, wie diese Daten erhoben wurden, wie vergleichbar die Daten der einzelnen Länder sind, wie transparent die Methode, die Indikatoren, die ausgewerteten Daten usw. sind.

34 Vgl. The World Justice Project (WJP), URL: [https://worldjusticeproject.org/sites/default/files/documents/WJP\\_Index\\_Report\\_2012.pdf](https://worldjusticeproject.org/sites/default/files/documents/WJP_Index_Report_2012.pdf), [Abruf: 18.12.2020].

Security“ schneidet die Ukraine in allen Punkten unterdurchschnittlich ab, was klare Indikatoren für ein autoritäres Regime und einen im demokratischen Sinne dysfunktionalen Staat sind. Ein autoritäres Regime wird definiert nach dem Rechtswissenschaftler Rudolf Weber-Fas als „eine zwischen Demokratie und totalitärer Diktatur changierende Herrschaftsform“ (Weber-Fas 2008, S. 40).

Diese herausfordernde Situation macht auch nicht Halt vor dem Militär, sondern wird im Gegenteil erweitert um eine Armee in desolatem Zustand, die quasi nicht handlungsfähig ist.

„Nach dem Zerfall der Sowjetunion unterhielt die Ukraine lange Zeit eine der mächtigsten Armeen Europas, ausgestattet mit Atomwaffen und modernster Waffentechnik. 23 Jahre nach der Unabhängigkeit ist davon nur wenig geblieben. Durch das Budapester Memorandum von 1994 verlor die Ukraine ihre Atomwaffen. Die Idee, eine Berufarmee zu schaffen, war stets Thema vor den Wahlen, wurde aber nicht umgesetzt. [...]

Ein Experte, der anonym bleiben möchte, beschreibt den Zustand der Armee so: „Noch vor einem halben Jahr hätte die ukrainische Armee mit links von den Garden des Vatikan geschlagen werden können.“<sup>35</sup>

Wenn die Sicherheitsarchitektur eines Staats so offensichtlich nicht mehr handlungsfähig ist wie hier, bilden sich – das Phänomen zeigt sich global in unterschiedlichen Regionen und historisch zu unterschiedlichen Zeitpunkten – alternative Sicherheitsarchitekturen wie im Fall der Ukraine im Frühjahr 2014 mit Freiwilligenbataillonen, die in Eigenregie und -rekrutierung sicherheitspolitische Aufgaben übernehmen. Als im Donbass die Situation zu eskalieren droht (siehe auch Einleitung) ruft der Staat eine „Anti-Terror-Operation“ (ATO) aus und ist dankbar um diese Freiwilligen, die durchaus Rückhalt in der Bevölkerung genießen. Sie werden in staatliche Sicherheitsapparate wie die Nationalgarde integriert und dem Innenministerium unterstellt. Doch damit war das Problem nicht gelöst, denn „einige im rechtsextremen Milieu entstandene Verbände widersetzen sich dem jedoch bis heute“ (Heinemann-Grüder, S. 51). Auch die übernommenen Verbände brachten große Probleme mit sich: Wenn selbst ungeschulte Kräfte auf diese Weise aufgenommen werden, manifestiert sich darin vor allem ein „Staatsversagen und bringt erhebliche Probleme mit sich. Milizen unterminieren das staatliche Gewaltmonopol und kön-

---

35 Naminova 2014, URL: <https://taz.de/Armee-in-der-Ukraine/!5036888/>, [Original: 26.07.2014, Abruf: 11.10.2021].

nen die Demokratisierung des Landes gefährden.“ (Schneckener, S. 135) Dabei darf auch das Signal an die eigene Bevölkerung nicht unterschätzt werden, dass der Staat unfähig ist, einen intakten Sicherheitsapparat zu gewährleisten, und angewiesen ist auf Vigilanten, Anhänger selbst ernannter Bürgerwehren, die widerrechtlich entstanden sind und widerrechtlich handeln. Eine entscheidende Frage ist ferner, was passiert, wenn sich der Konflikt gelegt hat:

„Werden die Freiwilligen-Bataillone in der Ukraine demobilisiert und entwaffnet, werden sie komplett oder teilweise in den staatlichen Sicherheitsapparat integriert? Und was bedeutet dies für die öffentliche Sicherheit im Besonderen und für die demokratische Entwicklung im Allgemeinen? In Kolumbien oder Guatemala beispielsweise sind die Prozesse zur Demobilisierung bzw. Reintegration, sofern sie sich auf staats- bzw. elitennahe Milizen erstreckten, nur sehr unvollständig abgelaufen oder gänzlich gescheitert. In vielen Fällen besteht ein Teil der Milizen in veränderter Form weiter und verfolgt als politische Bewegung eigene Ziele, übernimmt als Sicherheitsdienst weiter ‚Aufträge‘ für einflussreiche Personen oder etabliert sich als kriminelle Bande, wie exemplarisch die Entwicklung der Paramilitärs in Kolumbien zeigt. Milizen bleiben folglich als nicht-staatlicher Gewaltakteur präsent und wirken als potentiell destabilisierender Faktor in der Gesellschaft.“ (Schneckener, S. 143)

Auch wenn diese Verbände während der ATO einen großen Rückhalt in der Bevölkerung genossen und faktisch im Moment der Eskalation Sicherheits- und Kampfaufgaben auf dem Maidan und im Südosten übernommen haben, so ist die Abspaltung von Teilen des staatlichen Gewaltmonopols auf nicht-staatliche Akteure für diesen Staat immer ein großes Risiko. Die Auflösung oder Integration in die Gesellschaft ist nicht abzusehen und Entwaffnung militarisierter Gruppen ein schwieriges und langwieriges Unterfangen, erst recht, wenn demokratische Kontrollmechanismen wie eine plurale und freie Presse fehlen.

Auf der Rangliste der Pressefreiheit, jährlich herausgegeben von der NGO Reporter ohne Grenzen, die sich global gegen Zensur und für Pressefreiheit einsetzt, rutscht die Ukraine von 2009 bis 2014 von Platz 90 (von 175) auf Platz 127 (von 180) ab, wobei der Abstieg bereits 2013 bei Platz 126 angekommen ist.<sup>36</sup>

---

36 Die Rangliste der Pressefreiheit listet die Ukraine 2009 auf Platz 90 (von 175), 2011 auf Platz 116 (von 179), 2013 auf Platz 126 (von 179), 2014 auf Platz 127 (von

Eine ähnliche Entwicklung beklagen Rjabčuk und Weichsel bereits 2011 für weitere bürgerliche Freiheiten:

„In anderthalb Jahren hat das Janukovyč-Regime all jene bürgerlichen Freiheiten und Rechte beschnitten, die unter den Orangen Kräften<sup>37</sup> als Selbstverständlichkeit galten.“ (Rjabčuk und Weichsel 2011, S. 4)

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass in einem wirtschaftlich volatilen und demokratisch dysfunktionalen Staat unter korrupter, autoritärer und dabei oft wechselnder Führung ein in der Gesellschaft bestehendes Konfliktpotential besonders schnell wachsen und gedeihen sowie populistisch vereinnahmt und amplifiziert werden kann. Dies geschieht in gesteuerter Presse teilweise noch schneller. Denn wenn die politische Elite die Bürger:innen gegeneinander aufwiegelt, sind kritische Momente und Eskalationen eine der logischen Konsequenzen:

„Alles das – die politische Entfremdung der Repräsentanten von der Gesellschaft, die Nutzung des Staates als Beute der Politiker und ihres Anhangs im Staatsapparat, die Nutzung fragwürdiger Mittel für die Niederhaltung des politischen Gegners – zerrüttet den Staat.“ (Segert 2014, S. 5)

Wenn es um die Gründe für die bzw. die Vorgeschichte der Eskalation der Ukraine-Krise 2014 geht, sind die wirtschaftlich und demokratisch defizitären Strukturen der Ukraine mit an vorderster Front zu nennen. Doch um an dieser Stelle die regionalen Unterschiede, die die Krise in großen Teilen prägen, besser zu verstehen, bietet sich ein letzter Blick auf die regionalen wirtschaftlichen Unterschiede an.

Interessanterweise lag nun in Donezk und Luhansk, den beiden Regionen im äußersten (Süd-)Osten des Landes, das Durchschnittseinkommen im Vergleich zur gesamten Ukraine im Jahr 2012 mit am höchsten (Ausnahmen einzig Kiew und Dnipropetrowsk) und die Arbeitslosigkeit im nationalen Vergleich relativ niedrig (Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen 2013, S. 7). In einer wirtschaftlichen Gesamtsituation des Landes, in der einzelne „Regionalökonomien“ (Mykhnenko 2013, S. 2–5), die sich wie oben angedeutet in die Gruppen dienstleistungsorientiert (Kiew und Charkiw), industriebasiert (Donezk und Luhansk) und

---

180). (Vgl. Reporter ohne Grenzen, URL: <https://www.reporter-ohne-grenzen.de/rangliste/archiv>, [Abruf: 18.12.2020].)

37 Mit Orangen Kräften sind die Akteur:innen der sogenannten Orange Revolution gemeint.

landwirtschaftlich geprägt (mit einigen Ausnahmen der Rest des Landes) einteilen lassen, ging es den beiden östlichsten Regionen also kurz zuvor noch relativ gut (vgl. ebd.). Eine einfache Korrelation also, dass sich die ärmeren Regionen nach einem stabilen Hafen (wie Russland) sehnen, greift hier nicht, im Gegenteil, sie fordert eine genaue Betrachtung ein. Eine repräsentative Umfrage des Kiewer Internationalen Instituts für Soziologie (KIIS) zeigt gerade in diesen Regionen die größte Zustimmung zu einem Anschluss an Russland. Die Umfrage vom 08.-16. April 2014 befragte Menschen aus dem Osten und Süden (Cherson, Charkiw, Odessa, Mykolaiw, Luhansk, Saporischschja, Donezk, Dnipropetrowsk und Südosten gesamt), ob sie der Ansicht sind, dass sich ihre Region von der Ukraine abspalten und an Russland anschließen soll (vgl. Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen 2014, S. 19). Die Krim war nicht Teil dieser Umfrage.<sup>38</sup> In allen Orten oder Regionen dominiert die Antwort „Definitiv nein / Eher nein“ über „Definitiv ja / Eher ja“. Im Süden und im Südosten (Cherson, Odessa, Mykolaiw, Saporischschja, Dnipropetrowsk) schwankt die definitive Ablehnung zwischen 84,6 und 78,8 Prozent, eine klare Bejahung liegt hier im einstelligen Bereich. Im Osten (Charkiw, Luhansk, Donezk) verschieben sich die Zahlen, „Definitiv nein / Eher nein“ sagen immerhin 65,6 bis 52,2 Prozent, definitiv bejahen tun in Charkiw 16,1, in Donezk 27,5 und in Luhansk 30,3 Prozent. (ebd.)

Warum die Regionen Donezk und Luhansk positiver gen Russland schauen, also einen anderen Blick auf den Nachbarn haben, hat viele unterschiedliche Gründe:

„Im Osten des Landes befinden sich die großen Bergwerke und die Fabriken der Stahlindustrie. 1.250 Meter sind die Minen hier tief. Die Arbeitsbedingungen unvorstellbar, nur in China sterben mehr Menschen bei Grubenunglücken. Doch die Steinkohle, die sie hier hervorholen, ist gut. Nur ein Teil davon wandert in die großen Heizkraftwerke der Umgebung. Der größte Teil wird in endlosen Güterzügen nach Russland gefahren. Wenn Russland diese Züge nicht mehr annimmt, müssten 80 Prozent der Minen hier schließen, hören die Arbeiter über das örtliche Radio. Überhaupt versteht man nicht, wieso man sich weiter an Europa binden sollte. Viele haben Familienmitglieder in Russland, sprechen selber russisch und finden es genau richtig, dass

---

38 Wie sich in Kapitel 2.3.4 zeigen wird, findet die Frage der möglichen Zukunftsszenarien für die Krim-Bewohner:innen unter anderen Vorzeichen statt, daher wurde sie in der Arbeit separat bearbeitet.

Janukowitsch die Beziehungen zu Russland pflegte. Als die Proteste begannen, hatte man hier wenig Verständnis für die proeuropäischen Bekundungen auf dem Maidan in der Hauptstadt Kiew. Die Fernsehkanäle der Oligarchen zeigten besonders die Gewalt der Demonstrationen, die von westlichen Kräften beeinflusst oder sogar bezahlt seien.<sup>39</sup>

Dieses im Osten besondere Meinungsbild speist sich also aus Gründen der geografischen Nachbarschaft und sprachlich-kultureller sowie verwandtschaftlicher Nähe, außerdem aus wirtschaftlichen Erwartungen, dass die regionalen Industrieökonomien von einer Integration in den russischen Wirtschaftsraum profitieren würden. Gleichzeitig wird die Binnen-Spaltung befeuert und instrumentalisiert für politische Interessen und zur Sicherung und Ausbau von Einflussphären von Seiten Russlands (folgendes Zitat) ebenso wie von ukrainischer Seite (darauffolgendes Zitat):

„Moskau machte sich jedoch diese Narrative [Faschisten herrschen in Kiew] zunutze. Die völkerrechtswidrige Annexion der Krim war nur der erste Schritt zu einer Destabilisierung in der Ukraine. Separatisten kämpfen seitdem im Osten des Landes, der überwiegend russischstämmig ist, für eine Abspaltung von Kiew. Fast 13.000 Menschen starben seit Ausbruch der Kämpfe. Die Ukraine wieder einmal zerrissen, die mühsam erkämpfte Einigkeit, sie ist konkret in Gefahr. Eine Lösung ist bis heute nicht in Sicht“ (Minute 49:36 – 50:11)<sup>40</sup>

„Dazu kommt eine seit den Jahren der Orangen Revolution gepflegte geschichtspolitische Mobilisierung gegeneinander: Der Westen hegt seine Verwurzelung im ukrainischen Nationalismus der Zwischenkriegszeit, der Osten ist offen für die nationalistische Mobilisierung seitens des russischen Staates, in welcher das Erbe des »Großen Vaterländischen Krieges«, der Sieg über das nationalsozialistische Deutschland und die russische Identität und Kultur im Zentrum stehen. Den notwendigen Rahmen für ein einheitliches Gemeinwesen schafft man so sicher nicht.“ (Segert 2014, S. 5)

Die Ukraine befindet sich daher in einem in einem innen- wie außenpolitischen Spannungsfeld. Zum einen ist da der Süden und Südosten insgesamt, dessen Meinungsbild sich zwar nicht mit dem im Westen und dem der Maidan-Protestierenden deckt, der aber in Gänze keineswegs

---

39 Siepmann 2016, URL: <https://www.mdr.de/heute-im-osten/ukraine-ost-gegen-west100.html>, [Stand: 06.09.2016].

40 von Salomon 2020, URL: <https://www.youtube.com/watch?v=esqE4zODLQY&feature=youtu.be> [Original: 2020, Abruf: 13.01.2021].

staatsgefährdend ist (vgl. Simon 2014, S. 33–35). Ferner ist da ein weit problematischerer Osten, der Russland unterstützt und durch Russland unterstützt wird:

„Die für die Einheit und den Frieden des Landes problematischen Oblasten liegen vielmehr im Donezbecken (kurz Donbass) in den Gebieten Donec'k und Luhans'k. Hier hält eine Mehrheit den Sturz der Präsidenten für einen mit Hilfe des Westens durchgeführten Staatsstreich.“ (Simon 2014, S. 33–35)

Es ist also erst der äußerste Osten, der ein staatsgefährdendes Potential in kritischer Masse birgt, was sich in oben zitierter Umfrage bereits zeigte. Im Zuge der Ukraine-Krise entwickelten sich die Spannungen im Osten des Landes zu einem Bürgerkrieg und bis zum Kriegsausbruch 2022 anhaltenden und danach darin verwickelten gewalttätigen Konflikt zwischen der ukrainischen Armee auf der einen und pro-russischen Separatisten auf der anderen Seite. 2014 wurden im Zuge der Krise die beiden autonom regierten, international nicht anerkannten Volksrepubliken Donezk (DNR) und Luhansk (LNR)<sup>41</sup> ausgerufen, deren ausgegebene Papiere Russland seit 2017 nach Dekret anerkennt.<sup>42</sup>

„Dennoch ist die Ukraine, anders als die baltischen Republiken, keine Demokratie geworden. Vielmehr wechselten sich hier Phasen der autoritären Konsolidierung mit Demokratisierungschüben ab. Im Unterschied zu den anderen Ländern in der Region haben sich aber auch autoritäre Trends nie langfristig durchsetzen können. Stattdessen ist die Politik bis heute durch *feckless pluralism* gekennzeichnet. Dieser wirkungslose, ineffektive Pluralismus kennt zwar Wahlen, Regierungswechsel, bürgerliche Rechte und politische Freiheiten, aber demokratische Spielregeln werden permanent verletzt, Politik erscheint als Geschäft korrupter Eliten, Staat und Verwaltung funktionieren ineffizient, und Teile der Gesellschaft schwanken zwischen Entfremdung und offenem Protest. Die aktuelle Staatskrise der Ukraine ist daraus hervorgegangen.“ (Stykov 2014, S. 42)

---

41 Zur aktuellen Lage siehe: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, URL: <https://www.laenderanalysen.de/ukraineanalysen/253/entwicklungen-in-der-dnr-und-der-lnr-vom-25-mai-08-juni-2021/>, [Abruf: 06.10.20] und Deutsch-Russischer Austausch, URL: <https://civicmonitoring.org/category/newsletter-zu-aktuellen-entwicklungen-in-dnr-und-lnr-en/>, [Abruf: 06.10.21].

42 MDR 2017, URL: <https://www.mdr.de/heute-im-osten/ostukraine-paesse-100.html>, [Stand: 27. Februar 2017].



### 2.3.2 Maidan- und Anti-Maidan-Proteste als tiefgreifende Staatskrise

Der offene Protest im Land findet diverse Ausdrucksformen. Zum einen sind hier die größeren Maidan-Proteste zu nennen, die teils auch als Euromaidan bezeichnet werden. Es handelt sich vorwiegend um friedliche Demonstrationen, vor allem im Westen des Landes, bei denen es aber auch zu zahlreichen widerrechtlichen Besetzungen von Regionalverwaltungen und gewalttätigen Auseinandersetzungen mit Sicherheitsbehörden wie zwischen den Protestierenden und Gegendemonstrierenden kommt. Häufig werden dabei die Gruppen in pro-ukrainisch und pro-russisch klassifiziert, doch diese grobe Einteilung, obwohl manchmal nötig, vereinfacht den Sachverhalt sehr. Auf beiden Seiten finden sich diverse Gruppen zusammen, die sich hinter geteilten Zielen verbünden: auf der einen Seite nach innenpolitisch demokratischer und außenpolitisch mehrheitlicher EU-Ausrichtung Orientierte (Euromaidan) und auf der anderen Seite auf innenpolitische Einheit aller (die sie durch die Proteste gefährdet sehen) unter außenpolitischem Kurs gen Russland Orientierte. Unter der ersten Gruppe finden sich auch ukrainische Nationalisten, unter der zweiten Aufwiegler und Propagandisten (mit russischer Unterstützung). Daher werden in der Fachliteratur häufig die deskriptiven Begriff Maidan-Proteste wie Anti-Maidan-Proteste verwendet, deren Entstehung und Ziele im Folgenden skizziert werde.

Die wirtschaftlichen Daten in Verbindung mit der überraschenden Weigerung Janukowitschs, das Assoziierungsabkommen mit der EU zu unterzeichnen, das von vielen als wirtschaftliche Hoffnung gesehen wurde, bilden einen neuen Kulminationspunkt für den Frust eines beträchtlichen Teils der Bürger:innen auf den Staat, der zu den Maidan-Protesten führt:

„[Chronik] 24.11.2013 Nachdem Präsident Viktor Janukovyč die Vorbereitungen zur Unterzeichnung des mit der EU ausgehandelten Freihandelsabkommens am 21.11. abgebrochen hat, protestieren 100 000 Menschen auf dem Majdan Nezaležnosti.“ (Sapper und Weichsel 2014, S. 135)

Sie, Bürger:innen, zivilgesellschaftliche Akteure und Oppositionelle (vgl. Langstone ; Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg) verleihen ihrem Unmut in der Öffentlichkeit Ausdruck – hauptsächlich auf dem großen Kiewer „Unabhängigkeitsplatz“ sowie in weiteren Teilen des Landes.

„Es begann mit einem Tweet, gefolgt von einem Eintrag auf Facebook. Als Mustafa Nayyem, Journalist bei der populären Online-Nachrich-

tenseite ‚Ukrainska Prawda‘, Wahrheit der Ukraine, am 21. November 2013 erfuhr, dass der ukrainische Präsident Wiktor Janukowitsch ‚Nein‘ zu Europa sagen würde, schickt er am frühen Abend ein paar Worte in die Welt, sie waren auf Russisch geschrieben, seiner Sprache: ‚Wir treffen uns um 22.30 Uhr unter dem Denkmal der Unabhängigkeit. Zieht Euch warm an, bringt Regenschirme mit, Tee und Kaffee, gute Laune und Eure Freunde.‘ An jenem kalten Novemberabend folgten nur ein paar Hundert Menschen Nayyems Aufruf, sie brachten Tee, Kaffee und gute Laune auf den Majdan; aber in den Tagen darauf kamen Tausende, zunächst vor allem Studenten und Anhänger oppositioneller Parteien.“ (Gloger 2017, S. 201–202)

Wenn, wie oben ausgeführt, eine Krise den Zeitraum einer gefährlichen Entwicklung beschreibt, so bedeutet dies zweierlei: Sie bringt einerseits die Gefahr einer Eskalation der Probleme mit sich, andererseits zwingt sie zur Reaktion auf diese Probleme und birgt damit stets die Möglichkeit zu einem Neubeginn. In einer Krisensituation stehen verkrustete Strukturen zur Disposition, veraltete Mechanismen müssen verändert und überwunden werden, eingerostete Teile werden im Idealfall wieder beweglich. Diese Doppeldeutigkeit ist bereits im Begriff der Krise enthalten:

„Der Krisenbegriff akzentuiert zugleich [...] die Gestaltbarkeit akuter Notsituationen. Der Begriff der Krise signalisiert, dass eine existenzielle Bedrohung besteht, die aber gerade noch abwendbar, veränderbar und in diesem Sinne auch beherrschbar ist. [...] Die Akteure sind demnach handlungsmächtig und können durch eigene Entscheidungen und Initiativen die Krise bewältigen. Insbesondere Oppositionsparteien profilieren sich damit, mit neuen politischen Ansätzen Lösungen aus Krisenkonstellationen anzubieten [...].“ (Bösch et al. 2020, S. 7)

Durch die Protestbewegungen auf dem Maidan und anderswo, die sich schnell formieren, liegt auf einmal die Möglichkeit zu einer anderen Ukraine, zu demokratischen Reformen oder radikalem Neuanfang im Raum. Der Protest macht Partizipation und Selbstorganisation, bis hin zu Neuwahlen oder sogar einer Revolution möglich. Erst 2004 hatte die Ukraine die „Orange Revolution“<sup>43</sup> friedlich und binnen weniger Wochen hinter sich gebracht. Nun stehen die Bürger:innen, wenngleich im Kontrast zu 2004 mit anderem soziodemographischen Gesicht (vgl. Banakh

---

43 Für eine kurze Zusammenfassung siehe Fußnote 27.

2014), gleichwohl mit der vorangegangenen kollektiven Erfahrung einer friedlichen und erfolgreichen Revolution ein weiteres Mal auf der Straße:

„Gemeinsam ist den beiden Protestbewegungen die Herausforderung, den autoritären Tendenzen der Macht entgegenzuwirken und die Etablierung einer Diktatur zu verhindern.“<sup>44</sup>

Die Lösung indes sehen beide Bewegungen innerhalb des existierenden Systems. In einer Onlinereportage von VICE<sup>45</sup> werden mehrere Protestteilnehmende interviewt, deren Aussagen zeigen, dass es anfangs nicht um einen Umsturz oder eine Revolution ging, sondern um systemimmanente Kritik mit dem Ziel, die Probleme innerhalb der bestehenden Ordnung zu lösen. Im Folgenden werden zwei ausgewählte Personen aus der Reportage zitiert, ein Protestteilnehmer, dessen Person nicht näher erläutert wird, sowie anschließend eine Führungsperson einer kleinen Mobilisierungsbewegung, die sich später als ukrainische Partei namens Spilna Sprava registrieren ließ:

Protester: “If everything was done on time, this all could have been dealt with peacefully. They spent two months telling us fairy tales, they [the government] only started acting after the protest kicked in.” (Minute 03:37 – 03:46)

Oleksander Danylyuk, Leader of Spilna Sprava: “Our aims and our ideology is democratic, republican Ukraine which we have in our constitution, but unfortunately we don’t have in practice.” (Minute 17:31–17:40)<sup>46</sup>

Aus beiden Aussagen lässt sich ablesen, dass es sich hier um einen Protest gegen die Unfähigkeit der Regierung handelt, auf die Wünsche des Volks einzugehen. Die Protestierenden fordern von ihrer Regierung ihr demokratisches Recht ein, dass Grundlagen der Verfassung implementiert werden und dass sie gehört und gesehen werden, wenn sie ihren Unmut

---

44 Banakh 2014, URL: <https://www.bpb.de/internationales/europa/ukraine/179753/analyse-die-orange-revolution-2004-und-der-euromaidan-2013-2014>, [Original: 27.02.2014, Abruf: 05.01.2021].

45 VICE wurde 1994 als kanadisches Jugend- und Lifestyle Magazin gegründet, bekannt wurde es vor allem durch die abseitigen Themenschwerpunkte auf Tech, Drogen, Popkultur und Sex. Inzwischen sind Redakteurinnen und Redakteure auch schwerpunktmäßig im (Investigativ-)journalistischen unterwegs. VICE Media o.J., URL: <https://www.vice.com/de> [Abruf: 06.01.2021].

46 Langstone 2014, URL: <https://www.youtube.com/watch?v=7eTuFAR169s>, [Original: 20.02.2014, Abruf: 04.01.2021].

### 2.3. Die Ukraine im Spannungsfeld diverser Herausforderungen

darüber äußern, dass ihnen ihre Regierung diesen Anspruch verweigert. Wie in folgender Karte graphisch dargestellt, finden diese Proteste im angegebenen Zeitraum November 2013 bis Februar 2014 beinahe im gesamten Land statt. Die größten Proteste gibt es demnach in den Städten Kiew, gefolgt von Lwiw (L'viv), Ternopil (Ternopil'), Tscherkassy (Čerkasy) und Charkiw. Das Zentrum der Proteste lag im Westen, während sich dennoch auch im Süden und auf der Krim Menschen den Maidan-Protesten anschlossen, so etwa am 23.02.2014, als in Simferopol 5.000 – 20.000 Menschen zusammenkamen, oder am 22.03. in Jalta. Wie genau die Verteilung an welchen Tagen war, zeigt folgende Karte aus der Zeitschrift Osteuropa (Sapper und Weichsel 2014, Einschub zw. 192-193), von der Kartographin Silke Dutzmann ins Bild gesetzt:

Abbildung 1a



Außer in Sums'ka, Luhans'ka, Cherson'ska und Mykolaivs'ka (Schreibweisen aus der Karte) finden also in allen Oblasten, wenn auch im Süden und Osten meist nur kleiner ausgeprägt, Maidan-Demonstrationen statt. Begleitet werden diese Proteste, ebenfalls ab November 2013, von Gegenprotesten, den sogenannten Anti-Maidan-Protesten, die in der Hauptstadt sowie im Süden, Südosten und Osten des Landes stattfinden. Die folgende Karte (Sapper und Weichsel 2014, Einschub zw. 192-193), ebenfalls

## 2. DIE UKRAINE-KRISE 2014

von der Zeitschrift Osteuropa in Auftrag gegeben und von Dutzmann aufgearbeitet, beleuchtet anders als die vorangegangene den Zeitraum von Februar bis Mai 2014.

Abbildung 1b



Wurde besonders zu Anfang der Anti-Maidan-Bewegung vorgeworfen, dass viele Demonstrierende mit Geld oder Zwang zum Protest gebracht wurden, so fällt doch die große Verbreitung und die Hartnäckigkeit ins Auge, mit der diese Proteste weitergingen. Anders als die Maidan-Proteste konzentriert sich jedoch das Potential der Anti-Maidan-Bewegung im Süden, im Osten, sowie in Teilen der Zentralukraine. Dabei ist wichtig zu bemerken, dass ebenso wie für den Maidan und die sympathisierenden Gruppen auch für den Anti-Maidan und die in obiger Karte dargestellten Protest gilt, dass es sich mitnichten um einheitliche, homogene Gruppen handelt. So macht bereits die Karte selbst einen Unterschied, zu erkennen an den verwendeten Flaggen, zwischen Demonstrationen gegen die neue Kiewer Regierung und Demonstrationen für die Einheit der Ukraine, die teilweise an denselben Orten und zusammen bzw. in zeitlicher Abfolge zueinander stattfinden, als auch teilweise separat. Oft stimmen dabei Teile der Argumentation überein, wohingegen unterschiedliche Schlussfolgerungen gezogen werden. So sind die Protestierenden nicht d'accord mit

der aus ihrer Perspektive verfassungswidrigen Absetzung und Implementierung einer illegitimen neuen Regierung, der sie überdies spalterisches Vorgehen attestieren mit einem klaren pro-ukrainischen und dezidiert anti-russischen Kurs. Russisch ist eine poly- oder plurizentrische Sprache und dadurch nicht gleichzusetzen mit der Sprache einer Nation, die vor allem auf dem Territorium dieser Nation gesprochen wird. Russisch wird vielmehr, sowohl durch historische Ausdehnung als auch durch Migration verursacht, nationenübergreifend gesprochen. Ein anti-russischer Kurs in der Ukraine, der auch die Ablehnung der russischen Sprache impliziert, stellt sich somit auch gegen die nach dem Ukrainischen meistgesprochene Sprache des Landes. Unter Janukowitsch wird Russisch erst kurz zuvor über ein Gesetz in Teilen der Ukraine als Amtssprache anerkannt – ein Gesetz, das die neue Regierung wieder einkassieren will, was die Proteste zunächst maßgeblich befeuert, dann aber wegen der Heftigkeit der Proteste wieder zurückgenommen wird.

Während der Maidan- und der Gegenprotestete kommt es zu zahlreichen gewalttätigen Auseinandersetzungen mit vielen Verletzten und Toten, darunter auch viele Besetzungen (besonders im Westen des Landes) und verhinderte Besetzungen (besonders im Südosten) von Regionalverwaltungen und anderen öffentlichen Gebäuden. Ein trauriger und sehr brutaler Höhepunkt ist die Auseinandersetzung in Odessa am 02.05.2014, bei der nach Straßenschlachten und einem Brand rund 50 Menschen sterben, die meisten von ihnen pro-russische Aktivisten. Diese Geschehnisse sind bis heute nicht aufgearbeitet.

Die vorangegangenen dargelegten wirtschaftlichen Probleme, defizitären demokratischen Strukturen und regionalen Unterschiede im Land sowie die aufgeführte Sprachproblematik, die diverse Implikationen hat wie bspw. auf die Verbreitung und den Konsum russischer Medien und Informationsquellen statt ukrainischer oder auf die Frage nach dem Status als Amtssprache, fordern und fördern Konfliktpotenzial. Der außenpolitische Kurs bzw. die Herausforderung, historisch und aktuell zwischen zwei unterschiedlichen Mächten verortet zu sein, tut sein Weiteres.

### 2.3.3 Ringen um Selbstverortung zwischen zwei Machtblöcken

Das Problem der außenpolitischen Orientierung der Ukraine lässt sich an den beiden Themenzusammenhängen wirtschaftliche Zusammenarbeit mit EU oder Russland sowie militärische Zusammenarbeit mit NATO oder Russland darstellen. Hier folgt nun zunächst eine Darstellung der

wirtschaftlichen Abhängigkeiten bzw. Gegebenheiten sowie im Anschluss eine kurze Zusammenfassung der Entwicklung zwischen NATO und Ukraine.

Bereits im Jahr 2004 ging es in der Ukraine um die außenpolitische Orientierung gen Westen oder gen Osten. Die Konrad-Adenauer-Stiftung fasst in ihrem Jahresbericht 2004 wie folgt zusammen: „Die außenpolitische Debatte wurde von der Frage des zukünftigen Weges der Ukraine bestimmt: Richtung Mitgliedschaft in der EU oder Integration in den „Einheitlichen Wirtschaftsraum“ mit Russland, Weißrussland und Kasachstan.“<sup>47</sup> Das Land kämpft damals mit ähnlichen Problemen wie 2013/2014. Die Gewinner der Wahl 2004, „Juschtschenko und seine engste Mitstreiterin Julia Timoschenko, versprechen die Integration der Ukraine in die EU und die atlantische Gemeinschaft“ (Simon 2009, S. 2), dazu weiter unten mehr. Fünf Jahre später haben sie ihre Versprechen nicht eingelöst:

„Am Vorabend der am 17. Januar 2010 anstehenden Präsidentenwahlen bietet sich ein ganz anderes Bild: Die einstigen Sieger vom Majdan sind heillos untereinander zerstritten. Juschtschenkos Chancen auf eine zweite Amtszeit nähern sich dem Nullpunkt. Korruption und politische Stagnation sind endemisch. Der einstige Erzrivale der Orangen, Viktor Janukowitsch, führt seit vielen Monaten in den Umfragen und könnte der nächste Präsident der Ukraine werden – und zwar gewählt auf saubere demokratische Weise. [...] Ist der Westkurs der Ukraine gescheitert?“ (Simon 2009, S. 2)

Wie vom Slawisten Gerhard Simon vorhergesehen, wird Janukowitsch vierter Präsident der Ukraine. Aber einen eindeutigen pro-russischen Kurs schlägt er nicht ein. Der Journalist Mathias Brüggmann schreibt in einem Online-Artikel der Tageszeitung Handelsblatt am 26.02.2010:

„Mit einem ‚harten Reformkurs‘ will Viktor Janukowitsch die Ukraine aus der Krise führen. Auch außenpolitisch sendet der neue Präsident unerwartete Signale. Nach seinem Amtsantritt will der als ‚pro-russisch‘ bekannte Politiker zuerst nach Brüssel zur Europäischen Union reisen – und erst dann nach Moskau.“<sup>48</sup>

---

47 Bajohr, Enders 2014, URL: <https://www.kas.de/documents/252038/3346186/Jahresbericht+2004.pdf/7dedc6a1-feed-9b4c-6c20-ea1d14f63b44?version=1.3&ct=1602491873663>, [Original: 2014, Abruf: 05.01.2021].

48 Brüggmann 2010, URL: <https://www.handelsblatt.com/politik/international/ukraine-janukowitsch-kuendigt-west-kurs-an/3378564.html?ticket=ST-23908243-YTiy92jBbdpqIzXfgW5-ap2>, [Original: 26.02.2010, Abruf: 05.01.2021].

Janukowitsch lotet die Optionen der Ukraine aus und sieht sich in der Brückenfunktion, allen Seiten innen- wie außenpolitisch gerecht zu werden. Die EU möchte ein Assoziierungsabkommen, das Russlands Interessen jedoch widerspricht:

„Die Verhandlungen [zum Assoziierungsabkommen] begannen 2008 und wurden im Juni 2014 mit der Unterzeichnung des kompletten Abkommens erfolgreich abgeschlossen. Die vorläufige Anwendung des Abkommens sollte gleich mit der Unterzeichnung beginnen, wurde jedoch als Reaktion auf die Proteste Russlands auf Dezember 2015 verschoben. Der Stein des Anstoßes war insbesondere das Kapitel IV, das eine ‚tiefe und umfassende Freihandelszone‘ zwischen den beiden Vertragsparteien errichten soll, welche – laut russischem Einwand – mit einer Teilnahme der Ukraine an der Eurasischen Zollunion von Belarus, Kasachstan und Russland nicht vereinbar ist. Inzwischen wurde das Assoziierungsabkommen von allen EU-Mitgliedstaaten und der Ukraine ratifiziert und ist am 1. Januar 2016 in Kraft getreten – trotz der nicht beigelegten Einwände Russlands.“<sup>49</sup>

Russland, traditioneller Handelspartner der Ukraine, sieht in diesem Abkommen einen die russischen Interessen unterlaufenden Prozess. Denn das Intensivieren der wirtschaftlichen Beziehungen der Ukraine mit der EU geht auf Kosten der Handelsbeziehungen zwischen Russland und der Ukraine, eine begründete Angst, wie sich an der Entwicklung des Folgejahres zeigt:

„2014, im Jahr des Machtwechsels in Kiew, beliefen sich die ukrainischen Exporte nach Russland auf 11 Mrd. USD und machten damit 18 % des Gesamtexportvolumens aus. [...] Russland lieferte 2014 Waren im Wert von 17 Mrd. USD in die Ukraine [...]. Vor 2014 war auch die Kooperation zwischen Russland und der Ukraine im Rüstungsbereich von herausragender wirtschaftlicher Bedeutung.“<sup>50</sup>

Die politische und Wirtschaftskrise, in der sich die Ukraine befindet, lässt zunächst keine großen Handelszuwächse zu. Die Verschiebung der Kräfte-

---

49 Batura 2016, URL: <https://www.bpb.de/219762/analyse-das-assoziierungsabkommen-mit-der-eu>, [Original: 1.2.2016, Abruf: [06.01.2021].

50 Stratievski 2016, URL: <https://www.bpb.de/234861/analyse-der-ukrainische-aussenhandel-mit-der-postsowjetischen-region> [Original: 30.9.2016, Abruf: 02.01.2021].



verhältnisse zeigt sich gleichwohl bereits in den prozentualen Unterschieden der Verluste:

„2015 sank der ukrainische Außenhandel um ein Drittel, gleichzeitig wurden die Handelsaktivitäten der Ukraine grundsätzlich neu ausgerichtet. In diesem Jahr war die EU zum ersten Mal der Hauptwirtschaftspartner der Ukraine: In die Länder der Europäischen Union wurden Waren im Gesamtwert von 13 Mrd. USD exportiert (das ist im Vergleich zu 2014 ein Rückgang um 23 %), die GUS-Staaten einschließlich Russlands importierten dagegen ukrainische Güter im Wert von knapp 8 Mrd. USD (was einem Rückgang um 48 % entspricht).“<sup>51</sup>

Russland sieht in dieser Entwicklung sein Jahrzehnte andauerndes Bemühen um einen gemeinsamen eurasischen Wirtschaftsraum, als wirtschaftliche Perspektive der Mitgliedsstaaten, als mindestens wirtschaftliche Nachfolgemacht der UdSSR und als starkes Gegenüber zur EU unterminiert. Dieses Bemühen hat sich über die Jahre in unterschiedlichen Verträgen niedergeschlagen:

„Mit unterschiedlichen Geschwindigkeiten verläuft auch die wirtschaftliche Integration des postsowjetischen Raumes. 1995 gründen Russland, Belarus und Kazachstan eine Zollunion, der sich Kirgistan (1996) und Tadschikistan (1999) anschließen. Diese fünf gründen 1996 die Gemeinschaft Integrierter Staaten (GIS), die die wirtschaftliche und soziale Zusammenarbeit vertiefen soll. 2000 bilden sie die Eurasische Wirtschaftsgemeinschaft. Nach dem Scheitern der 1994 gestarteten Freihandelszone wird diese 2011 von Armenien, Belarus, Kasachstan, Kirgistan, Moldau, Russland, Tadschikistan und der Ukraine gebildet. Vier Jahre später tritt der Vertrag über die Eurasische Wirtschaftsunion (EAWU) in Kraft. Ihr gehören Armenien, Belarus, Russland, Kazachstan und Kirgistan an. Ziel der nach dem Vorbild der EU gebildeten EAWU ist der freie Austausch von Waren, Kapital, Dienstleistungen und Arbeitskräften sowie die Koordinierung der Wirtschaftspolitik.“ (Ehrhart 2015, S. 88)

Aufgrund der eigenen ökonomischen Ambitionen und der geopolitischen Nähe zur Ukraine liegt es nicht in Russlands Interesse, die Ukraine gen EU abwandern zu lassen. Russland versucht daher gegenzuhalten: mit wirtschaftlichen Anreizen ebenso wie mit Druck, Drohungen und Sanktionen,

---

51 Ebd.

so etwa im Bereich Energiesektor oder über höhere Zölle auf ukrainische Waren.

Der Energiesektor gehört aufgrund gegenseitiger Abhängigkeiten zu den zentralen Konfliktlinien zwischen der Ukraine und Russland. Ukraine ist einerseits abhängig von russischem Gas, aber zeitgleich, auch Transitland für russische Energieexporte ins Ausland:

„Da in der Sowjetunion auf Grundlage der eigenen Produktion eine zentral koordinierte Erdgasversorgung zu extrem niedrigen Preisen erfolgte, führte der Übergang zum kommerziellen Erdgashandel zwischen den Nachfolgestaaten der Sowjetunion zu erheblichen Konflikten. Die Ukraine hat so mit Russland mehrfach Erdgaskonflikte ausgefochten, die zu russischen Lieferstopps in die Ukraine geführt haben. Da die Ukraine auf eine Einstellung der russischen Lieferungen – sowohl wegen Entnahmen für den eigenen Bedarf als auch wegen des Fehlens technischen Gases für den Betrieb des Leitungsnetzes – mit einer Reduzierung des Transits in die EU reagierte, kam es 2006 und 2009 zu einer vorübergehenden Einstellung der russischen Lieferungen in die EU.“<sup>52</sup>

Diese Energie-Konflikte reichen bis in die Gegenwart hinein und drücken sich aus in den Diskursen um Großprojekte wie die Nord Stream Pipelines 1 und 2. Diese Unterwassergasleitungen durch die Ostsee auf direktem Weg vom Nordwesten Russlands nach Greifswald in Mecklenburg-Vorpommern sorgen für großen (energie-)politischen Streit bis hinauf auf die globale Ebene, da sie die Rolle der Ukraine als Transitland gefährden. Aufgrund der direkten Verbindung von Russland nach Deutschland sehen auch die baltischen Staaten und Polen ihre eigenen wirtschaftlichen Interessen und Verbindungen zur EU heruntergestuft und die Macht Russlands, zu dem sie ein spannungsgeladenes Verhältnis haben, weiter gestärkt. Die Ukraine befürchtet ganz konkrete Einnahmen-Einbußen, die sie als Transitland durch die Gebühren der Pipelines auf ukrainischem Boden bisher erwirtschaften. Die USA sehen ebenfalls ihre Interessen bedroht, da sie um einen großen Anteil am europäischen Gasmarkt bangen, sie wollen vielmehr ihre eigenen Konkurrenzmodelle wie Flüssiggas abgenommen sehen, und erheben die Pipeline-Problematik zur Bündnis- und Loyalitätsfrage zwischen Deutschland und den USA. Zum Zeitpunkt des

---

52 Pleines 2014, URL: <https://www.bpb.de/internationales/europa/ukraine/186549/analyse-der-ukrainisch-russische-erdgaskonflikt-2014>, [Original: 17.6.2014, Abruf: 30.09.2021].

Schreibens dieser Arbeit sind die Gaspreise auf einem Zehn-Jahres-Hoch angelangt. Als im September 2021 die Pipeline Nord Stream 2 fertiggestellt wird, sind die Gaspreise bereits sehr hoch – es folgt unmittelbar danach ein weiterer Gasstreit zwischen der Ukraine und Russland (sowie mittlerweile auch mit Moldawien). Die Pipeline hat den Betrieb bisher nicht aufgenommen, sowohl da das europäische Energiegesetz keine Identität von Netzbetreibern und Lieferunternehmen erlaubt, als auch aus politischen Gründen.

Der außenpolitische Kurs der Ukraine findet also in diesem wirtschaftlichen Spannungsfeld statt, zwischen globalen Akteuren, entschieden nach geostrategischen Parametern. Daneben hat besonders die politisch-militärische Rivalität zwischen West und Ost einen großen Einfluss. In diesem Kontext soll exemplarisch und abschließend die Frage der Mitgliedschaft der Ukraine in der NATO genannt werden, die zusammen mit dem Assoziierungsabkommen mit der EU eine der zentralen Auseinandersetzungen bildet zwischen Russland auf der einen und dem Westen auf der anderen Seite, und deren Positionen jeweils auch vertreten werden von Teilen der ukrainischen Bevölkerung. Wie vorangegangen erläutert, liegt die Ukraine geografisch, wirtschaftlich und eben politisch-militärisch zwischen Russland und der EU und braucht entsprechend die Partnerschaft zu beiden Akteuren. EU und USA verbindet aber eine Militärallianz, die im Konflikt steht zu Russlands Interessen.

1949 wurde die North Atlantic Treaty Organization (NATO) gegründet, „um die USA dauerhaft in die Verteidigung Westeuropas gegen befürchtete sowjetische Aggressionen einzubinden“. (Nohlen et al. 1998, S. 413–414) Sechs Jahre später und als Reaktion auf die Aufnahme Deutschlands in die NATO entsteht mit dem Warschauer Pakt ein Gegenbündnis, „eine Militärallianz der europäischen sozialistischen Staaten unter der Führung der Sowjetunion“, die aber anders als die NATO „im Kontext der Übergänge der sozialistischen Staaten zu markt- und demokratiegesteuerten Systemen und der damit einhergehenden Beendigung des Ost-West-Konfliktes mit Wirkung ab 1.4.1991 aufgelöst“ wurde. (Ebd.) Die NATO ist bis heute der zentrale militärische Player weltweit bzw. das schlagkräftigste Militärbündnis. Seit Auflösung des Warschauer Pakts schließen sich immer mehr Staaten aus diesem ehemaligen Bündnis nun der NATO an, wie die folgende Gegenüberstellung zeigt, in der die Staaten bzw. Nachfolgestaaten, die beiden Bündnissen angehör(t)en, grau hinterlegt sind.

Abbildung 2

Aktuelle Mitgliedsstaaten der NATO		Ehemalige Mitgliedsstaaten des Warschauer Pakts	
		Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken / UdSSR (1955) bestehend aus 15 Sowjetrepubliken, die heute wie folgt sind:	
Belgien (1949)	Polen (1999)		Volksrepublik Albanien (1955 / 1969 ausgetreten)
Dänemark (1949)	Tschechische Republik (1999)	Russland,	Volksrepublik Bulgarien (1955)
Frankreich (1949)	Ungarn (1999)	Ukraine,	Ungarische Volksrepublik (1955 / 1956 wirkungslose Austrittserklärung)
Island (1949)	Bulgarien (2004)	Belarus,	DDR (1955)
Italien (1949)	Estland (2004)	Moldawien,	Volksrepublik Polen (1955)
Kanada (1949)	Lettland (2004)	Litauen,	Rumänische Volksrepublik (1955)
Luxemburg (1949)	Litauen (2004)	Lettland,	Tschechoslowakische Republik (1955)
Niederlande (1949)	Rumänien (2004)	Estland,	
Norwegen (1949)	Slowakei (2004)	Aserbaidshan,	
Portugal (1949)	Slowenien (2004)	Georgien,	
Vereinigte Staaten (1949)	Albanien (2009)	Armenien,	
Vereinigtes Königreich (1949)	Kroatien (2009)	Kasachstan,	
Griechenland (1952)	Montenegro (2017)	Kirgisien,	
Türkei (1952)	Nordmazedonien (2020)	Tadschikistan,	
Deutschland (1955)		Usbekistan,	
Spanien (1982)		Turkmenistan	

Eigene Darstellung. Quellen: Barth 1985, Seidenstecher 1989, Mark 1989, NATO 2021

Die Überschneidung zwischen ehemaligen Mitgliedern des Warschauer Pakts und heutigen NATO-Mitgliedern ist also sehr hoch. Ein Blick auf die aktuelle Webseite des Bundesministeriums der Verteidigung zeigt darüber hinaus, wie eng die NATO verwoben ist mit der EU:

„Gleichzeitig ist die NATO für die EU ein einzigartiger und unumgänglicher Partner im Krisen- und Konfliktmanagement auch außerhalb Europas- und das nicht nur, weil beide Organisationen 21 Mit-

gliedstaaten teilen. Im Kontext eines sich wandelnden sicherheitspolitischen Umfelds verbinden EU und NATO gemeinsame strategische Interessen. So kooperieren beide Organisationen heute effizient in einer Vielzahl von Themenfeldern, von Krisenmanagement über Fähigkeitentwicklung bis zu politischer Zusammenarbeit.“<sup>53</sup>

Eine NATO-Erweiterung nach Osten steht ebenso im eklatanten Widerspruch zu Russlands Interessen wie eine Erweiterung der EU in dieselbe Richtung. Auf beiden Seiten (NATO / Russland) bemühen sich Kräfte um Beilegung ihrer Konflikte, das gelingt ihnen auch punktuell, ihre Versuche münden bspw. in den 2002 installierten NATO-Russland-Rat, der jedoch nicht die erhoffte Entspannung bringt.

„Und schon kurze Zeit nach der Gründung des NATO-Russland-Rates begann es zwischen Russland und der NATO zu kriseln.“<sup>54</sup>

Mit sieben Aufnahmen 2004 in die „mächtigste Militärallianz ist die größte Erweiterungsrunde der Geschichte des nordatlantischen Verteidigungsbündnisses vollzogen“.<sup>55</sup> Beim NATO-Gipfel vier Jahre später im April 2008 wird in Bukarest über weitere Aufnahmen gesprochen. Während für Kroatien und Albanien grünes Licht gegeben wird, müssen sich Mazedonien (wegen Namensstreit mit Griechenland, nicht wegen Russland), Georgien und die Ukraine noch gedulden. Aber allein, dass Georgien und Ukraine die Aussicht auf eine Mitgliedschaft bekommen, lässt den Konflikt zwischen NATO und Russland erneut eskalieren.

Russland sieht sich sicherheitspolitisch provoziert und in die Enge getrieben und verweist darauf, dass die NATO und der Westen insgesamt hier wortbrüchig<sup>56</sup> geworden seien, indem große Teile des ehemaligen

---

53 Bundesministerium der Verteidigung, URL: <https://www.bmvg.de/de/themen/gsvp-sicherheits-verteidigungspolitik-eu/zusammenarbeit-nato-eu>, [Abruf: 30.11.2021].

54 Dresel 2020, URL: <https://www.hss.de/news/detail/teil-iii-das-verhaeltnis-russland-s-zur-nato-news5941/>, [Original: 14.02.2020, Abruf: 30.11.21].

55 Kwasniewski 2004, URL: <https://www.spiegel.de/politik/ausland/osterweiterung-nato-nimmt-sieben-weitere-staaten-auf-a-293055.html>, [Original: 29.03.2004, Abruf: 24.11.2021].

56 Ob ein solcher Wortbruch existiert oder nicht, darin sind sich Politik, Journalismus und auch Wissenschaft uneins. Creuzberger greift einige dieser Für- und Gegenargumente in einem Aufsatz auf, um sie – so ist seine Herangehensweise – als Legende zu entlarven und zu dekonstruieren. Durch einen dialektischen Zugang unter Nennung zahlreicher Quellen, wird aber ein Nachvollziehen der Argumente möglich. Vgl. Creuzberger 2015, sowie weitere Informationen zum Thema und Stimmen zum Diskurs vgl. Mutz 2014 sowie Klußmann et al. 2009.

Warschauer Pakts ins westliche Militärbündnis aufgenommen werden, was beim Fall der Sowjetunion und der Öffnung der Mauer als ausgeschlossen versprochen wurde.

Zu diesem Zeitpunkt<sup>57</sup> liegt auch die öffentliche Meinung der Bevölkerung der Ukraine noch weit entfernt von der durch die Regierenden beschrittenen Richtung; die Deutsche Welle schreibt dazu 2008:

„Eine breite Mehrheit in der Bevölkerung ist gegen einen möglichen NATO-Beitritt der Ukraine. Zwei Drittel geben in Umfragen an, skeptisch bis feindlich gegenüber der NATO zu sein. Die meisten NATO-Gegner leben im Osten und Süden der Ukraine.“<sup>58</sup>

Der Weg zur Mitgliedschaft der Ukraine<sup>59</sup> wird immer wieder abgebremst u.a. durch Deutschland und Frankreich, die eskalierende Spannungen mit

---

57 Besonders die Vorkommnisse rund um die Krim und die militärischen Konflikte in der Ostukraine seit 2014 haben die öffentliche Meinung in der Ukraine dahingehend verändert, dass die Zustimmung zu einer NATO-Mitgliedschaft insgesamt deutlich gestiegen ist, auf heute (November 2021) 48 Prozent Zustimmung bei 24 Prozent Ablehnung (vgl. Ukraine-Analysen 2021, URL: <https://laenderanalysen.de/ukraine-analysen/257/haltung-der-ukrainer-innen-zu-einem-moeglichen-nato-beitritt/>, [Original: 12.11.2021, Abruf: 23.11.2021]). Diesen Kurs verfolgte auch die Werchowna Rada im Jahr 2017: „Am 8. Juni 2017 hat die Werchowna Rada den NATO-Beitritt wieder als Ziel der Außenpolitik der Ukraine festgesetzt“ (Die Redaktion der Ukraine-Analysen 2017, URL: <https://www.bpb.de/251572/dokumentation-nato-integration-der-ukraine-in-den-abstimmungen-der-werchowna-rada>, [Original: 3.7.2017, Abruf: 23.11.21]). 2019 wurde diese politische Zielsetzung schließlich Teil der ukrainischen Verfassung: „Mit der Änderung der Verfassung vom 7.2.2019 hat die Ukraine die Mitgliedschaft in der Europäischen Union und in der NATO zum Staatsziel mit Verfassungsrang erhoben.“ (Ostinstitut Wismar 2019, URL: <https://www.ostinstitut.de/detail/ukraine-beitritt-zur-eu-und-zur-nato-in-der-verfassung-verankert>, [Original: 09.02.2019, Abruf: 23.11.2021]).

58 Gonscharenko 2008, URL: <https://www.dw.com/de/nato-spaltet-ukraine/a-3231758>, [Original: 01.04.2008, Abruf: 23.11.2021].

59 Der seit 1991 durch die Ukraine beschrittene Weg der Annäherung an die NATO (mit Pausen bspw. unter Janukowitsch) ist weiter in Richtung einer Integration fortgeschritten. So wurden zwar die diplomatischen Hoffnungen der Ukraine auf einen baldigen Beitritt zur NATO bis heute trotz wiederholter diplomatischer Bemühungen und Unterstützung aus Washington nicht erfüllt, zu stark war bisher die Gegenposition u.a. aus Frankreich und Deutschland, und in mindestens einem Fall wurde die Bemühung auch von Ukraines Seite aus zwischenzeitig zurückgefahren. Dennoch: Über die Mitgliedschaft im North Atlantic Cooperation Council (ab 1991), das Partnership for Peace Programm (seit 1994), den NATO-Ukraine-Rat (seit 1997) und die seit vielen Jahren stattfindende Zusammenarbeit im und nah am militärischen Bereich im Rahmen der Annual

Russland und eine noch nicht beitriffsreife Ukraine ins Feld führen. So ist die Situation der NATO-Ukraine-Verbindungen zwar noch nicht in einen Membership Action Plan (MAP) gemündet<sup>60</sup>, doch wurde dieses Ziel von der NATO im Communiqué zum Brüsseler Gipfel am 14. Juni 2021 jüngst erneut formuliert und die dafür nötigen Schritte bekräftigt. Darin heißt es:

69. We reiterate the decision made at the 2008 Bucharest Summit that Ukraine will become a member of the Alliance with the Membership Action Plan (MAP) as an integral part of the process; we reaffirm all elements of that decision, as well as subsequent decisions, including that each partner will be judged on its own merits. We stand firm in our support for Ukraine's right to decide its own future and foreign policy course free from outside interference. The Annual National Programmes under the NATO-Ukraine Commission (NUC) remain the mechanism by which Ukraine takes forward the reforms pertaining to its aspiration for NATO membership. Ukraine should make full use of all instruments available under the NUC to reach its objective of implementing NATO principles and standards.<sup>61</sup>

Das Ringen der Ukraine um Selbstverortung spielt sich in einem sicherheitspolitischen, machtstrategischen und wirtschaftspolitischen Komplex ab, einem geopolitischen Tauziehen der Machtblöcke. Es wird daher sowohl in der Frage des NATO-Beitritts, des Assoziierungsabkommen mit der EU als auch in der Frage des Beitritts in die Eurasische Wirtschaftsunion kritisiert, dass das Verhalten der Staaten(gemeinschaften) mehr hinderlich als hilfreich ist, die Blöcke mehr gegeneinander als miteinander arbeiten. Hybride Wege sind dabei nicht vorgesehen, sondern es werden Ultimaten gestellt und Druck von außen ausgeübt im Sinne eines binären Systems, das nur ein Ost- oder West-Bekenntnis kennt. Der junge Staat gerät dabei unter die Räder, besonders, wenn Mehrheiten im Land wechseln,

---

National Programmes (ANP), mit dem Ziel, Ukraines militärische Kapazitäten zu erhöhen und sie mit NATO-Standards zu vereinheitlichen bzw. diesen anzugleichen (auf dem Weg zur sogenannten „Interoperability“, vgl. North Atlantic Treaty Organization o.J., URL: [https://www.nato.int/cps/en/natolive/topics\\_37750.htm](https://www.nato.int/cps/en/natolive/topics_37750.htm), [Last updated: 27 Aug. 2021]), hat die Zusammenarbeit insgesamt ein hohes Level erreicht.

60 Für weitergehende Informationen siehe auch: Liskovych 2021, URL: <https://www.ukrinform.net/rubric-polytics/3257344-without-map-but-with-updated-package-of-ukrainenato-partnership-goals-what-it-means.html>, [Original: 02.06.2021, Abruf: 23.11.2021].

61 Nato 2021, URL: [https://www.nato.int/cps/en/natohq/news\\_185000.htm?selectedLocale=en](https://www.nato.int/cps/en/natohq/news_185000.htm?selectedLocale=en), [Original: 14 Jun. 2021, Last updated: 19 Nov. 2021].

und verliert (den notwendigen) Handlungsspielraum für eigene Transformationsprozesse.

Eben dieses Spannungsverhältnis zwischen Ost und West spiegelt sich in der Krim-Problematik, hier jedoch erweitert um einige spezifische Probleme, die nur die Halbinsel betreffen. Doch auch hier wirken überregionale und globale, geographische und geostrategische Interessen sowie historische, wirtschaftliche und militärische Gegebenheiten auf den Konflikt ein.

#### 2.3.4 Die Sonderrolle der Krim

Eine kurze Chronologie des Konfliktverlaufs auf der Krim wurde in der Einleitung dargelegt. Im vorliegenden Kapitel geht es um diejenigen Aspekte, die im Kontext der Krim-Krise von spezieller Bedeutung sind.

„1921 wurde die Krim zur autonomen sozialistischen Sowjetrepublik ausgerufen, 1945 dann unter Stalin zur Oblast der Russischen Sowjetrepublik. Zum 300. Jahrestag der Vereinigung von Russen und Ukrainern 1954 macht der aus der Ukraine stammende Kremlchef Nikita Chruschtschow die mehrheitlich von Russen bewohnte Krim zu einem Teil der Ukrainischen Sowjetrepublik.“<sup>62</sup>

Ehemals (staatenverbund-)russisch, wurde die Krim unter Chruschtschow 1954 an die Ukraine angegliedert, die damals noch Teil der Sowjetunion war, daher war dies auch ein formaler Akt und eine Geste, hat man sich damals schließlich als Einheit betrachtet. Zu wem die Krim also historisch oder machtpolitisch gehört, kann unterschiedlich bewertet werden je nachdem, welche historischen Zeiträume man betrachtet, welche völkerrechtlichen Aspekte ins Feld geführt werden, wie sie ausgelegt werden und unter welchen Vorzeichen man Chruschtschows Vorgehen einordnet. Ein kurzer Ausschnitt von verschiedenen Stellen aus der Rede Putins am 18.03.2014 zur „Angliederung“ der Krim an Russland zeigt das Ausmaß des Interpretationsspielraums in völkerrechtlichen Fragen und gibt Auskunft darüber, worum es in diesem Konflikt vorrangig geht:

„Nach der Revolution haben die Bolschewiki aus unterschiedlichsten Überlegungen (möge Gott ihr Richter sein), viele bedeutende Gebiete

---

62 Landeszentrale für politische Bildung BW o.J., URL: <https://www.lpb-bw.de/ukraine-krim>, [Abruf: 01.10.21].



des historischen Südens Russlands in die Ukrainische Sowjetrepublik aufgenommen. Das wurde ohne Berücksichtigung der ethnischen Zusammensetzung gemacht und heute ist das der Südosten der Ukraine. 1954 folgte die Entscheidung zur Übergabe der Krim an die Ukraine, zusammen mit der Stadt Sewastopol, die der Union direkt unterstand. Der Initiator war der Sekretär des Kommunistischen Partei persönlich, Nikita Chruschtschow. Was ihn damals bewog [...] darüber sollten die Historiker urteilen.

Für uns ist etwas anderes wichtig: diese Entscheidung wurde mit offensichtlichen Verletzungen der damals geltenden Verfassungsnormen getroffen. [...]

Die Krim ist unser gemeinsamer Reichtum und ein extrem wichtiger Stabilitätsfaktor in der Region. Dieses strategische Territorium muss unter einer starken und stabilen Souveränität stehen, die heute de facto nur die russische Souveränität sein kann.“<sup>63</sup>

Im letzten Absatz adressiert Putin die geostrategische Dimension. Worum es dabei konkret geht, wird deutlich, wenn er an anderer Stelle von der „Heimat der russischen Schwarzmeerflotte“ (ebd.) spricht.

Die Krim liegt geographisch zwischen dem nördlichen Schwarzen und dem Asowschen Meer. Seit dem 18. Jahrhundert bis in die Gegenwart hinein ist sie Stützpunkt der russischen Schwarzmeerflotte. Der Status und die Nutzung dieses Hafens in der größten Stadt Sewastopol bildet den Dreh- und Angelpunkt dieses Konflikts.

„Sewastopol ist der einzige wirkliche russische Hafen, der ganzjährig eisfrei ist. Allerdings ist der Zugang vom Schwarzen Meer zum Mittelmeer eingeschränkt durch den Vertrag von Montreux von 1939, der der Türkei – heute NATO-Mitglied – die Kontrolle über den Bosphorus gewährt. Russische Marineschiffe durchfahren die Meerengen, aber in limitierter Zahl – und im Falle eines Konflikts würden sie keine Erlaubnis mehr dafür bekommen. Und nach der Durchquerung von Bosphorus und Dardanellen müssen die Russen noch durch die Ägäis, ehe sie das Mittelmeer erreichen, von wo aus sie entweder die Straße von Gibraltar oder den Suezkanal passieren müssen, um in den Atlantik beziehungsweise in den Indischen Ozean zu gelangen.“ (Marshall 2015, S. 30)

---

63 Eurasisches Magazin 2014, URL: <https://www.eurasischesmagazin.de/ticker/Wladimir-Putin-zum-Anschluss-der-Krim-Rede-im-Wortlaut-Volltext/121>, [Original: 18.03.2014, Abruf: 06.10.2021]

Diesen geostrategisch wichtigen Zugang zu sichern, gehört zu den zentralen Anliegen russischer Politik in wirtschaftlicher und militärischer Frage. Zum Zeitpunkt der Proteste 2014 liegt ein Pachtvertrag über die Nutzung des Hafens in der Hafenstadt Sewastopol vor, ausgehandelt zwischen Russland und der ukrainischen Regierung unter Janukowitsch und gültig bis 2042. Mit dem Wegfall Janukowitschs entsteht ein Vakuum und eine Unsicherheit in der Frage der Zukunftssicherung. Folgt man dem Journalisten Tim Marshall, so gibt es „in den unterschiedlichen Gebieten der Erde unterschiedliche geographische Merkmale, die zu den dominanten Faktoren gehören, die bestimmen, was Menschen tun können und was nicht.“ (Ebd., S. 8) Betrachtet man dessen eingedenk das Verhalten Russlands im Anschluss an die Annexion der Krim, wird die Motivation klar und auch wie stark geographische Aspekte und militärische Interessen hier korrelieren:

„Seit der Annexion der Krim verlieren die Russen keine Zeit. Sie bauen die Schwarzmeerflotte in Sewastopol aus und errichten einen neuen Marinehafen in der russischen Schwarzmeerstadt Noworossijsk, der ihnen, auch wenn er keinen natürlichen Tiefwasserhafen umfasst, zusätzliche Kapazitäten verschafft. Achtzig neue Schiffe sowie mehrere U-Boote wurden in Auftrag gegeben. Diese Flotte ist immer noch nicht stark genug, um in Kriegszeiten aus dem Schwarzen Meer auszuweichen, aber ihre Kapazitäten nehmen zu.“ (Ebd., S. 30–31)

Putin handelt nach seinem gesprochenen Wort als stabiler Souverän: Als es im Zuge der Proteste auf dem Festland zu Auseinandersetzungen auf der Halbinsel kommt, u.a. zwischen den proeuropäischen Krim-Tataren und prorussischen Demonstrant(:inn)en, auf die weiter unten eingegangen wird, nutzt Russland die Gunst der Stunde. Es verstärkt seine Präsenz auf der Halbinsel über völkerrechtlich zulässige wie unzulässige Wege: Zulässig über eine Truppenaufstockung, die gemäß ukrainisch-russischem Vertragsverhältnis rechtens ist, unzulässig über Soldat:innen ohne Hoheitsabzeichen, die die Krim unter ihre Kontrolle bringen, sich allerdings nicht als russische Staatsbürger:innen und/oder im Auftrag Russlands Handelnde zu erkennen geben. Da von Beginn an ausreichend Indikatoren dafürsprechen, dass sie im Auftrag Russlands unterwegs sind, wird dieses Vorgehen, wie auch weitere daran anschließende, von der ukrainischen Übergangsregierung wie vom Westen (EU und USA) zunächst als Affront, später als Völkerrechtsbruch aufgefasst.

„In Simferopol, the capital of the Autonomous Republic of Crimea, supporters of Ukrainian unity, mainly Crimean Tatars, clashed on

26 February with pro-Russian residents in front of the parliament. A stampede left two people dead and some 70 injured. On the following night, armed groups without insignia took over the buildings of the local government and parliament. On 27 February, members of the Parliament of Crimea, in the presence of gunmen, dismissed the local Government and elected Sergej Aksjonov as the Head of Crimea“ (Council of Europe: European Court of Human Rights 2021, S. 78)

Unter russischer Präsenz und mit Sergej Aksjonow an der Spitze sind damit die Weichen gestellt für ein Referendum über die territoriale (Neu-)Ausrichtung, das Volk soll über den weiteren Weg ihrer Halbinsel bestimmen. Allerdings findet das Referendum unter mindestens demokratisch fragwürdigen, wenn nicht illegitimen Maßgaben statt. Der Handlungsspielraum der Krim-Bewohner:innen ist stark eingeschränkt. Gewählt wird unter militärischer Präsenz, überdies werden zahlreiche formale Fehler bei der Durchführung bemängelt, es steht der Verdacht der Wahlmanipulation im Raum und auch die inhaltliche Ausgestaltung der wählbaren Optionen lässt wenig Spielraum für die Wähler:innen:

„[...] 96,6 Prozent, entscheidet sich in dem Referendum am 16. März 2014 für den Anschluss der Halbinsel an Russland. Das ist der moskautreuen Regionalregierung zufolge das Ergebnis der umstrittenen Abstimmung. Insgesamt waren rund 1,8 Millionen Wahlberechtigte zur Teilnahme am Referendum aufgerufen. Die Wahlbeteiligung lag bei 80 Prozent. Auf dem Wahlzettel standen zwei Alternativen zur Auswahl: Den Anschluss ans Nachbarland Russland oder eine Rückkehr zur Krim-Verfassung von 1992, die der Region weiter reichende Autonomierechte einräumen würde, als die Krim sie bisher innehat. Für die Beibehaltung des Status quo konnte man nicht stimmen.“<sup>64</sup>

Schließlich wird die Krim im März 2014 – entgegen allen internationalen Einwänden und der Betonung zahlreicher europäischer Politiker:innen, dass das Referendum unrechtmäßig gewesen sei – Teil des russischen Staatsgebiets. EU und USA antworten mit Sanktionen gegen Russland. Die völkerrechtliche Zugehörigkeit der Halbinsel bleibt umstritten, ein breit diskutierter Topos auch in der Berichterstattung, der sich bewegt zwischen der Legitimität dieses Votums und dem darin ausgedrückten Wunsch eines Teils der Ansässigen, sich Russland anzuschließen.

---

64 Landeszentrale für politische Bildung BW o.J., URL: <https://www.lpb-bw.de/ukraine-krim> [Abruf:01.10.2021].

Die besondere Bevölkerungszusammenstellung der Krim trägt – wie vorangegangen angemerkt – ebenfalls zu Spannungen bei. Laut Zensus, erhoben zuletzt 2001, ist sie wie folgt: 58,5 Prozent Russen, 24,2 Prozent Ukrainer, 12,1 Prozent Krimtataren (circa. 250.000 Personen), fünf Prozent Sonstige (vgl. Statista 2014 [Erhebung: 2001], vgl. Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen 2013, S. 14). Da es sich hierbei um eine Halbinsel handelt mit einer sehr bewegten Geschichte und vielen Immigrations- und Handelsbewegungen und dadurch entstandene jeweils eigene, komplexe Binnenstrukturen, sind multiethnische und -sprachliche wie hybride Identitäten gelebte Realität. Das zeigt sich bereits im Abgleich mit den Muttersprachen, die nicht mit den vorangegangenen Zahlen der Bevölkerungsaufteilung identisch sind. Der dem Untersuchungszeitraum zeitlich nächste ukrainische Zensus kommt zu folgendem Ergebnis:

„Die Analyse der angegebenen Muttersprachen zeigt, dass 10,1 Prozent der Bevölkerung der Autonomen Republik Krim Ukrainisch als Muttersprache angegeben haben, 77,0 Prozent der Bevölkerung Russisch und 11,4 Prozent der Bevölkerung Krimtatarisch.“<sup>65</sup>

Eindeutig ist, dass die russische Sprache von mehr Menschen als Muttersprache angegeben wird als die geringer ausfallende Zahl ethnischer Russen. Da es sich bei der russischen Sprache um eine plurizentrische Sprache handelt, wird sie über Staatsgrenzen hinaus gesprochen. Sie steht nicht in kausalen Verhältnissen zu bspw. Nationalitäten.

Wie vorangegangen bereits beschrieben, geht es bei Binnenkonflikten um historisch gewachsene und aktuelle ökonomische Konflikte, die die Situation eskalieren lassen. Die katastrophalen wirtschaftlichen Verhältnisse und der dysfunktionale Staat des Festlands haben einen unmittelbaren Impact auf die Verhältnisse auf der Krim, von einer Angliederung an Russland erhoffen sich hier viele Bewohner:innen Entwicklungs- und Infrastrukturprojekte, soziale und wirtschaftliche Förderprogramme und Bauprojekte. Aus heutiger Sicht lässt sich feststellen, dass in dieser Hinsicht viele Projekte unter Russland auch angestoßen werden.

„2015 hat Russland ein umfangreiches soziales und wirtschaftliches Förderprogramm für die Krim, einschließlich für die Stadt Sewastopol, bis zum Jahr 2020 ausgearbeitet, das die Halbinsel in den kommenden Jahren im Bereich der Infrastruktur, vor allem in Bezug auf

---

65 Vgl. State Statistics Committee of Ukraine o.J., URL: <http://2001.ukrcensus.gov.ua/eng/results/general/language/Crimea/>, [Abruf: 01.10.2021].

die Wasser-, Strom- und Gasversorgung, von ukrainischen Lieferungen unabhängig machen und zu einer der wirtschaftlich dynamischsten Regionen Russlands machen soll.

Für die Realisierung des Programms wurden ursprünglich 681 Milliarden Rubel (zum damaligen Zeitpunkt etwa 9,5 Milliarden Euro) eingeplant. Der Finanzbedarf des Programms hat sich aber aufgrund steigender Bau- und Renovierungskosten jährlich erhöht und betrug Anfang 2018 mehr als 837 Milliarden Rubel (aktuell etwa 11,5 Milliarden Euro), die fast vollständig aus russischen Haushaltsmitteln kommen sollen. Zusätzlich erhält die Krim für ihre laufenden Kosten ebenfalls Subventionen aus dem Haushalt Russlands. Diese machen zwei Drittel des regionalen Haushalts aus, damit gehört die Halbinsel zu den am stärksten subventionierten Regionen Russlands.“<sup>66</sup>

Die Bevölkerungsgruppe der Krim-Tataren indes sieht in diesen Entwicklungen keine Chance für sich, was vor allem historisch begründet ist. Es handelt sich um eine bereits sehr lange auf der Krim ansässige turksprachige muslimische Minderheit mit leidvollen Begegnungen mit russischer Machtpolitik:

„Denn die Russen unter der Zarin Katharina II. hatten 1783 das bis dahin weitgehend selbständige Khanat der Krimtataren zerschlagen und sich das Gebiet einverleibt. Zuvor hatte Peter der Große dem russischen Drang nach Süden Rechnung getragen und sich in Kämpfe um die Festung Asow gegen die Tataren gestürzt.“ (Günter 2014, S. 12)

Einen weiteren Negativ-Höhepunkt erleben die Krim-Tataren im Zuge des Zweiten Weltkriegs, der bis heute die Situation maßgeblich prägt:

„Seine Wurzeln hat der [aktuelle] Konflikt in der 1944 von Stalin befohlenen Deportation der Krimtataren. Sie wurden damals beschuldigt, mit Nazi-Deutschland zu kooperieren. Ein Großteil der Krimtataren wurde in die zentralasiatischen Republiken – vor allem nach Usbekistan – aber auch nach Sibirien umgesiedelt. Seit dem Ende der 1980er Jahre war es den deportierten Völkern wieder erlaubt in ihre ursprünglichen Siedlungsgebiete zurückzukehren. 1990–1991 nahmen viele Krimtataren diese Möglichkeit wahr und kehrten auf die Krim zurück. [...] Ungeklärte Land- und Besitzumsfragen wurden in den darauffolgenden Jahren zum zentralen Problem bei der Rückkehr der

---

66 Kuszniir 2018, <https://www.bpb.de/269568/analyse-russische-infrastrukturprojekte-auf-der-krim-eine-bestandsaufnahme>, [Original: 23.5.2018, Abruf: 04.10.2021].

Krimtataren. [...] Die Krimtataren sehen sich als Urbevölkerung der Krim-Halbinsel und verlangen eine angemessene Kompensation für das damals verlorene Land.“ (Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen 2013, S. 14)

Im Jahr 2014 kulminieren auch diese Probleme. Da weder das Leid gesamtgesellschaftlich aufgearbeitet wird, und sich auch ganz konkret die Probleme um die Besitzverhältnisse nicht auflösen lassen, eskaliert der Konflikt. Eine Krim unter Russland können sie sich nicht vorstellen und lehnen sich aktiv dagegen. „In Simferopol, der Hauptstadt der Krim, demonstrieren 5000 Tataren für die ‚neue Ukraine‘ und gegen jene Russen, die die neuen Kräfte in Kiew ablehnen.“ (Günter 2014, S. 12) Zur Zeit des Untersuchungszeitraums wenden sie sich mit verschiedenen Aktionen gegen diesen Anschluss, u.a. mit dem Aufruf, das Referendum zu boykottieren. Was sie konkret beklagen, zeigt sich in einer Klage, die die Ukraine Ende 2020 beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) gegen Russland geltend macht. Die Klage bezieht sich auf einen Zeitraum, dessen Anfang noch in den Untersuchungszeitraum dieser Arbeit fällt, sich aber weit darüber hinaus erstreckt: beginnend mit Ende Februar 2014, laufend bis Ende August 2015.

Als Organ des Europarats, dessen Mitglieder viele EU-Länder sowie Russland und die Ukraine sind, „ist dieses internationale Gericht in der Europäischen Menschenrechtskonvention verankert“<sup>67</sup> und hat die Aufgabe, „die Einhaltung der Verpflichtungen sicherzustellen, die mit der Ratifizierung der Konvention durch die Vertragsstaaten übernommen worden sind.“ (ebd.) Die ukrainische Regierung macht i) vor dem Gerichtshof geltend, dass Russland seit Februar 2014 unrechtmäßig die Defacto-Kontrolle über die Krim und die Stadt Sewastopol ausübt und beklagt ii) schwere Konventionsverletzungen durch Russland, worin die an den Krim-Tataren wie folgt separat aufgeführt werden:

„The Ukrainian Government maintains that the Russian Federation has from 27 February 2014 exercised effective control over the Autonomous Republic of Crimea and the city of Sevastopol, integral parts of Ukraine, and that it had adopted an administrative practice in or in respect of Crimea which resulted in numerous Convention violations between 27 February 2014 and 26 August 2015, in connec-

---

67 Praetor Verlagsgesellschaft o.J., URL: <https://www.menschenrechtskonvention.eu/europaeischer-gerichtshof-fuer-menschenrechte-2-9459/>, [Abruf: 04.10.2021].

tion with the purported integration of Crimea into the Russian Federation.“<sup>68</sup>

Folgende Konventionsverletzungen an den Krim-Tataren wurden vom EGMR als zulässig zur Überprüfung eingestuft:

„Conclusion: The Court declared admissible, without prejudging the merits, the applicant Government’s complaints concerning [...]

(m) the alleged existence of an administrative practice targeting Crimean Tatars, in violation of Article 14 of the Convention, taken in conjunction with Articles 8, 9, 10 and 11 of the Convention;

(n) the alleged existence of an administrative practice targeting Crimean Tatars, in violation of Article 14 of the Convention, taken in conjunction with Article 2 of Protocol No. 4 to the Convention.“<sup>69</sup>

Zur Erläuterung dieser wird die „Deutsche Übersetzung der EMRK unter Berücksichtigung des Protokolls Nr. 14 Stand: 1. Juni 2012“<sup>70</sup> hinzugezogen. Beim Artikel 14 handelt es sich um das Diskriminierungsverbot. In Querverknüpfung mit den weiteren Artikeln aus dem oben genannten Zitat tritt das enorme Ausmaß der Verstöße zutage: Artikel zwei bezieht sich auf das Recht auf Leben, Artikel acht umfasst das Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens, Artikel neun beinhaltet die Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit, Artikel zehn schließt die Freiheit der Meinungsäußerung und Artikel elf die Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit ein. Es handelt sich also um die zur Überprüfung zulässige Klage wegen weitreichender Verstöße gegen die Europäische Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten. Im Urteil der Grand Chamber von Anfang dieses Jahres werden auf 174 Seiten die einzelnen Vorwürfe im Allgemeinen wie im Detail auf die Krim-Tataren bezogen adressiert. Eine ausführliche Abhandlung dazu würde den Rahmen dieser Arbeit sprengen, jedoch werden große Teile der Vorwürfe nicht ohne Fundierung erhoben:

---

68 Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) o.J., URL: <https://hudoc.echr.coe.int/eng#%7B%22itemid%22:%5B%22002-13090%22%5D%7D>, [Abruf: 01.10.2021].

69 Ebd.

70 Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz o.J., URL: [https://www.bmjv.de/SharedDocs/Downloads/DE/PDF/Themenseiten/EuropaUndInternationaleZusammenarbeit/EuropaeischeKonventionMenschenrechte.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=1](https://www.bmjv.de/SharedDocs/Downloads/DE/PDF/Themenseiten/EuropaUndInternationaleZusammenarbeit/EuropaeischeKonventionMenschenrechte.pdf?__blob=publicationFile&v=1), [Abruf: 04.10. 21].

„8. In Crimea, Ukrainians in general, and Crimean Tatars in particular, live in a climate of severe intimidation created by the above-mentioned human rights violations and the fact that they remain largely unpunished. Many were forced to leave Crimea...As a result of the recent decision of the Supreme Court of the Russian Federation on banning the Mejlis [Exekutivorgan, KK] and its local branches, the Crimean Tatars have lost their traditional democratic representation. Tatar media and the Tatar's Muslim religious practices were also targeted. The cumulative effect of these repressive measures is a threat to the Tatar community's very existence as a distinct ethnic, cultural and religious group.“ (Council of Europe: European Court of Human Rights 2021, S. 69)

Werden hier allen voran die die Krim-Tataren betreffenden Verstöße benannt, so gibt es einen über diese Volksgruppe hinausgehenden Kontext, in dem insgesamt eine Atmosphäre der Einschüchterung und Willkür durch Staat und selbsternannte Bürgerwehren herrschen:

„The Committee expresses its concern about: (a) Persistent reports of serious human rights violations, including abductions, arbitrary detentions, enforced disappearances, torture, ill-treatment and extrajudicial killings, particularly of Crimean Tatars, pro-Ukraine activists and affiliates of the Mejlis, by members of the Federal Security Service and the 'Crimean self-defence' forces; (b) Information that since 2014, torture has been routinely used by the authorities to obtain false confession for politically motivated prosecutions, including in the case of Oleg Sentsov, a Ukrainian filmmaker, who was allegedly tortured in Crimea; (c) Reports that of 106 allegations of torture by public officials from February 2014 to June 2018, not a single case was effectively investigated; [...]“ (Council of Europe: European Court of Human Rights 2021, S. 75)

Diese schweren Menschenrechtsverletzungen wie Folter, Entführungen, willkürliche Verhaftungen oder das Verschwindenlassen von Bürger:innen, Aktivist:innen, Künstler:innen und Oppositionellen decken sich mit Berichten aus Zivilgesellschaft und Nichtregierungsorganisationen. Für Journalist:innen ist die Lage während des Referendums besonders gefährlich, bleibt es aber auch danach noch, wie die NGO Reporter ohne Grenzen in einem Begleitartikel zu einer Podiumsdiskussion ein Jahr danach beschreiben:



„Am 16. März 2014 fand das umstrittene Referendum zur Angliederung der Krim an die Russische Föderation statt. Seitdem ist die völkerrechtswidrige Annexion weitgehend vollzogen worden. Dies hatte auch einschneidende Folgen für die Medienlandschaft und die Pressefreiheit auf der Krim. Bereits im März 2014 wurde die Übertragung des unabhängigen Senders Chernomorskaya TV und nachfolgend auch anderer ukrainischer TV-Sender beendet und durch russisches Staatsfernsehen ersetzt. Heute werden keine Zeitungen in ukrainischer Sprache mehr auf die Krim geliefert. Unabhängigen Radiosendern der Krim wie TRC, Briz und Meydan sowie der Nachrichtenagentur Crimean News Agency QHS wird die Lizenzierung bei der russischen Medienaufsichtsbehörde verweigert. Viele Medienhäuser sahen sich daher gezwungen, ihre Arbeit von Kiew aus fortzusetzen.“<sup>71</sup>

In der Krim-Frage kollidieren also viele Interessen: Das russische nach einer stabilen Krim aus geopolitischer Perspektive mit Kontrolle darüber, der Wunsch eines beträchtlichen Teils des Volkes nach wirtschaftlichem Aufschwung über die Annäherung zu Russland, das gegenteilige Interesse vieler dort lebender pro-ukrainischer Menschen sowie der Krim-Tataren und das Interesse von Demokrat:innen, Journalist:innen und Künstler:innen an Presse- und Meinungsfreiheit.

### 2.4 Krisenberichterstattung zwischen Faktenlage und Blickführung

#### 2.4.1 Der 20. Februar 2014 als paradigmatischer Fall von Krisenberichterstattung

Janukowitschs Weigerung im November 2013, seine Unterschrift unter das Assoziationsabkommen mit der EU zu setzen, wird im Rahmen dieses wirtschaftlichen Tauziehens als Zeichen für seine Loyalität zu Russland und einer Abkehr von der EU gelesen. In Verbindung mit der innenpolitischen und wirtschaftlichen Situation der Ukraine entzündeten sich an dieser außenpolitischen Frage die Proteste, die Ende 2013 beginnen und Mitte Februar 2014 einen Höhepunkt erreichen.

---

71 Reporter ohne Grenzen 2015, URL: <https://www.reporter-ohne-grenzen.de/press-emitteilungen/meldung/pressefreiheit-auf-der-krim-ein-jahr-nach-der-annexion>, [Original: 23.03.2015], [Abruf: 01.10.2021].

In den Tagen um den 18. Februar, auf dem Höhepunkt der Proteste, dringen die Protestierenden immer weiter in das Regierungsviertel vor. Die Sicherheitskräfte des Staates versuchen den Vormarsch der Demonstrierenden mit allen Mitteln zu stoppen, an vorderster Stelle steht die dem Innenministerium unterstellte und für ihr entschlossenes Durchgreifen bekannte Spezialeinheit Berkut, die wegen ihrer schwarzen Uniformen auch „Schwarze Einheit“ genannt wird.<sup>72</sup> In dieser undurchsichtigen Gemengelage schießen zunächst unbekannte Scharfschützen in die Menge der Protestierenden. Es kommt zu zahlreichen Toten.

Über eine solch explosive und undurchschaubare Lage zu berichten, gehört zu den schwersten Aufgaben von Krisen- und Auslandsberichterstattenden. Viele Spekulationen stehen im Raum, Amateurvideos tauchen im Netz auf, und die deutschen Leser:innen erwarten eine schnelle Einordnung, bei gleichzeitig sorgfältiger Überprüfung und möglichst gesicherter Sachlage. Wie schwer dies zu leisten ist, zeigen folgende unterschiedliche Darlegungen über diese Tage, die je zu weit späterer Zeit veröffentlicht wurden und verschiedene Zahlen nennen.

In einer Online-Reportage des Spiegel TV-Magazins aus 2016, zwei Jahre nach dem Geschehen, ist die Rede von 48 Todesopfern am 20.02.2014.<sup>73</sup> Demgegenüber schreibt die Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, ebenfalls 2016:

„Am 20. Februar 2014 eröffnen in Kiew Scharfschützen das Feuer auf pro-europäische Demonstranten auf dem Maidan-Platz, fast 80 Menschen werden getötet. Wer die tödlichen Schüsse abgegeben hat, ist umstritten.“<sup>74</sup>

In einem journalistisch-wissenschaftlichen Sammelband von 2014 indes werden sowohl andere Zahlen genannt als auch die Vorgänge auf die beiden Tage zuvor datiert:

„18–19 February 2014. The most violent clashes between protesters and police forces took place on Instytutska street, Hrushevskiy street and *Maidan Nezalezhnosti*. There were about 90 people killed, most of

---

72 Vgl. Spiegel TV Magazin 2016, URL: <https://www.spiegel.de/video/gefasst-die-tod-esschuetzen-vom-kiewer-maidan-platz-video-1660143.html>, [Original: 20.03.2016, Abruf: 04.01.2021].

73 Vgl. Ebd.

74 Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg o.J., URL: <https://www.lpb-bw.de/chronik-ukraine-konflikt>, [Abruf:04.01.2021].

them by snipers, 1,500 people injured and about 100 went missing.“ (Havdiak, Inderike 2014, S. 465)

Katja Gloger, deutsche Slawistin und Moskau-Korrespondentin des Stern, subsumiert 2017 im Rahmen einer Chronik der Ereignisse alle Daten und berichtet von deutlich weniger Toten, verzichtet dabei jedoch auf genaue Zahlen:

„18.-20 Februar 2014 Eskalation der Gewalt während der ‚Anti-Terror-Operation‘ der Regierung auf dem Majdan, Dutzende Tote.“ (Gloger 2017, S. 321)

Bei allen vorangegangenen Zitaten handelt es sich um Menschen mit fachlicher Expertise und professionellen Hintergründen, sie sind Expert:innen und gelangen dennoch zu sehr unterschiedlichen Ergebnissen. Eindeutige Zahlen zum Geschehen fehlen bis heute. Was das zeigt: In eskalativen Momenten wie diesen überschlagen sich die Ereignisse derart im Eiltempo, ist die Lage so undurchsichtig und dynamisch, dass gesicherte Fakten, Daten und Zahlen schwer bis gar nicht zugänglich und eindeutige Zuweisungen wenn überhaupt erst im Nachgang und nach Aufarbeitung möglich sind.

Die Rekonstruktion von Daten und Fakten ist das eine erschwerende Moment, die Einordnung der Ereignisse durch die Blickführung darauf und den betrachteten Ausschnitt des Geschehens sind das andere. Auslandsberichterstattung sind erschweren Bedingungen ausgesetzt, sie müssen in besonderem Maße – aufgrund räumlicher Distanz, Sprachbarrieren, fehlender Akkreditierungen, Behinderung ihrer Arbeit etc. – auf Quellen und Zeug:innen vertrauen. Im vorliegenden Fall sind diese Quellen auf der einen Seite der Staat, die Polizei, das Innenministerium (der die Spezialeinheit Berkut unterstand), auf der anderen Seite die Selbstorganisation(en) der Protestierenden auf dem Maidan sowie daneben Nichtregierungsorganisationen (NGOs), Expert:innen und Akteur:innen der Zivilgesellschaft. Sie alle haben Interessen und ihren eigenen Standpunkt, von dem aus sie das Geschehen beobachten, den sie entsprechend darlegen. Dabei stellen sie das Geschehen in einen spezifischen Kontext, mit dem, wie im Theoriekapitel zur theoretischen Fundierung des Begriffs *Framing* thematisiert wird (siehe auch Kapitel drei), eine Einordnung und Deutung einhergeht. Eng damit verwandt sind Begriffe wie Schwerpunkt, Perspektive, Blickführung, Ausschnitt, eben Kontext, oder – weiter gefasst im Zusammenhang von Machtdiskursen – Narrative bzw. Erzählungen und Propaganda, die im Theorieteil eingehender erläutert werden.

Im Zusammenhang der Gewaltausschreitung verweist die vorangegangene Online-Reportage von Spiegel TV darauf, dass vonseiten der

Demonstrierenden ebenfalls Gewalt ausging, ein Demonstrant habe sogar offiziell zugegeben, auf Polizisten geschossen zu haben.<sup>75</sup> Auch Reporter der BBC (British Broadcasting Corporation, öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalt in Großbritannien) bestätigen dies in einer Video-Kurzreportage aus 2015:

„By the end of the day more than 50 people were dead including three policemen.“

(Minute 00:16 – 00:21)

„There is much we still don't know about what happened that day but it's clear some of the shooting was coming from the protesters' side.“

(Minute 03:36 – 03:44)<sup>76</sup>

Die Schuldzuweisungen für die Ausschreitungen gehen laut BBC in verschiedenste Richtungen: Viele Ukrainer:innen glauben, Moskau habe Chaos und Gewalt orchestriert, um separatistische Tendenzen in der Ostukraine zu schüren und die Annexion der Krim zu legitimieren; Russland hingegen beschuldigt die USA, der Maidan sei ein „CIA-inspired-Coup“ (ebd.) gewesen. Keine Seite kann indes ihre erhobenen Vorwürfe belegen.<sup>77</sup>

Neben Moskau und den USA steht auch die ukrainische Opposition auf der Liste der Verdächtigen. Der deutsche Journalist Stefan Korinth verweist etwa darauf, dass drei Georgier bereits zugaben, unter den Schützen gewesen zu sein, die auf Polizisten und Zivilisten schossen – bewaffnet und angestiftet unter anderem von einem ukrainischen Oppositionspolitiker. Deren Zeugenaussagen, so Korinth, hätten aber keinen medialen Resonanzraum bekommen und seien daher im Sande verlaufen.<sup>78</sup> Die Frage, wer genau, wann, von wo und auf wen geschossen hat, ist bis heute einer der umstrittensten Knotenpunkte der Geschichte um die Ukraine-Krise und auch die polizeiliche und juristische Aufarbeitung ergab bisher keine eindeutige Sicherheit.<sup>79</sup> So zeigt sich, wie Paradigmatisches

---

75 Vgl. Spiegel TV Magazin 2016, URL: <https://www.spiegel.de/video/gefasst-die-tod-esschuetzen-vom-kiewer-maidan-platz-video-1660143.html>, [Original: 20.03.2016, Abruf: 04.01.2021].

76 Gatehouse 2015, URL: <https://www.youtube.com/watch?v=Ib7EkJD08e4>, [Original: 12.02.2015, Abruf: 04.01.2021].

77 Ebd.

78 Korinth 2017, URL: <https://www.heise.de/tp/features/Maidanmorde-Drei-Beteiligte-gestehen-3893551.html?seite=all>, [Original: 19. November 2017, Abruf: 06.01.2021].

79 Die Aufarbeitung der Ereignisse kam sehr zögerlich ins Rollen. Mittlerweile wurden Tausende Stunden Videomaterial, Handyverbindungen und biometrische Gutachten ausgewertet. Durch den Anruf eines anonymen Anrufers eineinhalb

der (Auslands-)Berichterstattung in vielen Fällen zu Knotenpunkten der Geschichtsschreibung und die jeweilige Deutung der Geschehnisse zu identifikatorischen Elementen der Konfliktparteien über das Ereignis hinaus werden.

Die Aufgabe der Berichtenden besteht darin, in der Schnelligkeit und Undurchsichtigkeit des Moments dennoch möglichst viele dieser Perspektiven zu nennen, sie zu überprüfen und einzuordnen – sich also in Ermangelung eines vollständigen Bildes um Vollständigkeit zu *bemühen* im Sinne eines Beleuchtens diverser Facetten des argumentativen Bildes.

“Ukraine’s new leaders maintain, responsibility for the shootings lies entirely with the security forces acting on behalf of the previous government. Our investigation suggests: that is not the full picture.“  
(Minute 00:21 – 00:33)<sup>80</sup>

Inwiefern dieses „full picture“, das die BBC beinahe ein Jahr später fordert, sich bereits in der parallel zur Krise veröffentlichten deutschen Berichterstattung darstellt, ist Gegenstand der Analyse dieser Arbeit. Anhand des 20. Februar als paradigmatischem Fall lassen sich bereits viele der nun folgenden Konfliktlinien ablesen. Paradigmatisch für einen Krisen-Eskalationspunkt handelt es sich hierbei nicht um ein singuläres Ereignis, son-

---

Jahre nach dem Geschehen konnten Waffen (naheliegender, dass es sich um die verwendeten handelt) in einem Fluss versteckt sichergestellt werden durch den Einsatz von Taucher:innen des Sicherheitsdiensts. Gefunden wurden 23 Kalaschnikow-Sturmgewehre, alle sorgfältig zersägt, was eine Rekonstruktion des Geschehens, die Identifikation und Zuordnung der Waffen zu deren Besitzer erschwerte. Die Fragen, wer wann von wo geschossen hat, konnten bei tausenden Schüssen, bei denen nur von einem Bruchteil die Projektile gefunden wurden, nicht abschließend geklärt werden. Schließlich teilte nach Monaten anhaltender Arbeit verschiedener Expert:innen Oljona Gitljanskaja vom ukrainischen Geheimdienst in einer Pressekonferenz mit, diese Waffen seien am 20.02.2014 von der schwarzen Einheit (Berkut) eingesetzt worden. Wer aber den Schießbefehl gab, ist bis heute unklar. 26 Berkut-Schützen sind mittlerweile als Täter ermittelt. 21 von ihnen haben sich ins Ausland abgesetzt und können nicht belangt werden, die internationalen Haftbefehle aus der Ukraine wurden von der internationalen kriminalpolizeilichen Organisation Interpol abgelehnt. Die Gewalt, die von den Demonstrierenden ausging, wird nach jetzigem Stand ohne Folgen bleiben: Für die Protestteilnehmer:innen gilt eine Amnestie. Vgl. Spiegel TV Magazin 2016, URL: <https://www.spiegel.de/video/gefasst-die-todesschuertz-en-vom-kiewer-maidan-platz-video-1660143.html>, [Original: 20.03.2016, Abruf: 04.01.2021].

80 Gatehouse 2015, URL: <https://www.youtube.com/watch?v=Ib7EkJD08e4>, [Original: 12.02.2015, Abruf: 06.01.2021].

dern um einen Punkt in einer Reihe von Ereignissen, die ihm vorangehen und die ihm folgen, und mit denen es je komplexe Verflechtungen hat, die auch selbst wieder viel Raum für sehr unterschiedliche Deutungen mitbringen.

#### 2.4.2 Themen mit interpretativem Spielraum im Untersuchungszeitraum

*Welches Bild* man sich von einer Situation oder einem Zusammenhang macht, hängt von vielen Faktoren ab, die in der vorliegenden Arbeit im Theoriekapitel und in der Reflexion der Analyseergebnisse genauer expliziert und philosophisch sowie sozialwissenschaftlich eingeordnet werden. Ereignisse können einen engeren oder weiteren interpretativen Spielraum haben je nach Komplexität und der Notwendigkeit einer klaren Positionierung innerhalb des Geschehens. Die Positionierung kann von zentraler Relevanz sein, um Sachverhalte einzuordnen, das Verhalten von Akteur:innen zu legitimieren, eine Beurteilung vorzunehmen und Vorschläge zum Umgang zu geben.

Die vier Wochen vom 21. Februar bis zum 19. März 2014, ab dem Abtauchen Janukowitschs bis hin zum endgültigen Verlust der Krim, stellen die „heiße Phase“ der Ukraine-Krise dar. Im Folgenden versuche ich die großen thematischen Zusammenhänge zu umreißen, die in dieser Zeit die Ukraine-Krise dominierten und die auch in der Berichterstattung in Deutschland über die Krise eine wichtige Rolle spielten – insofern sie Potential zu unterschiedlicher Deutung und zu Kontroversen bieten.<sup>81</sup>

- I. Spätestens Ende Februar 2014 hat sich die Maidan-Bewegung zu einer festen Größe entwickelt und bestimmt das politische wie zivilgesellschaftliche Leben der Ukraine. Dabei reicht ihre Strahlkraft weit über Kiew hinaus in andere Landesteile. Diese Bewegung, die wegen ihrer politischen Ausrichtung auch teilweise Euromaidan genannt wird, ist

---

81 Daher taucht das Themenfeld Korruption in dieser Auflistung nicht auf, obwohl es ein wichtiges und durchaus berichtetes Themenfeld darstellt, da die Berichterstattung und die Meinungen dazu nicht weit auseinander gehen. Korruption wird auf gesellschaftlicher Ebene von allen Seiten verurteilt, wenn auch individuelles Verhalten eklatant anders ausfallen kann. Damit spielt sich dieses Themenfeld zwischen den Ebenen Gesellschaft und Individuum ab und ist, insofern öffentlich diskutiert, jedenfalls kein kontroverses Thema in der Öffentlichkeit. Dies ist auch der Grund, warum die hier dargestellten Themen nicht deckungsgleich sind mit den im empirischen Teil der Arbeit herausgefilterten Themenfeldern, die in Abbildung 9 auf Seite 179 dargestellt sind.

sehr heterogen und besteht aus vielen Gruppen und Akteur:innen, deren verschiedene Lager untereinander teils verfeindet sind. Darunter finden sich auch neorechte und nationalistische Gruppen wie „Rechter Sektor“ und „Swoboda“. Die Forderungen der unterschiedlichen Gruppen sind vielschichtig und widersprechen sich teilweise. Die diversen Deutungen dieser Bewegung orientieren sich entlang der Frage nach ihrer Legitimität, Ideologie, ihrem Verhalten und ihrer Rolle in den Geschehnissen sowie ihren Interessen.

- II. Der Konflikt wie auch die Bewegung werden nicht in allen Landesteilen gleichermaßen befürwortet, vielmehr entzweien sich Land und Menschen entlang der Frage, ob sie die Bewegung unterstützen, worin sich auch historisch gewachsene Strukturen widerspiegeln. In mehreren Teilen im Süden und Osten des Landes kommt es zu gewalttätigen Zusammenstößen zwischen Unterstützer:innen und Gegner:innen des Maidan. Der Süden und vor allem Teile des Ostens suchen die Annäherung an Russland, der Westen ist ebenfalls geteilt in der Suche nach Unabhängigkeit (teilweise mit nationalistischen Tendenzen) und einer klaren Orientierung gen Europa. Bereits früh gibt es separatistische Bewegungen und bewaffnete Milizen auf mehreren Seiten. Besonders in Erscheinung treten diese in ihrer radikalen Variante, die eine Abspaltung und/oder Verbindung zu Russland sucht.
- III. Auch außenpolitische Akteur:innen mischen sich in den Konflikt ein. So werfen große Teile des Westens Russland vor, Unruhen im Osten zu schüren, um die Ukraine zu destabilisieren und eine Annäherung an den Westen zu verhindern. Russland kontert, der Westen habe die Ukraine mit dem EU-Assoziierungsabkommen bedrängt, dadurch die Stimmung gegen Janukowitsch angeheizt, sei somit verantwortlich für einen illegitimen Staatsstreich.
- IV. Janukowitsch, einst ein demokratisch legitimierter Präsident, taucht unter und trägt die Krise so von der Straße in den Staatsapparat. Wohin er sich absetzt, ist völlig unklar; ob man ihn in seiner Abwesenheit des Amtes entheben kann, ist in der Verfassung nicht geklärt, bleibt also verfassungsrechtliche (Ermessens-)Sache. Ob er die Scharfschützen beauftragt hat, in die Menge zu schießen, bleibt ebenfalls ungeklärt.
- V. Das durch Janukowitschs Weggang hervorgerufene Machtvakuum mobilisiert alte und amtierende Machteliten, mithin (Funktions-)Träger:innen des dysfunktionalen Staats, ihre Macht im sich wandelnden System erneut zu festigen. Darunter befinden sich Personen wie Timoschenko oder auch Klitschko, die je sowohl in unterschiedlichen

Teilen der Bevölkerung als auch in unterschiedlichen Medien sehr verschiedene Reaktionen hervorrufen, sowie eine Anzahl durchaus politisch unterschiedlich orientierter, aber immer an ihrem eigenen wirtschaftlichen Vorteil interessierter Oligarchen.

- VI. Der Konflikt um die Krim kann – wie vorangegangen thematisiert – auf zahlreichen Ebenen beleuchtet werden. Die unterschiedlichen Perspektiven auf den Status der Krim zeigen sich exemplarisch in einer Kurz-Dokumentation des öffentlich-rechtlichen Rundfunkveranstalters ARTE aus 2019: Damals noch „gehört die Krim im russischen Google Maps zu Russland, eine klare durchgezogene Grenzlinie trennt sie von der Ukraine, von der ukrainischen Webseite aus verschwindet diese Grenzlinie, vom Rest der Welt erkennt man eine schüchterne Linie“ (Minute 0:48–1:08).<sup>82</sup> Google reproduziert hier in der Verwendung der Grenzlinien die unterschiedlichen Sichtweisen. Raum für diverse Argumentationen gibt ferner die geschichtliche Entwicklung der Halbinsel und daran entlang die Normverstöße und Völkerrechtsbrüche, begangen zu unterschiedlichen Zeiten, durch sowjetische oder russische Regierungen; darüber hinaus gibt es Konflikte in der Bevölkerung und ein globales Interesse und Einmischen in die Belange der Krim und daran anknüpfend gegenseitige Schuldzuweisungen, wer wann wie gegen bindende Regeln verstößt, wer mit doppeltem Maß misst etc.

### 2.4.3 Strukturelle Probleme

Die Abhängigkeiten, unter denen Berichterstattung entsteht und stattfindet, sind vielfältig, wobei Krisen- und Kriegsberichterstattung noch mehr solcher Abhängigkeiten kennt. Eine Nennung aller wichtigen Einflussfaktoren würde daher mindestens einen Ritt durch die Kommunikationswissenschaft bedeuten, um das Handeln von Journalist:innen und die Strukturen ihrer Arbeit mit Selektionsmechanismen und Redaktionsroutinen freizulegen, einen durch Medienwissenschaft, Soziologie, Philosophie und/oder Psychologie, um zu beleuchten, wie es überhaupt zu Meinungsbildung, Einordnung und Führwahrhalten kommt bzw. wie gesellschaftliche Systeme in sich und mit der Gesellschaft interagieren, sowie ferner einen durch

---

<sup>82</sup> arte 2019, URL: <https://www.youtube.com/watch?v=879J0dXIEpA>, [Hochgeladen: 29.10.2019, Abruf: 06.10.2021].



die Friedens- und Konfliktforschung, um die Parameter dieser speziellen Berichterstattung genau zu fassen. Einige dieser Aspekte werden im Rahmen der theoretischen Fundierung in Kapitel drei genauer untersucht, andere wurden weiter oben beschrieben. Weitere für die Russland-Berichterstattung relevante Dependenz werden im Folgenden in aller Kürze genannt.

Die erste und zentrale Dependenz, die hier zu nennen ist, ist struktureller, weil wirtschaftlicher Natur. Auf Medienhäusern lastet ein großer ökonomischer Druck, in dessen Folge Berichterstattung an Qualität einbüßt. Die Journalistin Gemma Pörzgen weist in mehreren Artikeln allgemein wie im Kontext der Osteuropa-Berichterstattung (Pörzgen 2012, Pörzgen 2014) auf diesen Mischstand und die verbundenen Implikationen hin.

„Die Medienkrise und der daraus resultierende Sparkurs haben in zahlreichen Medienhäusern dafür gesorgt, dass vor allem bei der kostenintensiven Auslandsberichterstattung der Rotstift ansetzt wurde. Dazu beigetragen hat, dass in den internen Hierarchien der Medienhäuser immer öfter Redaktionsmanager das Sagen haben oder Redakteure, deren Karriere auf innenpolitischen Themen basiert. Vielen Entscheidern fehlt es an der notwendigen Auslandskompetenz und damit auch an der handwerklichen Erfahrung [...] So wurden zahlreiche Korrespondentenstellen in den letzten Jahren abgebaut oder Büros sogar geschlossen.“ (Pörzgen 2014, S. 294)

Mit diesem Argument ist Pörzgen keineswegs allein, so formuliert auch ihr Kollege Christian Neef 2012 folgende Aussage, die ihre Gültigkeit bis heute nicht eingebüßt hat:

„Nicht subjektives Unvermögen der Kollegen oder deren Unlust, Moskau zu verlassen, ist das Problem der Russland-Berichterstattung, sondern in vielen Fällen leider das Geld. Angesichts der Krise in der Medienbranche und der immer schneller werdenden Online-Berichterstattung wird von Verantwortlichen gern ‚Qualitätsjournalismus‘ eingefordert. Qualitätsjournalismus aber heißt, sich mitunter längere Zeit mit einem Thema oder einem Gegenstand zu befassen oder mehrfach zum Ort des Geschehens zu reisen. Das kostet Geld. Es gibt nur noch wenige Redaktionen, die sich solche luxuriösen Arbeitsbedingungen leisten können.“ (Neef 2012, S. 107)

Anstelle von Langzeitbeobachtungen, so Pörzgen, setze man auf die Berichterstattung über kurzfristigen Einsatz von Redakteur:innen, auf Zusammenarbeit mit freien Auslandsjournalist:innen und schnelle, nahelie-

gende Lösungen wie das Hinzuziehen politischer Prominenz von gestern, die die Lage heute oft nicht mehr richtig oder genau genug einschätzen könnten. (Vgl. Pörzgen 2014)

Eine weitere Abhängigkeit sei, so führt Neef aus, die Intransparenz der russischen Politik:

„Wenn man als Journalist mit Vorliebe für russische Themen noch einen Wunsch frei haben dürfte, so wäre es einer, der sich von der eigenen Redaktion leider nicht erfüllen lässt. Es wäre der Wunsch nach mehr Transparenz in Russland. Der Wunsch, dass russische Politiker endlich verstehen, dass sie mit den Medien arbeiten müssen, wenn sie Öffentlichkeit beeinflussen wollen. Diese Forderung klingt, ich weiß es, naiv, solange das politische System in Russland ein geschlossenes ist.“ (Neef 2012, S. 107)

In ein hermetisches System zu blicken ist allgemein nur schwer möglich, wenn aber die ökonomischen Ressourcen für Langzeitbeobachtungen, Vorort-Recherchen und Hintergrund-Interviews fehlen, wird es ungleich schwerer. Genau für diesen Fall sind im Medienbereich die Korrespondent:innen zuständig, sie haben einen privilegierten Zugang im Vergleich zu anderen Journalist:innen, da sie über mehr Sachwissen verfügen, räumlich vor Ort bzw. in einem Nachbarstaat sind, ggf. die Sprache sprechen und mehr Zeit in die Berichterstattung über ihre Schwerpunktländer stecken können.<sup>83</sup>

---

83 Korrespondent:innen sind daher zwar in einer anderen Situation als Nachrichten-Journalist:innen. Es wäre insofern auch interessant zu untersuchen, ob sich deren Berichterstattung von der durchschnittlichen Berichterstattung abgehoben hat. Im Untersuchungszeitraum gab es Journalist:innen, die aus Moskau, der Ukraine und dem geographischen Umfeld berichtet haben. Doch die räumliche Nähe allein bzw. die Ortsangabe im Text bestimmt noch nicht, ob es sich um einen Korrespondent:innen-Text handelt, da in Krisensituationen auch so genannte „Fallschirm-Journalisten“ einschweben [...], die die Dinge oberflächlich beschreiben, ohne Hintergründe zu erklären – und nach getaner Arbeit zum nächsten Brandherd wechseln.“ (Bischof 2012, S. 526) Auch angesichts von über 320 verschiedenen Autor:innen-Sätzen bei 548 verwendeten Texten von Einzelautor:innenschaften über Teams kann diese Unterscheidung empirisch in der vorliegenden Arbeit forschungsökonomisch nicht geleistet werden. Eine Differenzierung zwischen Korrespondent:innen und anderen Journalist:innen wäre allerdings tatsächlich eine separate empirische Arbeit wert, weil es ein komplexes und lohnenswertes Thema ist, die Berichterstattung von Fach-Expert:innen auf der einen mit der von generalistischen Journalist:innen auf der anderen Seite zu untersuchen – auch und gerade in Bezug auf das wiedergegebene Meinungsspektrum.

Beziehen sich die bisher genannten Abhängigkeiten auf äußere Faktoren, die dem/der Journalist:in nicht zugänglich sind, so ergänzt die Medienwissenschaftlerin Marlis Prinzing diesen Komplex um eine weitere Abhängigkeit, die eng mit der Fragestellung dieser Arbeit zusammenhängt:

„Westliche Medien, und nicht nur deutsche Medien, berichten über Länder mit einem Demokratiedefizit generell eher kritisch. Das gilt keineswegs nur für Russland, sondern beispielsweise auch für Ungarn oder Rumänien oder für die Türkei, für Burma, für lateinamerikanische Staaten und noch andere Länder. [...] Dieser kritische Blick deckt sich oft nicht mit dem der Regierung des jeweiligen Landes und der auf einen regierungstreuen Kurs eingeschwenkten Medien, sondern berücksichtigt auch Argumente der Opposition im jeweiligen Land.“ (Prinzing 2012, S. 123)

Für westliche Medien, die sich als vierte Säule eines demokratischen Systems verstehen, ist daher nur schlüssig, dass sie sich auch über Russland, gerade in Bezug auf Demokratiedefizite kritisch äußern, mehr noch, es muss an einigen Stellen sogar von ihnen verlangt werden. Eine differenzierte Auseinandersetzung darüber, wie die Russland-Berichterstattung zur Zeit vor der Ukraine-Krise zu beurteilen ist, findet in der Zeitschrift *Osteuropa* zwischen unterschiedlichen Autor:innen statt. Dazu gehören Gathmann und Scholl 2011, Neef 2012, Pörzgen 2012, Bischof 2012. Bischof schlägt in seinem Aufsatz „Wege aus der Russland-Flaute“ (ebd.) vor, sein Plädoyer ist: keine unnötige Fokussierung auf die Eliten, sondern Reportagen aus der Provinz und „vom Bodensatz der Gesellschaft“; „weniger maskulines, mehr feminines Russland“, über Präsidenten und russische Machos sei genügend bekannt; das gilt auch für Themen insgesamt, er plädiert für „weniger über das abgenutzte, mehr über das frische Russland“, mehr über junge soziale und politische Proteste; und einen größeren Blick, denn „die Nachbarschaft zu den Boom-Regionen Ostasiens birgt für die weitere Entwicklung des Fernen Ostens Russlands große Chancen, aber auch große Brisanz.“ (Vgl. Bischof 2012, S. 525)

Allgemeiner und nicht auf die Russland-Berichterstattung bezogen weisen Donsbach et al. bereits 2009 auf folgende fünf Gründe für ein wachsendes Misstrauen in die Medien hin, die ebenfalls zu den Abhängigkeiten gezählt werden müssen:

„Säkularisierung‘ der Medien, Medienskandale, die Entschleierung der kommerziellen Basis, der Negativismus in der Nachrichtenauswahl und der Verlust an professioneller Identität“ (Donsbach et al. 2009, S. 13)

Mit „Säkularisierung“ meinen die Autor:innen eine Entzauberung durch Trivialisierung und die Ausdifferenzierung hin zu einem nicht mehr überschaubaren Medienschwungel, während Redaktionen über Zeitungs- und Mediengrenzen hinweg zusammengelegt werden, und eine Konzentration auf einzelne, herausragende Gesichter; unter „Medienskandalen“ verstehen sie öffentlich gewordene Arbeitsfehler von Journalist:innen wie falsch verwendete Quellen oder einseitige Parteinahme wider besseres Wissen, heute oft im digitalen Raum diskutiert; die „Entschleierung der kommerziellen Basis“ bezeichnet einen größeren Einblick der Öffentlichkeit in Finanzierungs- und finanzielle Abhängigkeitsverhältnisse von Medienhäusern; der Negativismus in der Nachrichtenauswahl zeigt sich in dem Missverhältnis negativer zu positiven Nachrichten; und die „professionelle Identität“ der Journalist:innen sehen sie durch die Unterwanderung durch PR von der einen und Hobby-Blogger:innen von der anderen Seite gefährdet, sowie darüber hinaus innerhalb der Redaktionen selbst, wie oben von Pörzgen beschrieben, durch den verstärkten Einsatz von Redaktionsmanager:innen.

Wie in der Systematisierung in Kapitel 2.5 zu sehen, findet Kritik zur Berichterstattung über die Ukraine-Krise auf unterschiedlichen Ebenen statt: der Mikro-, Meso- und Makroebene. Ein Vorwurf kann adressiert werden, „um das Mediensystem, die Medien oder den Journalismus als Ganzes zu beschreiben (Makrolevel), [...] sich auf Medienorganisationen oder Medieneinheiten (Mesolevel) oder auf (einzelne) Medienakteurinnen (Mikrolevel) zu beziehen.“ (vgl. Denner, Peter 2020, S. 274). Der im Folgenden rezipierte Vorwurf der (un-)kritischen Einbettung in und zu großen Nähe einzelner Journalist:innen zu transatlantischen Organisationen etwa bezieht sich auf eine persönliche Ebene, die Mikroebene. Die redaktionellen Strukturen wie etwa Selektionskriterien, warum bestimmte Nachrichten gesetzt werden und andere nicht ebenso wie redaktionelle Schwerpunkte sind auf der Mesoebene zu verorten. Der Vorwurf der „Mainstream-Medien“- oder „Systempresse“ zielt auf das System Medien und ihre normative Rolle in der und für die Gesellschaft insgesamt und liegt damit im Bereich der Makroebene. In Bezug auf die Nähe von Journalist:innen zu transatlantischen Organisationen kann sich jedoch der Vorwurf auf der Mikroebene auch hin zur Meso- und bis zur Makroebene fortsetzen, wenn der Eindruck einer Homogenität in einem Medien-Haus bzw. sogar der gesamten Landschaft entsteht.

Journalist:innen bewegen sich nicht im luftleeren Raum, vielmehr sind sie Teil der jeweiligen Gesellschaft, handeln innerhalb bestimmter, gegebener Strukturen und können dabei, entsprechend unterschiedlichen Parametern, sehr eingengt sein. Ohne die Abhängigkeiten der Entstehung und

des Stattfindens von Journalismus zu reflektieren, kann daher keine Problemanalyse erfolgen und auch keine Verbesserungen angestoßen werden. Prinzing plädiert daher für Folgendes:

„Tatsächlich handelt es sich hierbei um strukturelle Probleme der Auslandsberichterstattung. Doch es genügt nicht, nur zu klagen. Um die Arbeit der Korrespondenten zu verbessern, müssen neue Wege eingeschlagen werden. Dazu braucht auch die Journalismus-Forschung einen größeren Praxisbezug.“ (Prinzing 2012, S. 117)

Diesen Praxisbezug versucht die vorliegende Arbeit herzustellen.

## 2.5. Vorwürfe gegen die Berichtenden und ihre Berichterstattung

### 2.5.1 Thematische Systematisierung der Vorwürfe

In der aktuellen Forschung finden sich eine Vielzahl an Publikationen, die die Korrelation zwischen Ukraine- und ihre Verbindung zur Vertrauenskrise beleuchten. Es fehlt jedoch bislang eine systematische Zusammenführung, die alle erhobenen Vorwürfe sammelt, auflistet und einordnet. Die Sichtung der bisher erschienenen wie der aktuellen Literatur zeigt vielmehr einen hohen Grad an Involvierung und Engagement der Diskutant:innen für eine „Seite“ und ist teilweise durch einen hohen Grad an Polemik gekennzeichnet.

„Die Konfrontation spielte sich nicht nur zwischen Russland und Europa ab, sie verlagerte sich auch nach innen und spaltete die öffentliche und veröffentlichte Meinung.“ (Stegherr 2018, S. 3)

So wird neben sachlicher Kritik vielfach in der eigenen Analyse das konstruiert, was man bei anderen zu dekonstruieren versucht, nämlich einseitige Positionierung und ideologische Affirmation, und oft kommt bereits die Fragestellung nicht aus dem Lagerdenken heraus. Interessanterweise betrifft diese Emotionalisierung der Debatte sowohl Arbeiten aus der Wissenschaft – von der Kommunikations- bis hin zur Geschichtswissenschaft – als auch aus dem Umfeld oder dem Grenzbereich zum Journalismus in Stiftungen und Think Tanks. Dabei ist es wichtig zu betonen, dass eine Polemik im Ton nicht unbedingt den Inhalt sachlich falsch macht. Ziel des folgenden Kapitels ist es daher, möglichst thematisch und lagerübergreifend die geäußerten Vorwürfe zusammenzutragen.

## 2.5.2 Vorwurf der vernachlässigten Sorgfaltspflicht

**Spekulation** // Journalist:innen haben sich in ihrem Berufsethos der Wahrhaftigkeit verpflichtet, dies bedeutet informieren und aufklären auf der Basis von vorliegenden Informationen.

Der Politikwissenschaftler und Jurist Porsche-Ludwig kritisiert Spekulationen sowohl unter den politisch Verantwortlichen als auch in der Berichterstattung zur Ukraine-Krise:

„Es wird von Politikern und in den Medien immer viel spekuliert. Das sehen wir in besonderem Maße wieder an der Causa ‚Ukraine‘. Werfen wir einen Blick ins Gesetz, also auf verbindliche Regeln, können wir das Ausmaß der Spekulation wahrscheinlich reduzieren. Es ist so leichter herauszufinden, ob die normativen Grundlagen noch mit der Wirklichkeit übereinstimmen oder nicht. Gerade der hohe Grad an Ideologisierung verbunden mit Emotionalisierung, könnte so verhindert werden. Wir finden eine Klärung dieser Fragen tatsächlich weder in Berlin noch in Brüssel oder Washington.“ (Porsche-Ludwig 2014, S. 12)

Auf 60 Seiten untersucht Porsche-Ludwig entlang völker- und verfassungsrechtlicher Variablen den Status und die Legitimität der Übergangsregierung in der Ukraine. Er prüft, ob Präsident Janukowitsch nach seinem Abtauchen formal noch im Amt gewesen wäre, wie völkerrechtliche Abstimmungen über Abspaltungen insgesamt und in der Causa Krim zu bewerten sind. Spekulationen könnten demgemäß vermieden werden, wenn sich Journalist:innen Krisen wissenschaftlich und sachlich näherten, anstatt einfache und spekulative Antworten zu suchen bei Politiker:innen, die sich gerne zitiert wissen, meist jedoch nicht über ergänzende Quellen verfügen als Journalist:innen selbst.

**Ausblenden unliebsamer Quellen** // Journalistische Handlungsmaxime verlangen, dass möglichst viele Quellen genutzt werden, um ein faires und ausgewogenes Bild des Geschehens leisten zu können.

Die Journalistin, Historikerin und Russland-Expertin Gabriele Krone-Schmalz, die oft als zu russlandnah kritisiert wird, beanstandet kontinuierlich über die letzten Jahre wie auch konkret im Fall der Ukraine-Berichterstattung, dass diese *Sorgfalt zur Vielfalt* („telling the whole story“) auf der Strecke geblieben sei, weil Journalist:innen den bequemen Weg einschlagen würden:

„Das Thema Ukraine ist nicht das einzige, bei dem alles, was nicht in westliche Argumentationslinien passt, als russische Propaganda ab-

getan wird. Die Extreme schaden: Alles für bare Münze zu nehmen, wenn es aus Moskau kommt, ist genauso falsch, wie alles für Propaganda zu halten, weil es aus Moskau kommt. Und damit sind wir wieder bei der Aufgabe von Journalisten: Informationen und Einschätzungen erst einmal zur Kenntnis nehmen, sich damit befassen, überprüfen, das Umfeld sichten und dann entscheiden, ob es sich um pure Propaganda handelt oder doch ernst zu nehmen ist.“ (Krone-Schmalz 2016, S. 48–49)

**Defizitäre Informationswiedergabe** // Diese Sorgfalt zur Vielfalt verlangt überdies eine reichhaltige Fülle und multiperspektivische Auswahl an Informationen, nur so kann die Komplexität und Dialektik, die in der Krisenberichterstattung von zentraler Bedeutung ist, eingefangen werden.

„Die vorgebliche ‚journalistische Sorgfaltspflicht‘ ist in der Ukraine-Berichterstattung einer deutlichen Parteilichkeit gewichen. Das ist nicht nur bei den gesendeten Berichten und Kommentaren zu belegen, sondern erst Recht bei dem, was nicht gesendet wurde.“ (Gellermann 2014, S. 195)

Im Weglassen von Informationen, die der linke Filmemacher und Journalist Gellermann kritisiert, liegt, wie im Folgenden in Kapitel drei ausführlich dargelegt, das Einnehmen einer bestimmten Perspektive, das Ziehen einer Grenze zwischen Innen und Außen dessen, was gesehen wird. Es legitimiert eine bestimmte Deutung und delegitimiert eine abweichende. Der ehemalige Frankfurter Rundschau-Korrespondent Eckart Spoo führt das an folgendem Beispiel aus:

„Die zeitweilige ukrainische Ministerpräsidentin Timoschenko und der damalige Staatspräsident Juschtschenko hatten Bandera zum ‚Helden der Ukraine‘ ernannt – eine Entscheidung, die Präsident Janukowitsch rückgängig machte. Es wäre zu wünschen, dass solche Vorgeschichten des ukrainischen Putsches in allen Einzelheiten recherchiert würden.“ (Spoo 2014, S. 181)

Stepan Bandera war ein ukrainisch-nationalistischer Widerstandskämpfer gegen die sowjetische Übermacht und zeitweiser Nazi-Kollaborateur im Rahmen der deutschen Besatzung der Ukraine, später von den Nazis als Sonderhäftling im KZ interniert. Die Spaltung der Ukraine zeigt sich besonders an der Einschätzung dieser historischen Person, die im Westen der Ukraine vorwiegend als Held verehrt wird, wo Denkmäler für ihn gebaut und Straßen nach ihm benannt wurden – was in der ukrainischen Gesellschaft durchaus auch problematisiert wird –, wohingegen im Osten

besonders seine Kollaboration mit den deutschen Nazis erinnert wird. Katja Gloger analysiert innerhalb ihrer zwei unten zitierten Kommentare im Rahmen der Arte-Dokumentation „Der Krieg endet nicht – Blutiges Erbe“ die Komplexität des Sachverhalts um Bandera und den vorwiegend russischen Vorwurf einer faschistischen Übernahme in Kiew wie folgt zusammen:

„Dass Bandera und seine militärischen Einheiten Massaker an Polen verübten, dass sie Massaker an Juden verübten, dass sie mit den Nazis kollaborierten – es wurden ja eigens militärische Einheiten aufgestellt beim Einmarsch der Nazis, bei der Invasion der Nationalsozialisten in der Ukraine – dies gehört auch eben zur Wahrheit dazu (Minute: 40:30–40:58).“<sup>84</sup>

„Dass die Ereignisse in Kiew mit einem faschistischen Putsch nichts zu tun haben, das wissen wir – dass Rechtsnationalisten, die man in Teilen durchaus als faschistoid bezeichnen kann, dass sie in der Ukraine wiedererstarkt sind und das nicht erst seit 2013/2014, sondern schon vorher, auch dies gehört zur Wahrheit der politischen Entwicklung in der Ukraine, aber es ist bei weitem nicht so, dass Faschisten in Kiew herrschen. Das Gegenteil ist der Fall (48:49–49:31).“<sup>85</sup>

Die Person Bandera muss problematisiert und die Schwierigkeiten dürfen nicht ausgeblendet werden, jedoch besteht hier keine Kausalität zu den Protesten, vielmehr müssen Zusammenhänge reflektiert und eingeordnet werden. Dies gelingt besonders im Falle von ausgewiesenen Expert:innen in der Materie, wie sie Gloger zweifelsohne ist. Diese Herausforderung beleuchtet auch Teusch, der die oben genannte defizitäre Informationsweitergabe mit einem strukturellen Mangel an Ressourcen und Kenntnissen von Auslandsberichterstatte:r:innen begründet:

„Manche Journalisten genießen das Privileg, sich auf ein Spezialgebiet konzentrieren zu dürfen, auf dem sie im Laufe ihres Berufslebens immer größeres Wissen erwerben, um schlussendlich zum erfahrenen Kenner, zum Experten zu werden. Ich will nicht bestreiten, dass der bekannte ‚Terrorismus-Experte des ZDF‘ diese Bezeichnung zu Recht trägt. Aber viele andere gerieren sich als Experten, ohne es zu sein. Zurzeit laufen auffällig viele Putin- und Russland-‚Experten‘ durch die

---

84 Gloger in Salomon 2020, URL: <https://www.youtube.com/watch?v=esqE4zODLQY&feature=youtu.be> [Original: 2020, Abruf: 13.01.2021].

85 Gloger in Salomon 2020, URL: <https://www.youtube.com/watch?v=esqE4zODLQY&feature=youtu.be> [Original: 2020, Abruf: 13.01.2021].



Medien. Die meisten von ihnen verstehen weder allzu viel von Putin noch von Russland. Manche schreiben Artikel zum Thema, obwohl sie weder das Land bereist haben noch Putin je begegnet sind, obwohl sie kein Russisch sprechen und wenig bis keine Ahnung von der russischen Historie haben. Nichts anderes gilt übrigens für die Ukraine – auch da gibt es zweifelhafte Experten zuhauf.“ (Teusch 2016, S. 61)

### 2.5.3 Vorwurf der Voreingenommenheit der Journalist:innen

**Nähe von Journalismus und Politik** // Im Idealfall halten Berichtende in ihrer Funktion eine Äquidistanz zu allen Menschen und Themen, über die sie berichten, sowie zu jenen Personen, die durch eigenes Interesse in ein berichtetes Thema involviert sind. Dies ist geboten, damit keine Befangenheit bei den Berichtenden entsteht, Gefühle die eigene Kritikfähigkeit trügen und Auswahl und Beschreibung der Quellen von Sympathie und Antipathie geleitet werden.

Die Kabarettisten Max Uthoff und Claus von Wagner fassen in der politischen Satiresendung „Die Anstalt“ vom 29.04.2014<sup>86</sup> die diversen Verbindungen von renommierten Journalist:innen zu Lobbyorganisationen und -treffen zusammen, die eine transatlantische Partnerschaft qua Satzung oder Zielrichtung unterstützen. Sie zählen einflussreiche Korrespondenten, Chefredakteure und Herausgeber (nur Männer) deutscher Medien auf, die die Funktionen eines Mitglieds, Beirats oder Vorstandsmitglieds wahrnehmen, und beziehen dies im Kontext des Assoziierungsabkommens der EU mit der Ukraine auf das Problem der Intransparenz, die eine solche Vernetzung mit sich bringt. Aufhänger war die kurz zuvor erschienene Doktorarbeit des Medienwissenschaftlers und Journalisten Uwe Krüger (Krüger 2013), die untersucht, „in welchem Zusammenhang das Wirken von Denkfabriken und Stiftungen steht, mit denen diese Journalisten verbunden sind“ (Bröckers und Schreyer 2014, S. 129–130).

Krüger betont, dass derart persönliche Nähe nur Indiz, nicht Evidenz für ideologische Färbung der journalistischen Arbeit sein kann: „Es wird nicht um Beweise gehen (können), sondern um Indizien.“ (Krüger 2013, S. 22) In seiner vor der Ukraine-Krise erschienenen Arbeit kritisiert er den Einfluss von Eliten und Eliteorganisationen auf Leitmedien und führenden Journalist:innen. (Ebd.)

---

86 Die Anstalt 2014, URL: <https://www.youtube.com/watch?v=1LONPFtP1GY>, [Original: 29.04.2014, Abruf: 25.01.2021].

In meiner Arbeit wird Elite in der grundsätzlichsten Variante des Soziologen Michael Hartmann definiert:

„Unter Eliten sind jene Personen zu verstehen, die aufgrund ihrer Position an der Spitze wichtiger gesellschaftlicher Organisationen in der Lage sind, gesellschaftliche Entwicklungen maßgeblich zu beeinflussen.“ (Hartmann 2013, S. 21)

Wer im Konkreten zur Gruppe der Elite gehört, wie die einzelnen Kategorien festgelegt werden, wie die Zugehörigkeit gemessen werden kann; Forschungsansätze und -Methoden sind sehr vielfältig in der Wissenschaft.

Dass das Ideal einer Äquidistanz in der Berichterstattung nie im vollen Umfang zu erreichen ist, belegen auch meine Ausführungen weiter unten in Kapitel drei mit Verweis u.a. auf Schütz. Daher sind ständige Selbstverpflichtung und Selbstüberprüfung sowie der Wille zur Transparenz unerlässlich.

**Reproduktion und Legitimation von Herrschaftsmechanismen** // Journalist:innen gelten als öffentliche Kontrolle der Herrschenden. Sie haben die Aufgabe, offizielle Erzählungen der herrschenden Personen und Klasse zu hinterfragen und Unstimmigkeiten darin ans Licht zu bringen. Das wurde, so beklagen folgende Autor:innen, in der Ukraine-Berichterstattung nicht erreicht, und zwar über die Positionierung einzelner Journalist:innen in Kommentaren und Meinungsartikeln hinaus bis in die sachliche Berichterstattung hinein. So greift der streitbare und oft polemische Journalist Volker Bräutigam die missbräuchliche Verwendung des Begriffs *OSZE-Militärbeobachter* u.a. in den Nachrichtensendungen von ARD-aktuell an (vgl. Bräutigam 2014). In einem Interview fasst er die Causa wie folgt zusammen:<sup>87</sup>

„Eine Gruppe von NATO-Offizieren, angeführt von einem Oberstleutnant der Bundeswehr, war von angeblich ‚prorussischen‘ Autonomisten festgenommen worden. Vollkommen unkritisch übernahm die Tagesschau die Sprachregelung aus Berlin und verkündete, die 13 Militärs seien ‚OSZE-Militärbeobachter‘ gewesen. Das waren sie nicht, wie die OSZE sogleich klarstellte. Die Männer waren nicht in Uniform, regelwidrig bewaffnet, ersichtlich auf einem Spionagetrip, ihre Tätigkeit ein Bruch zahlreicher Völkerrechts- und Vertragsnormen. Ein Skandal, der aber nicht als Schandtat der Verantwortlichen in Berlin,

---

87 Die Belege dazu finden sich im Einzelnen in seinem Aufsatz, vgl. Bräutigam 2014.

Washington und Brüssel vermittelt, sondern als Unrechtshandlung der Autonomisten dargestellt wurde. Es war sogar von Geiselnahme die Rede.“<sup>88</sup>

Die Ursache steht für den Friedensaktivisten fest: Es handelt sich um eine „Täuschung im Rahmen einer den Interessen des Hegemonen USA dienenden, antirussischen Politik, von NATO, EU und deutscher Bundesregierung“ (Bräutigam 2014, S. 214). Unabhängig davon, ob man der zuletzt zitierten Ursachenverortung folgt oder nicht, muss der oben erhobene Vorwurf inhaltlich ernstgenommen werden.

**Vorwurf Journalist:innen seien „gekauft“** // Die Ansicht, Journalist:innen handelten manipulativ, wider besseres Wissen, seien gar in die Entwicklung von Kriegsplänen involviert und erhielten Vergütungen oder Vorteile für ihre Mitarbeit, vertritt der ehemalige FAZ-Journalist und heutige Bestseller-Autor Udo Ulfkotte, der seit den neunziger Jahren verstärkt durch islamfeindliche, rechtspopulistische und verschwörungsideologische Positionen auffällt. Auf über 300 Seiten legt er dar, wie Journalist:innen „gekauft“ und gesteuert würden von Regierungen, Politiker:innen, Geheimdiensten und der, wie er sie nennt, „Hochfinanz“ (Ulfkotte 2014). Der deutsche Medienjournalist Stefan Niggemeier, der zwei medienkritische Watchblogs<sup>89</sup> gegründet hat, setzt sich als einer der wenigen sehr detailliert mit den einzelnen Argumenten Ulfkottes auseinander (Niggemeier 2014). Er kommt zu folgendem Ergebnis:

„Ulfkotte behauptet, dass Pressefreiheit in Deutschland nur eine Illusion ist. Sein ‚Enthüllungsbuch‘ über angebliche Medien-Manipulation

---

88 Klöckner 2016, URL: <https://www.heise.de/tp/features/Bleiben-Sie-ARD-aktuell-gewogen-3379301.html?seite=all>, [Original: 03.04.2016, Abruf: 19.01.2021].

89 Der Begriff Watchblog setzt sich aus dem Englischen „to watch“ (zu Deutsch aufpassen oder beobachten) und dem Begriff „Blog“ oder „Weblog“ (Wortkreuzung aus Web und Log) zusammen und bezeichnet eine Internetseite mit publizistisch und kritisch-überprüfendem Inhalt, im folgenden Fall die kritische Auseinandersetzung mit Medien(-erzeugnissen). Stefan Niggemeier hat vor über 15 Jahren den „Bildblog“ ins Leben gerufen, auf dem Journalist:innen und Autor:innen zunächst die Berichterstattung der Tageszeitung Bild, ihre Sonntagsausgabe sowie die Internetpräsenz bild.de kritisch begutachteten, seit Mai 2009 wurden auch weitere Medien hinzugezogen. Vgl. BILDblog o.J., URL: <https://bildblog.de/haeufig-gestellte-fragen/>, [Abruf: 07.01.2021]. Niggemeier gründete ferner vor über fünf Jahren das Onlineportal „Übermedien“, das laut eigener Angabe kein Blog, sondern vielmehr ein Magazin ist mit dem Ziel, Medien kritisch zu begleiten und damit auch die Funktion eines Watchblogs abdeckt. Vgl. Übermedien o.J., URL: <https://uebermedien.de/ueber-uns/>, [Abruf: 07.01.2021].

nen verkauft sich bestens, ist aber selbst voller Übertreibungen, Verdrehungen und Unwahrheiten.“<sup>90</sup>

Obwohl Niggemeier Ulfkottes Ansichten nicht teilt, setzt er sich mit dessen Argumenten auseinander. Er arbeitet damit einer Desinformationskampagne und Populismus entgegen und erfüllt, was Krone-Schmalz im vorangegangenen Zitat von Journalist:innen fordert, nämlich Quellen wahrzunehmen und zu prüfen, gleich von wem sie geäußert werden.

#### 2.5.4 Positionierung und Frontenbildung durch Sprache

Für die journalistische Arbeit ist Sprache ein besonders sensibles Instrument. Sprache transportiert Werte und Einschätzungen und sortiert bzw. ordnet über ihre Nähe zum Denken und als Medium des Verstehens die Welt.

„In Worten steckt viel mehr, als wir in der Regel glauben. Um Worte zu begreifen, aktiviert unser Gehirn ganze Vorratslager abgespeicherter Wissens [...] Sprache hat einen immensen Einfluss auf unsere Wahrnehmung. Sie kann der Dreh- und Wendepunkt unseres Denkens und Handelns sein. Sprache bestimmt, wie wir unsere Umgebung und andere Menschen wahrnehmen.“ (Wehling 2016, S. 20–21)

Versprachlichung bedeutet das Aktivieren abgespeicherter Wissens und die Setzung *einer* Perspektive in Abgrenzung zu einer anderen (siehe dazu auch Kapitel 3. „Framing“). So hat die Entscheidung, das Präfix „Euro“ an die Bewegung „Maidan“ zu setzen, klare politische Implikationen. Dem neuen Begriff Euromaidan ist damit implizit, dass es sich bei der Maidan-Bewegung um ein Bekenntnis zu Europa und dessen Werten handelt. Viel zu häufig seien derart eindeutige Positionierungen verwendet worden, ist in einigen kritischen Veröffentlichungen zu lesen.

„Es ist ja nicht so, dass wir erst denken und dann versuchen, dieses Denken in Worte zu fassen. Wir denken schon in unserer Sprache, und diese Sprache, in der wir denken, kennt bestimmte Frames.“ (Ebd., S. 15)

---

<sup>90</sup> Niggemeier 2014, URL: <https://krautreporter.de/46-die-wahrheit-uber-die-lugen-der-journalisten> [Original: 24.10.2014, Abruf: 07.01.2021].

Der zugehörige Deutungsrahmen/Frame, von dem die Sprachwissenschaftlerin Elisabeth Wehling hier spricht, ist für die theoretische Fundierung dieser Arbeit zentral und wird im dritten Kapitel entwickelt. Für den Moment simplifiziert, legt der Begriff Euromaidan folgenden Frame-Zusammenhang nahe: Ursache und Ziel dieser Aufstände ist es, sich gen Europa bewegen zu wollen, damit ist Europa in der Bringschuld, die Ukrainer:innen auf dem Maidan in ihrem Anliegen zu unterstützen. Ein gegensätzlicher Frame wäre bspw., die Maidan-Bewegung als illegitimen Putsch gegen einen demokratisch gewählten Präsidenten zu charakterisieren. Dies würde den europäischen Politiker:innen nahelegen, diesen mindestens nicht gutzuheißen, öffentlich zu kritisieren oder gar Janukowitsch dabei zu unterstützen, die Bewegung aufzulösen.

„Die Kämpfer im Osten der Ukraine nennt man ‚prorussische Separatisten‘. Warum nennt man sie nicht – zum Beispiel – ‚moderate Rebellen‘? Warum hat sich der Begriff ‚prorussische Separatisten‘ nicht nur in Deutschland durchgesetzt, sondern auch in Frankreich, Spanien, der englischsprachigen Welt? Warum nennt man ihre Gegner, die meist rechtsradikalen Milizen, beschönigend ‚Freiwilligen-Bataillone‘? Man könnte auch von ‚Freikorps‘ sprechen, was Assoziationen zu jenen rechtsnationalistischen Verbänden wecken würde, die in Deutschland nach dem Ersten Weltkrieg ihr Unwesen trieben.“ (Teusch 2016, S. 131)

Damit kann einseitige Sprache bereits in der Formulierung bzw. in der kritiklosen Übernahme von Formulierungen gegen das Kriterium der Unparteilichkeit verstoßen.

### 2.5.5 Vorwurf der Übernahme einseitiger Lesarten

Einer komplexen Krise ist immanent, dass die zugrunde liegenden Ereignisse sehr vielfältig, vielschichtig und verflochten sind, entsprechend stoßen Erzählungen aufeinander, sie ergänzen oder widerlegen sich, können konträr gelesen werden. Eine ausgewogene Darstellung lebt vom Dialektischen darin, enggeführte Meinungs- oder Einordnungskorridore hingegen werden der Vielfalt nicht gerecht.

Die Journalistin Ute Schaeffer zeichnet die Ukraine-Krise nach anhand von Reportagen zu diversen Themenschwerpunkten wie Korruption, die Implikationen des Systems Oligarchie oder das Problem der neuen Eliten. Sie kritisiert die Übernahme russischer Narrative:

„Ganz offensichtlich hatten sich auch in die deutsche Berichterstattung die Feindbilder der russischen Propaganda eingeschlichen. Diese diffamierte die Demonstranten auf dem Maidan pauschal als ‚Faschisten‘, genauso die freiwilligen Kämpfer im Osten des Landes. Ein Sammelbegriff, der in Russland als Feindbild gut funktioniert – und in Deutschland aus nachvollziehbaren Gründen sofort große Alarmbereitschaft auslöst. Umso wichtiger ist es, zu differenzieren und genauer hinzusehen.“ (Schaeffer 2015, S. 92)

Anstatt eine Lesart zu übernehmen, plädiert Schaeffer für Differenzierung. Diese löst sie selbst ein über eine genaue Betrachtung der Zahlen über die als „Faschisten“ eingestufteten Ukrainer:innen. Und sie bezieht dem Genre der Reportage entsprechend eine Vielzahl an Bürger:innen ein, um so ein vielschichtiges Bild zu schaffen. Repräsentanz bedeutet für sie, viele Betroffene zu Wort kommen lassen aus je möglichst unterschiedlichen Milieus, Geschlechts, Alters und Einkommens (vgl. ebd., 104 ff.), womit sie die die Sorgfalt zur Vielfalt einlöst. Dadurch nähert sie sich der Krise einerseits datenbasiert, gleichzeitig werden Erzählungen durch Repräsentation reichhaltiger und das Ideal, sich der „whole story“ (Tsfati, Cappella 2003, S. 507) – dem dia- oder polylektischen Berichten über eine Krise – zu nähern, erfüllt.

### 2.5.6 Vorwurf der Homogenität: Milieu und Redaktionslinie

**Vernachlässigte Meinung der Bürger:innen** // Die mangelnde Repräsentanz der Meinung der Bürger:innen war einer der Steine des Anstoßes für den Unmut gegenüber der damaligen Berichterstattung. Der elitenkritische Publizist Paul Schreyer, der später im Rahmen der Corona-Einordnung in die Kritik geraten ist, beschreibt diesen Unterschied so:

„Der Graben scheint dabei weniger zwischen den einzelnen Zeitungen oder Sendern zu verlaufen, als vielmehr zwischen den Journalisten der Leitmedien insgesamt und ihren Lesern bzw. Zuschauern.“ (Schreyer 2014, S. 103)

Krüger und Teusch argumentieren, diese Engführung im Meinungskorridor sei in einer Perspektive begründet, die sich durch das eigene Milieu speist. In einem homogenen Milieu bewegen sich Deutungs- und Interpretationsspielräume in einem engen Feld und treffen selten auf Widerworte, oft auf Affirmation. Das Bewegen innerhalb kleiner Kreise führt demnach dazu, dass die eigenen Ansichten mindestens ohne Widerspruch angenom-

men, meist jedoch affirmiert werden. Das schließlich spiegelt sich in der bemängelten Enge an Deutungen, in der sich lediglich ein Bruchteil der Vielzahl an Meinungen der Bürger:innen aus anderen und unterschiedlichen Milieus abbildet. „Während die Mediennutzer ganz verschiedenen Milieus mit divergierenden Lebensumständen, Werten und Zielen angehören, bilden die Journalisten eine relativ homogene Szene“ (Krüger 2016, S. 72), zu verorten im liberal-intellektuellen und gut situierten Milieus – mit dem Verweis, dass die Zahlen aus dem Jahr 1999 sind sowie erhoben nur für Bayern, so dass sie für 2014 nur beschränkt aussagekräftig sind. (Vgl. Ebd., S. 78)

Aussagekräftige Zahlen zur Milieuzugehörigkeit von Journalist:innen im untersuchungsrelevanten Zeitraum liegen nicht vor. Der Eliteforscher Hartmann verweist in einem Aufsatz von 2014 auf Ergebnisse einer zwischen Ende 2011 und Ende 2012 vorgenommenen Untersuchung über die Inhaber der 1.000 wichtigsten Elitepositionen in Deutschland und geht auch auf die Spitzenpositionen in den Medien ein:

„Die Eliten aus Justiz und Verwaltung sowie den Medien rekrutieren sich immerhin auch noch zu ungefähr zwei Dritteln aus Bürger- oder Großbürgertum. Bei den Spitzen der Justiz und der Medien sind es ziemlich genau zwei Drittel, bei denen der hohen Verwaltung mit gut 62 Prozent etwas weniger. Interessant ist dabei, dass im Mediensektor ein ähnlicher Unterschied zwischen öffentlich-rechtlichen und privaten Institutionen zu verzeichnen ist wie in der Wirtschaft. Während in den Anstalten von ARD und ZDF Intendanten und Programmdirektoren ‚nur‘ zu gut der Hälfte aus privilegierten Verhältnissen stammen, gilt das bei den Herausgebern und Chefredakteuren der privaten Fernsehsender und Printmedien für über drei Viertel.“<sup>91</sup>

Für Hartmann sind Eliteangehörige keine homogene Gruppe mit gleichem Habitus und Einstellungen, vielmehr unterscheiden sich ihre Einstellungen zum Beispiel dadurch, welche Erfahrungen sie in ihrer jeweiligen Spitzenposition und auf ihrem Weg dahin machen und den Erfahrungen verbunden mit ihrer sozialen Herkunft. Ihre Einstellungen sind nicht identisch, führen aber zu eindeutigen Mustern (vgl. Hartmann 2013, S. 128–129). Teusch argumentiert ähnlich und stellt eine Korrelation zwischen Herkunft und Milieu zu der Berichterstattung von Journalist:innen im Falle der Ukraine-Krise her:

---

91 Hartmann 2014, URL: <https://www.bpb.de/apuz/181764/deutsche-eliten-die-wahr-e-parallelgesellschaft?p=all>, [Original: 01.04.2014, Abruf: 29.01.2021].

„Man darf sich auch fragen, welcher Zusammenhang denn wohl bestehen sollte zwischen dem jeweiligen sozialen Milieu, aus dem der Journalist kommt, und seiner Einschätzung etwa des Syrien- oder Ukraine Konflikts.“ (Teusch 2016, S. 157)

**Redaktionslinien** // Eine weitere Begründung für empfundene Homogenität der Berichterstattung und Einordnung ist die Folgende von Spoo, der zufolge Journalist:innen genötigt würden, stets ihrer Redaktionslinie zu folgen:

„Alle Journalisten des Springer-Konzerns sind arbeitsvertraglich auf das nordatlantische Bündnis mit den USA verpflichtet. Andere Konzerne scheuen solche offenen Bekenntnisse zu parteiischer Berichterstattung, aber die politische Tendenz ist im Wesentlichen die gleiche.“ (Spoo 2014, S. 179)

Spoo stellt hier eine Behauptung auf, der die Autorin in ihrer Pauschalität nicht folgen kann. Gleichzeitig stellt sich die Frage, ob und inwiefern solche Redaktionslinien nachweisbar sind – und inwiefern sie sich grundsätzlich untereinander überschneiden. Im Rahmen der Darstellung der Ergebnisse der Medien-Frame-Analyse werden daher die Meinungsbilder der einzelnen untersuchten Medienorgane problematisiert und unter dem ebenfalls zu problematisierenden Begriff „Redaktionslinien“ zusammengefasst wiedergegeben (Kapitel 5.2.7).

### 2.5.7 Alter Kampfbegriff und neue Bots

Im Jahr 2014 wird der Begriff „Lügenpresse“ zum Unwort des Jahres gekürt. Die Begründung der Jury legt die Implikationen und Konsequenzen dieses problematischen Begriffs offen:

„Das Wort ‚Lügenpresse‘ war bereits im Ersten Weltkrieg ein zentraler Kampfbegriff und diente auch den Nationalsozialisten zur pauschalen Diffamierung unabhängiger Medien. Gerade die Tatsache, dass diese sprachgeschichtliche Aufladung des Ausdrucks einem Großteil derjenigen, die ihn seit dem letzten Jahr als ‚besorgte Bürger‘ skandieren und auf Transparenten tragen, nicht bewusst sein dürfte, macht ihn zu einem besonders perfiden Mittel derjenigen, die ihn gezielt einsetzen. Dass Mediensprache eines kritischen Blicks bedarf und nicht alles, was in der Presse steht, auch wahr ist, steht außer Zweifel. Mit dem Ausdruck ‚Lügenpresse‘ aber werden Medien pauschal diffamiert, weil



sich die große Mehrheit ihrer Vertreter bemüht, der gezielt geschürten Angst vor einer vermeintlichen ‚Islamisierung des Abendlandes‘ eine sachliche Darstellung gesellschaftspolitischer Themen und differenzierte Sichtweisen entgegenzusetzen. Eine solche pauschale Verurteilung verhindert fundierte Medienkritik und leistet somit einen Beitrag zur Gefährdung der für die Demokratie so wichtigen Pressefreiheit, deren akute Bedrohung durch Extremismus gerade in diesen Tagen unübersehbar geworden ist.“ (Institut für Sprach- und Literaturwissenschaft 2015, S. 1)

Wissenschaftlich wurden der Begriff, seine Implikationen und Konsequenzen ebenso wie seine Herkunft und Milieu-Bedeutung in Sammelbänden, Monographien und Journal-Artikeln weitgehend aufgearbeitet. So zeichnet die Kommunikationswissenschaftlerin Irena Neverla die „Erfolgsgeschichte und Rhetorik der alten Kampfvokabel ‚Lügenpresse‘“ von ihren Ursprüngen bis zur digitalen Mediengesellschaft nach (vgl. Neverla 2017, S. 18–41). Ihre Kolleg:innen untersuchen in unterschiedlichen Aufsätzen Ursachen, Ausprägungen und Implikationen des Begriffs für die journalistische Arbeit (vgl. Lilienthal, Neverla 2017).

In der jüngsten akademischen Auseinandersetzung wird der Begriff der „Lügenpresse“ zusammengedacht mit Phänomenen des digitalen Raums, so unter anderem durch den Kommunikationspsychologen Markus Appel und dessen Kolleg:innen (vgl. Appel 2020). Dass die Renaissance bzw. der Erfolg der Begriffe „Lügenpresse“ und „Systemmedien“ einiges mit Entwicklungen im digitalen Raum zu tun haben, ist mittlerweile unstrittig. So beschäftigt sich ein Sammelband (Hooffacker et al. 2018) mit einem neuen Öffentlichkeitswandel, hervorgerufen durch digitale Phänomene, mit digitaler Revolution sowie deren Implikationen für den Qualitätsjournalismus der Zukunft. Darin zitiert wird der ehemalige MDR-Hörfunkdirektor Johann-Michael Möller:

„Mehr als die Hälfte des Internet Traffics stammt heute schon von automatisierten Programmen. Mindestens 15 Prozent der Twitter-Nutzer werden von Bots gesteuert, in Zahlen: 48 Millionen. In Russland sind es sogar 45 Prozent. Putin soll eine ganze Twitter-Armee beschäftigen. Im Zuge des Ukraine Konflikts entstand ein Bot-Netzwerk mit 15000 Accounts, die täglich 60.000 Meldungen absetzten. Taiwan muss sich einer ganzen rotchinesischen Bot-Armee erwehren. Im mazedonischen Veles existiert eine inzwischen berüchtigte Klick-Farm, die heute schon mit Fake News mehr Geld verdient als mit seriösen

Nachrichten ... Das ist maschinelle Meinungsmache. Und ihr wollen wir mit Qualitätsjournalismus begegnen?“ (Corsa 2018, S. 165)

Die zentralen Fragen der akademischen Auseinandersetzung heute betreffen die Korrelation zwischen Qualitätsjournalismus und neuen digitalen Phänomenen wie Fake-News und Bots. So etwa die hier gestellte Frage, ob sich Journalist:innen allein mit Qualität gegen die Wucht digitaler Erneuerungen mit politischer Dimension stemmen können.